

# Österreichische Mitgliedschaft im Sicherheitsrat

**Bericht 1991 – 1992**

**Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten**

[www.parlament.gv.at](http://www.parlament.gv.at)

# **Österreichische Mitgliedschaft im Sicherheitsrat**

**Bericht 1991 – 1992**

**Medieninhaber und Herausgeber:**  
Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten,  
1014 Wien, Ballhausplatz 2

**Für den Inhalt verantwortlich:**  
Gesandter Dr. Gerhard Pfanzelter  
Leiter der Abteilung „Internationale Organisationen“

**Satzherstellung und Druck: MANZ, Wien 5**

## INHALTSVERZEICHNIS

### I. Einleitung

1. Ausgangslage .....	7
2. Die Tätigkeit des Sicherheitsrates in Zahlen .....	8
3. Vom Kalten Krieg zur Kooperation .....	8
4. Von „peace-keeping“ und „peace-making“ in Richtung „peace-enforcement“ .....	10
5. Vom Nichteinmischungsprinzip in Richtung humanitäre Intervention .....	12
6. Sanktionen – mehr Placebo als Allheilmittel .....	13
7. Österreichische Mitarbeit im Sicherheitsrat bei der Behandlung der Konflikte im ehemaligen Jugoslawien .....	15
8. Zusammenfassung .....	17

### II. Die Tätigkeit des Sicherheitsrates

1. Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs – „Agenda für den Frieden“ .....	18
2. Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten .....	19
2.1. Mitarbeit im Jugoslawien-Sanktionskomitee .....	25
3. Irak – Kuwait .....	26
3.1. Vorsitz im Irak-Sanktionskomitee .....	28
4. Libyen .....	30
5. Zypern .....	31
6. Somalia .....	32
7. Angola .....	34
8. Kambodscha .....	34
9. El Salvador .....	36
10. Ehemalige Sowjetunion .....	37
a) Berg-Karabach .....	37
b) Georgien .....	37
c) Tadschikistan .....	37
d) Moldau .....	38
11. Südafrika .....	38

12. Mosambik .....	39
13. Lage der Palästinenser in den besetzten Gebieten .....	39
14. Westsahara .....	40
15. Liberia .....	41
16. Afghanistan .....	42
17. Haiti .....	43
18. Iran – Irak .....	43
19. Sonstige Konflikte .....	44
<b>III. Zusammensetzung der österreichischen Delegation .....</b>	<b>45</b>
<b>IV. Österreichische Erklärungen im Sicherheitsrat</b>	
1. Votumserklärung zur Prozeduralabstimmung über Abhaltung einer nichtöffentlichen Sitzung betreffend Irak-Kuwait – 13. 2. 1991 ....	46
2. Erklärung zur österreichischen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat sowie betreffend Irak-Kuwait – 14. 2. 1991 .....	46
3. Erklärung betreffend Irak-Kuwait – 23. 2. 1991 .....	48
4. Erklärung betreffend Irak-Kuwait (Einstellung der Kampfhandlungen, Res. 686) – 2. 3. 1991 .....	49
5. Erklärung betreffend Irak-Kuwait (Waffenstillstand, Res. 687) – 3. 4. 1991 .....	50
6. Erklärung betreffend Irak-Kuwait (Lage der irakischen Zivilbevölkerung, Res. 688) – 5. 4. 1991 .....	51
7. Votumserklärung zur Resolution 694 betreffend Deportation von Palästinensern aus den besetzten Gebieten – 24. 5. 1991 .....	52
8. Erklärung betreffend Irak-Kuwait (Behinderung von Inspektions-teams durch den Irak) – 26. 6. 1991 .....	53
9. Votumserklärung zu den Resolution 706 und 707 betreffend Bedingungen für irakische Exporte von Erdöl und Erdölprodukten sowie betreffend Nichterfüllung von Res. 687 – 15. 8. 1991 .....	53
10. Erklärung des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten betreffend Jugoslawien (Res. 713) – 25. 9. 1991 .....	54
11. Erklärung betreffend Haiti (Sturz von Präsident Aristide) – 3. 10. 1991 .....	56
12. Erklärung betreffend Finanzierung von UNFICYP (Mandatsverlängerung, Res. 723) – 12. 12. 1991 .....	56

13. Votumserklärung zur Resolution 731 betreffend Libyen (Pan Am-Flug 103 und UTA-Flug 772) – 21. 1. 1992	57
14. Erklärung des Bundeskanzlers zur Verantwortung des Sicherheitsrates bei der Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit – 31. 1. 1992	58
15. Votumserklärung zur Resolution 745 betreffend Errichtung von UNTAC – 28. 2. 1992	60
16. Erklärung betreffend Irak-Kuwait (Nichterfüllung von Res. 687) – 11. 3. 1992	61
17. Erklärung betreffend Somalia (Lage der Zivilbevölkerung) – 17. 3. 1992	62
18. Votumserklärung zur Resolution 748 betreffend Libyen (Pan Am-Flug 103 und UTA-Flug 772) – 31. 3. 1992	63
19. Votumserklärung zur Resolution 757 betreffend Sanktioneneinhaltung gegen Serbien und Montenegro – 30. 5. 1992	64
20. Erklärung betreffend Südafrika (Eskalation von Gewalt, Res. 765) – 16. 7. 1992	65
21. Erklärung betreffend UNTAC (Pariser Verträge, Res. 766) – 21. 7. 1992	66
22. Erklärung betreffend Lage der irakischen Zivilbevölkerung (Bericht von Max van der Stoel, Sonderberichterstatter der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen) – 11. 8. 1992	66
23. Votumserklärung zu den Resolutionen 770 und 771 betreffend humanitäre Hilfe und ethnische Säuberungen in Bosnien und Herzegowina – 13. 8. 1992	68
24. Votumserklärung zur Resolution 776 betreffend Mandatsausweitung und Aufstockung von UNPROFOR in Bosnien und Herzegowina – 14. 9. 1992	70
25. Votumserklärung zur Resolution 777 betreffend UN-Mitgliedschaft der Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) – 19. 9. 1992	71
26. Votumserklärung zur Resolution 781 betreffend Flugverbot in Bosnien und Herzegowina – 9. 10. 1992	71
27. Erklärung betreffend Bosnien und Herzegowina (Schaffung von Sicherheitszonen) – 13. 11. 1992	72
28. Votumserklärung zur Resolution 787 betreffend Verschärfung der Sanktionen gegen Serbien und Montenegro (Seeblockade) – 16. 11. 1992	74

29. Erklärung betreffend Irak-Kuwait (Stand der Erfüllung der Sicherheitsratsresolutionen) – 23. 11. 1992 .....	74
30. Votumserklärung zur Resolution 794 betreffend Maßnahmen zur Gewährleistung humanitärer Hilfe an Somalia – 3. 12. 1992 .....	76
31. Votumserklärung zur Resolution 799 betreffend Ausweisung von Palästinensern durch Israel – 18. 12. 1992 .....	77

# I. Einleitung

## I.1. Ausgangslage

Österreich wurde von der Generalversammlung im Oktober 1990 mit 150 von 154 Stimmen – zum zweiten Mal während seiner fast 40jährigen Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen – zu einem nichtständigen Mitglied des Sicherheitsrates gewählt. Bei der Wahl erzielte Österreich damit das beste Resultat aller Kandidaten. Österreich wurde zu einem Zeitpunkt Mitglied des Sicherheitsrates, als dieser beispiellose Bedeutung und hohes Profil erlangt hatte. Maßgeblich hierfür war der Wegfall des Ost-West-Konflikts und die verstärkte Bereitschaft der Großmächte, insbesondere der USA, sich dieses wichtigsten Gremiums der Vereinten Nationen als **Legitimations- und Koordinationsorgan** zu bedienen.

Bereits seit 1988 war es zu einem deutlichen **Anstieg des Ansehens der Vereinten Nationen** durch erfolgreiche Friedensbemühungen (v. a. Iran-Irak, Namibia) gekommen, was nicht zuletzt auf die intensiviertere Zusammenarbeit der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates zurückzuführen war. Maßgeblich in diesem Zusammenhang erscheint auch die Tatsache, daß seit Mai 1990 vom Vetorecht kein Gebrauch mehr gemacht wurde.

Im Zuge des Golfkonfliktes wurden aber auch Stimmen laut, die vor einer „**Doppelmoral**“ des **Sicherheitsrates** (entschlossenes Vorgehen gegen den Irak, Nachgiebigkeit gegenüber Israel) warnten. Diese Kritik hat sich angesichts der zögernden Haltung des Sicherheitsrates im Falle der Ausweisung von über 400 Palästinensern aus Israel und des Krieges in Bosnien und Herzegowina noch stärker akzentuiert. Weiters wurde auch die **Frage nach der politischen Legitimität** der Beschlüsse eines Organs aufgeworfen, dessen wenig repräsentative Zusammensetzung mitunter nicht den Aspirationen der Mehrheit der Mitglieder der Vereinten Nationen entspreche (Gefahr eines politischen Nord-Süd-Konflikts).

Das **österreichische Rollenverständnis** im Sicherheitsrat wurde im Außenpolitischen Bericht 1990, also vor Beginn der Konflikte im ehemaligen Jugoslawien, wie folgt umschrieben:

- **Dialogfunktion** (Erleichterung der Zusammenarbeit unter allen Mitgliedern des Sicherheitsrates);
- **Brücken- bzw. Kompromißfunktion** (Beiträge zur Erzielung tragfähiger Lösungen auf möglichst breiter Basis);
- **Antriebsfunktion** (eigene Initiativen).

Durch das starke Engagement Österreichs für einen gerechten Frieden im ehemaligen Jugoslawien trat im Laufe der Mitgliedschaft im Sicherheitsrat die Antriebsfunktion immer mehr in den Vordergrund.



## I.2. Die Tätigkeit des Sicherheitsrates in Zahlen

Die gestiegene Bedeutung des Sicherheitsrates und die daraus resultierende Arbeitsbelastung läßt sich auch anhand nachstehender Zahlen verdeutlichen:

	1989	1990	1991	1992
– formelle Sitzungen	69	69	53	133
– informelle Konsultationen	80	80	115	188
– bilaterale Konsultationen der jeweiligen Präsidenten des Sicherheitsrates	310	497	1285	762
– Sicherheitsratsdokumente	793	1065	1370	1765
– Erklärungen des Präsidenten des Sicherheitsrates (Einstimmigkeit erforderlich)	20	13	20	83
– Resolutionen	20	37	42	74

Hinter diesen Zahlen verbirgt sich eine gewaltige **Ausdehnung des inhaltlichen Tätigkeitsbereiches** des Sicherheitsrates. Während in der österreichischen Mitgliedschaft des Sicherheitsrates 1973/74 insgesamt 42 Resolutionen zu im wesentlichen sieben Problemen verabschiedet wurden, beschäftigte sich der Sicherheitsrat in seinen 1991/92 beschlossenen **116 Resolutionen mit 17 verschiedenen Fragenbereichen**. Zahlreiche **weitere** Fragen und Konflikte wurden nur in Form von **Erklärungen** behandelt.

Österreich stimmte für sämtliche 116 Resolutionen und gab 31 Erklärungen ab. Zahlenmäßig nicht erfaßbar sind die intensiven Debattenbeiträge in den informellen Konsultationen, wo die eigentliche Arbeit des Sicherheitsrates erfolgt und die Resolutionstexte und Erklärungen des Präsidenten des Sicherheitsrates vorbereitet werden. In den Jahren 1991/92 haben insgesamt 303 oft vielstündige Konsultationsrunden des Sicherheitsrates stattgefunden, woran sich die österreichische Delegation aktiv beteiligt hat.

## I.3. Vom Kalten Krieg zur Kooperation

Der Sicherheitsrat war – wie die Vereinten Nationen – lange Jahre ein Ventil für aufgestauten Druck und mehr eine Plattform für Rede und Gegenrede als ein Forum des Dialogs. Seit 1988 – einsetzend mit der Behandlung des Konflikts in Afghanistan sowie des Konflikts zwischen dem Iran und dem Irak – hat sich der Sicherheitsrat jedoch mehr und mehr zu einem **Ort des Kompromisses** und als **Instrument des Interessenausgleiches** sowie der **Vermittlung** entwickelt und wurde damit in wachsendem Maße seiner Verantwortung als Hauptorgan der Staatengemeinschaft für die Aufrechterhaltung des Welt-

friedensgerecht. Seit 1990 hat der Sicherheitsrat zusätzlich auch **zahlreiche Sanktionen** verhängt und der **Anwendung von Gewalt** durch einzelne Staaten mittels **Ermächtigungsresolutionen** zusätzliche politische Autorität und rechtliche Legitimation verliehen.

Die österreichische Sicherheitsratsdelegation war während der Mitgliedschaft im Sicherheitsrat intensiv um eine verstärkte **Einbeziehung der nichtständigen Mitglieder** des Sicherheitsrates in den Entscheidungsprozeß und um **Vermittlung** zwischen westlichen und blockfreien Mitgliedern des Sicherheitsrates bemüht. Durch zahlreiche **konkrete und innovative Vorschläge** konnte in kritischen Momenten der Meinungsbildung ein Abbau der Spannungen erreicht werden, was sowohl die Anerkennung der westlichen als auch der blockfreien Mitglieder des Sicherheitsrates gefunden hat.

Konkrete Beispiele für **erfolgreiche österreichische Initiativen** sind:

- Durchbruch bei den festgefahrenen Verhandlungen über die Abhaltung einer **Sicherheitsratsdebatte über den Golfkrieg** im Februar 1991 (österreichischer Kompromißvorschlag betreffend die Abhaltung einer nichtöffentlichen Sicherheitsratsdebatte und damit Überbrückung des Konflikts zwischen den USA, die kein Tätigwerden des Sicherheitsrates wollten und den Blockfreien, die eine großangelegte öffentliche Debatte über den Verlauf der Kampfhandlungen wünschten; IV.1.);
- die österreichischen Vorschläge für das **Ausleseverfahren (informelle Abstimmungen) der Kandidaten für das Amt des Generalsekretärs der Vereinten Nationen** (Vermittlung zwischen ständigen und blockfreien Mitgliedern), womit eine Lähmung des Sicherheitsrates verhindert und eine Beschlußfassung bereits im ersten offiziellen Wahlgang erleichtert werden konnte;
- aktive Vermittlerrolle Österreichs bei der Ausarbeitung von Erklärungen des Präsidenten des Sicherheitsrates zur **Lage der Palästinenser in den besetzten Gebieten**;
- die intensive österreichische Teilnahme an der Ausarbeitung der Sanktionenresolution gegen **Libyen** (Resolution 748), die schließlich zu einer besseren Ausbalancierung dieser Resolution führte; und
- die wesentliche Verbesserung der Arbeitsweise des **Irak-Sanktionskomitees** während der zweijährigen österreichischen Vorsitzführung.
- Die substantielle Vorreiterrolle Österreichs bei der **Vorbereitung humanitärer Interventionen** (Schutzzone für Kurden im Irak) und im Jugoslawienkonflikt werden unter Pkt. 5 und 7 dargestellt.

Von den 1991 verabschiedeten 42 Resolutionen wurden 36 einstimmig angenommen. Die übrigen 6 Resolutionen betrafen alle den Irak. 1992 verstärkte sich einerseits der **Trend zur konsensualen Vorgangsweise**, was durch den Anstieg der Zahl der Erklärungen des Präsidenten des Sicherheitsrates belegt ist. Andererseits wurde über 10 der 74 verabschiedeten Resolutionen abge-

stimmt, wobei eine **Zunahme der Bereiche konflikthaltiger Beschlüsse** feststellbar war:

- Sanktionen gegen Libyen, den Irak, Serbien und Montenegro sowie die Khmers Rouges;
- Indorsierung der Beschlüsse der irakisch-kuwaitischen Grenzdemarkierungskommission;
- Autorisierung aller notwendigen Maßnahmen zum Schutz humanitärer Hilfeleistungen in Bosnien und Herzegowina, Mitgliedschaft der Bundesrepublik Jugoslawien in den Vereinten Nationen sowie die Verhängung eines Flugverbots in Bosnien und Herzegowina.

Von den insgesamt 22 Stimmenthaltungen 1992 entfielen 9 auf China, 6 auf Simbabwe, 4 auf Indien und je 1 auf Ekuador, Marokko und Kap Verde.

Da **China** 1992, von wenigen Ausnahmen abgesehen (insbesondere betreffend Kambodscha), kaum mehr an der Vorbereitung von Sicherheitsratsbeschlüssen teilnahm oder frühzeitig eine Stimmenthaltung signalisierte, **reduzierte** sich das **aktive „Politbüro“ des Sicherheitsrates** auf die restlichen vier ständigen Mitglieder bzw. in Einzelfällen (z. B. Libyen) auf die restlichen Großmächte. **Rußland** nahm bei Fragen, die das frühere Jugoslawien betroffen haben, teils eine Bremserrolle ein, teils versuchte (und erzielte) es eine Abschwächung der Texte. **Blockfreie Mitglieder** des Sicherheitsrates (vor allem Indien) waren primär darauf bedacht, das **Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten** zu verteidigen, gaben sich schließlich aber in der Regel mit geringfügigen Zugeständnissen zufrieden.

Zusammenfassend kann daher gesagt werden, daß am Ende der österreichischen Mitgliedschaft des Sicherheitsrates noch immer ein **Klima der Kooperation** existierte, zu dessen Zustandekommen bzw. Erhaltung Österreich beigetragen hat.

#### **I.4. Von „peace-keeping“ und „peace-making“ in Richtung „peace-enforcement“**

1991/92 wurden 2 friedenserhaltende Operationen der Vereinten Nationen beendet (ONUCA, Resolution 730, und UNIIMOG, letzte Verlängerung mit Resolution 685), aber 7 neue und zum Teil wesentlich größere **friedenserhaltende Operationen** (UNIKOM, MINURSO, ONUSAL, UNPROFOR, UNTAC, UNOSOM und ONUMOZ, Resolutionen 689, 690, 693, 743, 745, 751 und 797) gebildet. Die Zahl des **im Einsatz befindlichen Personals** stieg von ca. 10.000 auf **über 50.000**, die Zahl der Truppensteller von weniger als 30 auf **über 60 Staaten** (Österreich: Rang 22). Derzeit bestehen **13 friedenserhaltende Operationen**. Die jährlichen Kosten betragen inzwischen ca. **2 Milliarden US-Dollar**. Der Generalsekretär hat bereits mehrfach darauf, daß die Vereinten Nationen die Grenzen ihrer materiellen, personellen und finanziellen

Leistungsfähigkeit erreicht haben, sowie auf die Notwendigkeit einer verstärkten Beteiligung der Mitgliedstaaten hingewiesen.

Kennzeichnend für viele der neuen friedenserhaltenden Operationen ist, daß sie primär zur **Beilegung interner Konflikte** dienen, bei denen der Sicherheitsrat jedoch zunehmend (z. B. wegen massiver Flüchtlingsströme oder Unterstützung von Konfliktparteien von außen) eine Bedrohung des (regionalen oder internationalen) Friedens und der Sicherheit konstatiert. Dementsprechend sind die Einsätze breiter ausgelegt und enthalten neben der militärischen Komponente zivile Aufgabenstellungen (Unterstützung bei der Abhaltung demokratischer Wahlen, humanitäre Hilfe, Wiederaufbauprogramme, vertrauensbildende Maßnahmen, Flüchtlingsrückführung, Übernahme von Verwaltungsaufgaben etc.).

Österreich hat diese **quantitative und qualitative Ausweitung** der friedenserhaltenden Operationen während seiner Sicherheitsratsmitgliedschaft unterstützt und ist mehrfach – vor allem bei Beratungen betreffend das ehemalige Jugoslawien und die „Agenda für den Frieden“ – nachdrücklich für den **präventiven Einsatz** von friedenserhaltenden Operationen eingetreten (IV.4., 5., 14., 19., 27. und 30.). Mit Resolution 795 (1992) genehmigte der Sicherheitsrat erstmals die präventive Entsendung von Truppen nach Mazedonien.

Auch im militärischen Bereich der friedenserhaltenden Operationen ist eine vorsichtige Weiterentwicklung, d. h. **Aufweichung der Prinzipien der Gewaltfreiheit, Unparteilichkeit und Zustimmung der Konfliktparteien**, erfolgt. Bis zum Jahre 1991 hatten v. a. die blockfreien Staaten darauf beharrt, daß friedenserhaltende Operationen nur mit Zustimmung aller betroffenen Streitparteien geschaffen oder erweitert werden dürfen. 1991/92 hat der Sicherheitsrat – durch sein Tätigwerden bei UNIKOM (Irak-Kuwait), UNTAC (Kambodscha), UNPROFOR (Ex-Jugoslawien) und UNOSOM (Somalia) – dieses Prinzip aufgegeben.

Für die zum Schutz humanitärer Hilfeleistungen in Bosnien und Herzegowina eingesetzten UNPROFOR-Truppen wurde das Recht auf Anwendung von **Gewalt zur Selbstverteidigung** dahingehend interpretiert, daß dieses auch die Anwendung von Gewalt mitumfaßt, wenn diese Truppen an der **Erfüllung ihrer Aufgaben gehindert** werden. Diese Interpretation gilt auch für UNOSOM und UNTAC. Bei der vom Sicherheitsrat autorisierten Operation „Restore Hope“ in Somalia (Resolution 794) handelte es sich zwar nicht um eine friedenserhaltende Operation der Vereinten Nationen; im Gegensatz zur Ermächtigungsresolution 678 (Kuwaitkonflikt) wurde jedoch eine **Verpflichtung zur Koordination mit den Vereinten Nationen** sowie ein **Übergang in eine friedenserhaltende Operation statuiert**.

Auf Grund der Vorbehalte zahlreicher Staaten gegenüber einer Unterstellung nationaler Truppen unter das Kommando der Vereinten Nationen für „enforcement“-Operationen im Sinne der Artikel 42 ff der Satzung der Vereinten

Nationen war dieses „klassische“ System kollektiver Sicherheit bisher nicht realisierbar. Vorerst ist jedenfalls davon auszugehen, daß der Sicherheitsrat entweder **weitere Ermächtigungen zur Anwendung von Gewalt durch nationale Streitkräfte** (ergänzt durch Koordination mit den Vereinten Nationen) erteilt oder **friedenserhaltende Operationen mit einem erweiterten Recht auf Selbstverteidigung** – wie vom Generalsekretär der Vereinten Nationen am 19. Jänner 1993 für UNIKOM II vorgeschlagen und in Resolution 806 (1993) – bewilligt.

In Anbetracht der überlasteten Kapazitäten der Vereinten Nationen wurde der Zusammenarbeit mit **regionalen Organisationen und Zusammenschlüssen** verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet, was in einer Reihe von Sicherheitsratsbeschlüssen (v. a. betreffend das ehemalige Jugoslawien) und in der „Agenda für den Frieden“ des Generalsekretärs ihren Niederschlag gefunden hat. In der Praxis traten freilich Probleme mit mangelnden Strukturen und Erfahrungen im regionalen Rahmen sowie der Koordination mit Aktivitäten der Vereinten Nationen auf. **Österreich** hat für den europäischen und zentralasiatischen Bereich eine **verbesserte Koordination zwischen der KSZE und den Vereinten Nationen** und die Errichtung eines **Verbindungsbüros in Wien** vorgeschlagen.

### **I.5. Vom Nichteinmischungsprinzip in Richtung humanitäre Intervention**

Nach der gewaltsamen Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung im Norden und der Schiiten im Süden des Irak schlug **Österreich** die Schaffung von **Schutzzonen** für die gefährdete Bevölkerung vor. Dies wurde von Frankreich aufgegriffen und mündete in **Resolution 688** (1991), womit die Unterdrückung der irakischen Zivilbevölkerung verurteilt worden ist, deren Folgen als Bedrohung des Friedens in der Region bezeichnet wurden. Der Irak wurde aufgefordert, die Repression zu beenden und humanitären Organisationen ungehinderten Zugang zur Bevölkerung zu gestatten. Obwohl dieser Beschluß wegen des Widerstandes Chinas und der blockfreien Mitglieder des Sicherheitsrates nicht unter Kapitel VII der Satzung der Vereinten Nationen gefaßt wurde und keine ausdrückliche Ermächtigung zur Schaffung von Schutzzonen oder der Erklärung von Gebieten zu „no-fly zones“ enthielt, stellte er doch einen **ersten, von Österreich mitinitiierten Meilenstein** auf dem Weg zur Schaffung eines **Rechts auf humanitäre Intervention dar** (IV.6.).

Bezüglich **Bosnien und Herzegowina** hatte Österreich bereits frühzeitig die Schaffung einer **Sicherheitszone um Sarajewo** vorgeschlagen. Der Sicherheitsrat machte zunächst die Wiederöffnung des Flughafens von Sarajewo für humanitäre Hilfslieferungen und die Stationierung von UNPROFOR-Einheiten in Sarajewo von der Zustimmung der Parteien abhängig (Resolutionen 758 und 761). Nachdem sich jedoch bald die Unzulänglichkeit der Versorgung der bosnischen Bevölkerung herausstellte, ermächtigte der Sicherheitsrat mit der **Kapitel VII-Resolution 770** Staaten zur **Ergreifung aller notwendigen**

**Maßnahmen zur Erleichterung humanitärer Hilfslieferungen.** Mit Resolution 771 bekräftigte der Sicherheitsrat weiters die individuelle Verantwortlichkeit für schwere Verletzungen der Genfer Konventionen im ehemaligen Jugoslawien und forderte den Generalsekretär der Vereinten Nationen zur Bildung einer Untersuchungskommission auf. **Österreich** gelang es weiters, in der **Resolution 787** eine grundsätzliche Unterstützung des Sicherheitsrates für die Idee der Schaffung von „**sicheren Gebieten**“ in Bosnien und Herzegowina durchzusetzen, obwohl deren Realisierung im Berichtszeitraum nicht möglich war.

Auch in **Somalia** hat der Sicherheitsrat zunächst mit Resolution 767 die Entsendung von UNOSOM-Personal zum Schutz humanitärer Hilfeleistungen an die Zustimmung der Parteien gebunden, sah sich jedoch schließlich gezwungen, Staaten zur Ergreifung aller notwendigen Maßnahmen zu ermächtigen (**Resolution 794**). Auf Grund der Befürchtungen blockfreier Sicherheitsratsmitglieder bezüglich der Schaffung eines Präzedenzfalles wurde jedoch der besondere Charakter der Situation in Somalia, eines Staates ohne funktionierende Regierung, der eine außergewöhnliche Reaktion erfordere, hervorgehoben.

Zusammenfassend kann daher festgestellt werden, daß von der Etablierung eines **Rechts auf humanitäre Intervention** durch den Sicherheitsrat noch nicht gesprochen werden kann. Auf Grund der oft sehr frühzeitig erstatteten österreichischen Vorschläge (z. B. Schutzzone für Kurden im Irak) und deren aktiven Weiterverfolgung durch die österreichische Delegation konnte das Prinzip der **Nichteinmischung in innere Angelegenheiten** jedoch in Fällen humanitärer Katastrophen und massiver Verletzungen der Menschenrechte zumindest **durchbrochen** und damit für die Zukunft **aufgeweicht** werden.

## **I.6. Sanktionen – mehr Placebo als Allheilmittel**

Nach der Verhängung umfassender Sanktionen gegen den Irak im August 1990 (nach Rhodesien und Südafrika erst der dritte Fall eines Sanktionenbeschlusses des Sicherheitsrates) folgten während der österreichischen Mitgliedschaft eine ganze Reihe von derartigen Beschlüssen.

- Res. 687 (1991): weitere Ausgestaltung der Irak-Sanktionen
- Res. 713 (1991): Waffenembargo gegen Jugoslawien
- Res. 748 (1992): Waffen- und Luftfahrtembargo gegen Libyen
- Res. 751 (1992): Waffenembargo gegen Somalia
- Res. 757 und 787 (1992): umfassende Sanktionen gegen Serbien und Montenegro
- Res. 778 (1992): weitere Finanzsanktionen gegen den Irak
- Res. 781 (1992): Flugverbot in Bosnien und Herzegowina

- Res. 788 (1992): Waffenembargo gegen Liberia
- Res. 792 (1992): sog. „weiche“ Sanktionen gegen die Khmers Rouges

**Österreich** beteiligte sich aktiv am Zustandekommen der Sanktionsbeschlüsse gegen **Serbien und Montenegro** (IV.19., 26. und 28.). Bezüglich der Sanktionen gegen **Libyen** war Österreich um die Herstellung eines vertretbaren Verhältnisses zwischen dem angestrebten Zweck und den angewendeten Mitteln bemüht (IV.18.).

In den zur Überwachung der Einhaltung der Sanktionen gegründeten Komitees arbeitete Österreich entscheidend mit. Dies galt besonders für das **Jugoslawien-Sanktionskomitee**, wo **Österreich** an allen Diskussionen und Beschlüssen in einer **aktiven Führungsrolle** beteiligt war.

Die allseits anerkannte **österreichische Vorsitzführung im Irak-Sanktionskomitee** (Botschafter Dr. Hohenfellner wurde sowohl 1991 als auch 1992 in persönlicher Eigenschaft zum Vorsitzenden gewählt) hat sich bemüht, eine effiziente, resultatorientierte und unparteiische Leitung des Komitees bei der Überwachung der Sanktioneneinhaltung zu gewährleisten und gleichzeitig eine möglichst großzügige Genehmigung von Ausnahmen in humanitär gerechtfertigten Fällen durchzusetzen. Dabei ergab sich häufig die Notwendigkeit der Vermittlung zwischen westlichen und blockfreien Sicherheitsrats- bzw. Komiteemitgliedern. Auch seitens des Irak wurde die faire Haltung des Komiteevorsitzenden anerkannt. Die Abhaltung der Verhandlungen zwischen den Vereinten Nationen und dem Irak über die „oil for food“-Prozedur in Wien mag ein Zeichen dafür gewesen sein.

Die 1991/92 mit Sanktionen gewonnenen Erfahrungen zeigen, daß ihre **Verhängung häufig aus Ratlosigkeit oder Unentschlossenheit** erfolgt. Die Verhängung von Sanktionen – v. a. ohne wirklich effiziente Kontrollen – wird dadurch zum Placebo. Andererseits hat sich gezeigt, daß die Sanktionen häufig Unschuldige – die Zivilbevölkerung, Unternehmen und Drittstaaten – treffen, ohne eine wirkliche Haltungsänderung des Zielregimes – und damit ihren Zweck – zu erreichen. Einmal durch den Sicherheitsrat verhängt, sind Sanktionen wegen der Einstimmigkeitsregel in den Komitees nur mehr schwer modifizierbar. Weiters zeigen die Fälle Irak, Serbien und Montenegro, daß eine Effektivität der Sanktionen stark von der Vorgangsweise der jeweiligen Nachbarstaaten abhängt. Deren Bereitschaft zur Durchführung der Sanktionen ist auf Grund nationaler wirtschaftlicher Interessen oft nicht sehr stark. Um die **Effektivität von Sanktionsbeschlüssen** zu erhöhen, sollte die Staatengemeinschaft in Zukunft den für die Durchsetzung solcher Beschlüsse entscheidenden Staaten verstärkt Wirtschafts- und Finanzhilfe gewähren, um einen **Anreiz zur Implementierung** der Sicherheitsratsbeschlüsse zu schaffen.

## **I.7. Österreichische Mitarbeit im Sicherheitsrat bei der Behandlung der Konflikte im ehemaligen Jugoslawien**

Im zweiten Jahr der österreichischen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat dominierte der Jugoslawienkonflikt die Arbeit des Sicherheitsrates und vor allem die der österreichischen Delegation. Obwohl die tatsächliche Beschlußfassung des Sicherheitsrates in der Regel über Initiative der USA bzw. EG-Mitgliedstaaten des Sicherheitsrates erfolgte, **gingen von Österreich eine Vielzahl von Ideen und Vorschlägen aus**, die – wenn auch oft verspätet und in abgeschwächter Form – in Sicherheitsratsbeschlüssen Niederschlag gefunden haben. Konkret sind zu nennen:

- Am **7. August 1991** lenkte Österreich als **erster Staat** schriftlich die Aufmerksamkeit des Sicherheitsrates auf die sich verschlechternde **Situation in Jugoslawien** und stellte am **19. September** als erster den **Antrag auf eine dringende Behandlung der Krise**. Diese Initiative führte zur **Einberufung des Sicherheitsrates auf Außenministerebene am 25. September** (IV.10.) und zur Resolution 713 (1991).
- Am **30. Oktober 1991** verwies Österreich in informellen Sicherheitsratskonsultationen auf die Schwierigkeiten der EG-Monitore in Kroatien und Bosnien-Herzegowina und stellte eine Rolle der diesbezüglich erfahreneren Vereinten Nationen sowie **zusätzliche Maßnahmen des Sicherheitsrates** zur Diskussion. Letzterer Aspekt fand in einer **von Österreich initiierten Erklärung** des Präsidenten des Sicherheitsrates seinen Niederschlag.
- Nach einer schrittweisen Stationierung von Beobachtern genehmigte der Sicherheitsrat am **21. Februar 1992** mit Resolution 743 die von Österreich seit Monaten vorgeschlagene Schaffung einer friedenserhaltenden Operation (**UNPROFOR**).
- Nach Ausbruch von Kampfhandlungen in **Bosnien und Herzegowina** – vor denen Außenminister Mock bereits in der Sicherheitsratsdebatte am 25. September 1991 gewarnt hatte (IV.10.) – appellierte der Sicherheitsrat **im April 1992** (Resolution 749) über österreichisches Drängen an die Parteien, das **Feuer einzustellen** und mit den **Vermittlungsbemühungen der EG** zu kooperieren.
- **Ende April 1992** erfolgte für kurze Zeit eine von Österreich bereits im Oktober 1991 angeregte Stationierung von **Militärbeobachtern in Bosnien und Herzegowina**.
- Während der **österreichischen Sicherheitsratspräsidentschaft im Mai 1992** konnten die Anträge von **Slowenien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina** um **Aufnahme in die Vereinten Nationen** nach intensiven Konsultationen mit allen Mitgliedern des Sicherheitsrates positiv erledigt werden (Resolutionen 753 bis 755).



- Weiters konnten während der **österreichischen Sicherheitsratspräsidentschaft** die **Resolution 752** und vor allem die **Resolution 757** (Verhängung umfangreicher Sanktionen gegen Serbien und Montenegro) ausgearbeitet und beschlossen werden, wobei der Inhalt der Resolution 752 im wesentlichen auf österreichischen Vorarbeiten beruht. Mit Resolution 757 wurden die Parteien über österreichischen Vorschlag auch aufgefordert, die Bedingungen für ungehinderte humanitäre Hilfeleistungen sowie für eine Sicherheitszone um Sarajewo zu schaffen. Österreich regte weiters bei dieser Gelegenheit den **präventiven Einsatz von UN-Truppen** – unter Hervorhebung des **Kosovo** – an (IV.19.).
- Nach neuerlichen serbischen Großoffensiven schlug Österreich am **13. Juli 1992** einen **Resolutionsentwurf** vor, in welchem die sofortige **Einstellung der Kampfhandlungen** sowie die **Beendigung ethnischer Säuberungen** gefordert worden wäre, widrigenfalls der Sicherheitsrat binnen 48 Stunden über **weitere Zwangsmaßnahmen** beraten hätte sollen. Eine Beschlußfassung scheiterte jedoch an der mangelnden Bereitschaft maßgeblicher Mitglieder des Sicherheitsrates, einen derartigen Beschluß nötigenfalls mit Gewalt durchzusetzen.
- Bei der Annahme der Resolution 770 betreffend den Schutz humanitärer Hilfeleistungen in Bosnien und Herzegowina am **13. August 1992** wurde von Österreich daran erinnert (IV.23.), daß Außenminister Mock bereits vor Monaten **Sicherheitskorridore** vorgeschlagen hatte. Sollte der Sicherheitsrat nicht bereit sein, der serbischen Aggression entschlossen entgegenzutreten, müsse Bosnien und Herzegowina zumindest die Ausübung seines Selbstverteidigungsrechts ermöglicht werden. Weiters wurde erneut auf die Gefahr einer Ausdehnung des Konflikts auf Montenegro, den Sandschak, Kosovo und Mazedonien hingewiesen.
- Ebenfalls am **13. August 1992** wurden in Resolution 771 über österreichisches Drängen erstmals auch die **ethnischen Säuberungen** ausdrücklich verurteilt.
- Am **16. November 1992** wurde über österreichische Initiative (IV.27.) der Generalsekretär der Vereinten Nationen mit **Resolution 787** beauftragt, Möglichkeiten und Erfordernisse „**sicherer Gebiete**“ in Bosnien und Herzegowina zu prüfen.
- Am **9. Dezember 1992** verurteilte der Sicherheitsrat in einer von **Österreich** initiierten **Erklärung** erstmals ausdrücklich **Angriffe serbischer Milizen** in Bosnien und Herzegowina und kündigte für den Fall ihrer Fortsetzung Beratungen über zusätzliche Maßnahmen an.
- Am **11. Dezember 1992** beschloß der Sicherheitsrat mit **Resolution 794** die von Österreich seit langem geforderte **präventive Entsendung von UN-Truppen nach Mazedonien**.

## I.8. Zusammenfassung

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß Österreich während seiner Mitgliedschaft im Sicherheitsrat vor allem betreffend **Jugoslawien eigene Vorschläge** eingebracht hat und diese – wenngleich oft verspätet und in abgeschwächter Form – auch durchsetzen konnte. Weiters gelang es immer wieder, durch erfolgreiche Vermittlungsvorschläge in vielen anderen Bereichen (**Irakdebatte, humanitäre Aspekte der Iraksanktionen, Libyen, Wahl des Generalsekretärs, Agenda für den Frieden, etc.**) **substantielle Beiträge** zur Arbeit des Sicherheitsrates und deren Fortentwicklung zu leisten.

Die zwei Präsidentschaften Österreichs im Sicherheitsrat (März 1991 und Mai 1992), die zeitlich jeweils mit akuten internationalen Krisen (Golfkonflikt, Jugoslawien) zusammenfielen, fanden die ausdrückliche Anerkennung der Mitglieder des Sicherheitsrates. Österreich hatte in diesen zwei Funktionsperioden, abgesehen von den bereits erwähnten Problemen, Gelegenheit, in heiklen Fragen wie der **Rückgabe kuwaitischen Eigentums durch den Irak, Zypern, den von Israel besetzten Gebieten, Liberia und Berg-Karabach** die Meinungsbildung des Sicherheitsrates maßgeblich zu gestalten.

Gleichzeitig zeigten sich auch die beschränkten Möglichkeiten eines nichtständigen Mitglieds bei der gegenwärtig tatsächlich gegebenen Machtverteilung im Sicherheitsrat. Das Schlußwort im Bericht über die erste österreichische Mitgliedschaft im Sicherheitsrat 1973/74 hat jedoch auch für die zweite Mitgliedschaft Geltung: „Die relativ kurze Zeit nichtständiger Mitgliedschaft im Sicherheitsrat vermehrte das Ansehen Österreichs und die Kenntnisse über unser Land in der internationalen Staatengemeinschaft“.

## II. Die Tätigkeit des Sicherheitsrates

### II.1. Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs – „Agenda für den Frieden“

Die 1992 weiter angestiegene Bedeutung des Sicherheitsrates fand auch in der am 31. Jänner über britische Initiative erstmalig auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs abgehaltenen ersten Gipfelsitzung des Sicherheitsrates Ausdruck. Der vom Sicherheitsrat bei diesem Anlaß verabschiedeten **Erklärung über die Verantwortung des Sicherheitsrates für die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit** wurde erstmals auch ein breiterer Sicherheitsbegriff – und damit ein erweiterter Zuständigkeitsbereich des Sicherheitsrates selbst – zugrunde gelegt, indem **nichtmilitärische Wurzeln von Instabilität** auf wirtschaftlichem, sozialem, humanitärem und ökologischem Gebiet ausdrücklich als **Bedrohungen von Frieden und Sicherheit** bezeichnet wurden. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen wurde aufgefordert, einen **Bericht mit Empfehlungen zur Stärkung der Kapazitäten der Vereinten Nationen** in den Bereichen der präventiven Diplomatie, Friedensstiftung und Friedenserhaltung vorzulegen. Die **Idee** zu dieser Aufforderung an den Generalsekretär ist von **Österreich und Großbritannien** ausgegangen.

In der von **Bundeskanzler Vranitzky** abgegebenen **österreichischen Erklärung** (IV.14.) wurde der präventive Einsatz von friedenserhaltenden Operationen, eine Überprüfung der Rolle der Vereinten Nationen beim „peace enforcement“, eine verstärkte Tätigkeit des Sicherheitsrates auf den Gebieten der Rüstungskontrolle, der Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und der Abrüstung vorgeschlagen. Der Bundeskanzler wies weiters auf die Bedeutung der Menschenrechte, der Rechte von Minderheiten, der Demokratie und sozialer Gerechtigkeit für die Friedenserhaltung hin.

Der vom Generalsekretär der Vereinten Nationen im Juni vorgelegte umfassende **Bericht „Agenda für den Frieden“** enthält eine Reihe allgemeiner und konkreter Empfehlungen, insbesondere betreffend die präventive Entsendung von UN-Personal in Krisengebiete, die Schaffung von „peace-enforcement“-Einheiten unter UN-Kommando gemäß Art. 42 der Satzung der Vereinten Nationen, die Aufnahme von Verhandlungen über die Schaffung von UN-Truppen gemäß Art. 43 der Satzung sowie die Stärkung der traditionellen friedenserhaltenden Operationen der Vereinten Nationen in finanzieller, materieller und personeller Hinsicht.

Auf Grund des Zögerns einiger ständiger Mitglieder des Sicherheitsrates, welche Bedenken bezüglich der Schaffung einer eigenständigen militärischen Kapazität der Vereinten Nationen sowie der finanziellen Implikationen einiger Vorschläge des Generalsekretärs haben, und einiger blockfreier Mitglieder des Sicherheitsrates, welche Auswirkungen auf das Prinzip der nationalen Souveränität befürchten und deshalb einer Ausweitung der Rolle des Sicherheitsrates zurückhaltend gegenüberstehen, kam eine Erörterung der „Agenda für den

Frieden“ erst im Herbst – parallel zu den Beratungen in der Generalversammlung – in Gang. **Österreich** trat dabei für eine **Stärkung der präventiven Rolle der Vereinten Nationen** und für eine **verbesserte Zusammenarbeit mit Regionalorganisationen** ein. In der Folge konnte Einigung auf drei Erklärungen über verschiedene Teilaspekte des Berichts des Generalsekretärs der Vereinten Nationen (Stärkung der friedenserhaltenden Operationen der Vereinten Nationen, fact-finding, Auswirkungen von Sanktionen des Sicherheitsrates auf Drittstaaten) erzielt werden. Die Beratungen über die „Agenda für den Frieden“ werden vom Sicherheitsrat im Jahre 1993 fortgesetzt werden.

## II.2. Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten

Am 7. August 1991 lenkte **Österreich als erster Staat** schriftlich die Aufmerksamkeit des Sicherheitsrates auf die sich verschlechternde Situation in Jugoslawien und stellte am **19. September** als erster den Antrag auf eine **dringende Behandlung der Krise**. Diese Initiative führte zur Einberufung des **Sicherheitsrats auf Außenministerebene** am 25. September und zur Resolution 713, mit der u. a. ein **Waffenembargo** beschlossen wurde. Der Außenminister legte in der Debatte den österreichischen Standpunkt dar und formulierte Elemente einer friedlichen Lösung (IV.10.). Am 30. Oktober 1991 verwies Österreich in informellen Sicherheitsratskonsultationen auf die Schwierigkeiten der EG-Monitore in Kroatien und Bosnien und Herzegowina und stellte eine Rolle der in diesem Bereich erfahreneren Vereinten Nationen sowie zusätzliche Maßnahmen des Sicherheitsrates zur Diskussion. Letzterer Aspekt fand in einer von Österreich initiierten Erklärung des Sicherheitsratspräsidenten vor der Presse seinen Niederschlag.

Nach der grundsätzlichen Billigung des **Friedensplans der Vereinten Nationen** („**Vance-Plan**“) für **Kroatien** und der Schaffung eines **Sanktionenkommitees** durch den Sicherheitsrat mit Resolution 724 im Dezember 1991 billigte der Sicherheitsrat zunächst Anfang Jänner 1992 die Entsendung von 50 Offizieren zwecks Förderung eines Waffenstillstands (Resolution 727) und Anfang Februar die Aufstockung der UN-Präsenz auf 75 Offiziere (Resolution 740). Nach Vorliegen der Zustimmung aller Parteien genehmigte der Sicherheitsrat am 21. Februar mit **Resolution 743** die von Österreich seit Monaten vorgeschlagene Schaffung einer friedenserhaltenden Operation (**UNPROFOR**) für die Dauer von vorläufig zwölf Monaten. Als Konzession an die serbische Seite wurde unter Kapitel VII der Satzung der Vereinten Nationen beschlossen, daß eine vorherige Beendigung der friedenserhaltenden Operationen nur mit Beschluß des Sicherheitsrates (d.h. nicht auf Grund einer Zurückziehung der Zustimmung der kroatischen Seite) erfolgen kann. Am 7. April wurde mit Resolution 749 die vollständige Stationierung von UNPROFOR autorisiert. Die zentralen Elemente des von UNPROFOR zu überwachenden Friedensplans sind die **Bildung von geschützten Gebieten (UNPAs)**, deren Demilitarisierung einschließlich des Rückzugs der Jugoslawischen Volksarmee, die

interimistisch fortgesetzte Verwaltung dieser Gebiete durch lokale (serbische) Kräfte unter Aufsicht von UNPROFOR, der Neuaufbau von Polizeikräften, deren ethnische Zusammensetzung demjenigen des betreffenden Gebietes vor dem Konflikt entsprechen soll, sowie die Erleichterung der freiwilligen Rückkehr von Vertriebenen.

Auf Grund von Spannungen in Gebieten, welche an die UNPAs angrenzen und welche heute wegen der Vertreibung der kroatischen Bewohner mehrheitlich von Serben bewohnt sind („pink zones“), wurde als Kompromißlösung in **Resolution 762** am 30. Juni 1992 eine Reihe von Maßnahmen (Demilitarisierung, Schaffung einer Gemischten Kommission, Amnestie, Aufstockung von UNPROFOR um 180 Beobachter) beschlossen, um einerseits die Sicherheit der serbischen Bevölkerung zu gewährleisten und andererseits die Autorität der kroatischen Regierung in diesen Gebieten wiederherzustellen. Am 7. August erfuhr das Mandat und der Umfang von UNPROFOR mit **Resolution 769** eine **zweite Ausweitung** durch die geplante (in der Folge aber nicht verwirklichte) Übernahme von Kontrollen an den Grenzen der UNPAs zu Serbien. Die **dritte Erweiterung des UNPROFOR-Mandats** in Kroatien erfolgte am 6. Oktober mit **Resolution 779**, wodurch der Operation die Überwachung der Demilitarisierung der Prävlaka-Halbinsel übertragen wurde. In einem Bericht an den Sicherheitsrat vom 24. November konstatierte der Generalsekretär der Vereinten Nationen jedoch die bisherige Nichterfüllung des Friedensplans in den UNPAs und in den „pink zones“, wobei er die Hauptverantwortung dafür klar der serbischen Seite zuwies, die eine vollständige Demilitarisierung behindere, die Rückkehr der Vertriebenen nicht zulasse und versuche, den status quo zu konsolidieren.

Nach Ausbruch von Kampfhandlungen in **Bosnien und Herzegowina** – vor denen der Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten Dr. Mock bereits in der Sicherheitsratsdebatte auf Außenministerebene am 25. September 1991 gewarnt hatte (IV.10.) und die trotz der präventiven Stationierung des UNPROFOR-Hauptquartiers in Sarajewo erfolgten – appellierte der Sicherheitsrat am 7. April (Resolution 749) und am 10. April an alle Betroffenen, das Feuer einzustellen und mit den Vermittlungsbemühungen der EG zu kooperieren. Nach einer weiteren Verschlechterung der Situation Ende April beschloß der Generalsekretär der Vereinten Nationen mit Zustimmung des Sicherheitsrates, 40 militärische Beobachter nach Mostar zu entsenden, die jedoch bereits Mitte Mai ebenso wie der Großteil des Hauptquartierpersonals in Sarajewo aus Sicherheitsgründen wieder abgezogen wurden. Der Fortgang der Kämpfe in Bosnien und Herzegowina veranlaßte Österreich, einen Entwurf für eine Sicherheitsratsresolution auszuarbeiten, worin die territoriale Integrität von Bosnien und Herzegowina unterstrichen wurde. Weiters wurde die Einstellung jeglicher Einmischung in Bosnien und Herzegowina, der Rückzug aller militärischen Einheiten, die nicht der Regierung von Bosnien und Herzegowina unterstehen, und die Demobilisierung von Freischärlern verlangt. Bei Nichter-

füllung dieser Forderungen wurden weitere Schritte angedroht. In Entsprechung der **österreichischen Forderungen** hat der Sicherheitsrat am 15. März mit **Resolution 752** die Einstellung jedweder Einmischung in Bosnien und Herzegowina von außen, den Rückzug der Einheiten der jugoslawischen Volksarmee und der kroatischen Armee oder deren Unterstellung unter die Regierung von Bosnien-Herzegowina sowie die Auflösung und Entwaffnung aller irregulären Verbände verlangt und zur Lösung der Krise gemäß den Resolutionen des Sicherheitsrates weitere Schritte angekündigt.

Angesichts der Nichterfüllung dieser Forderungen durch die serbische Seite verhängte der Sicherheitsrat am 30. Mai mit **Resolution 757** ein umfassendes Paket von **Sanktionen gegen Serbien und Montenegro**. Mit Resolution 787 vom 16. November wurde das Sanktionenregime u. a. durch Maßnahmen betreffend Transitlieferungen durch Serbien und Montenegro verschärft, nachdem zahlreiche Sanktionsverletzungen insbesondere durch Mißbrauch des Transits durch Serbien und Montenegro bekannt geworden waren.

Der Sicherheitsrat forderte in Resolution 757 alle Betroffenen weiters auf, sofort die notwendigen Bedingungen für ungehinderte **humanitäre Hilfslieferungen** einschließlich der Schaffung einer **Sicherheitszone für Sarajewo und dessen Flugplatz** zu schaffen. Diese Aufforderung ging auf den österreichischen Vorschlag zurück, der Sicherheitsrat möge den Generalsekretär der Vereinten Nationen zur Schaffung einer solchen Zone beauftragen. In der österreichischen Votumserklärung wurde die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen des Sicherheitsrates für den Fall betont, daß die Konfliktparteien Hilfslieferungen nicht ermöglichen. Außerdem wurde der präventive Einsatz von UN-Truppen – unter Hervorhebung des Kosovo – angeregt (IV.19.). Während der österreichischen Sicherheitsratspräsidentschaft im Mai 1992 konnten weiters die Anträge von Slowenien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina um Aufnahme in die Vereinten Nationen nach intensiven Konsultationen mit allen Mitgliedern des Sicherheitsrates positiv erledigt werden.

Nach einer Übereinkunft der Parteien am 6. Juni, betreffend die Übernahme des Flughafens Sarajewo für humanitäre Hilfslieferungen sowie die Konzentration schwerer Waffen und den Abzug von Flugabwehrwaffen aus der Umgebung des Flughafens durch UNPROFOR, genehmigte der Sicherheitsrat am 8. Juni mit **Resolution 758** eine diesbezügliche **Mandatserweiterung** sowie mit **Resolution 761** am 29. Juni die Stationierung von zusätzlichem UNPROFOR-Personal. Am 3. Juli wurde der Flughafen von Sarajewo für humanitäre Hilfslieferungen geöffnet. Am 13. Juli autorisierte der Sicherheitsrat mit **Resolution 764** eine weitere Stärkung von UNPROFOR in Sarajewo, wobei über österreichischen Vorschlag festgehalten wurde, daß die Öffnung des Flughafens ein erster Schritt in Richtung Bildung einer Sicherheitszone in und um Sarajewo sei.

Ebenfalls am 13. Juli zirkulierte die **österreichische Delegation** nach Bekanntwerden neuerlicher militärischer Großoffensiven der serbischen Seite in Bosnien-Herzegowina über Weisung von Außenminister Mock Elemente für einen **Resolutionsentwurf**, womit die sofortige **Einstellung der Kampfhandlungen** sowie **Beendigung ethnischer Säuberungen** gefordert und der Generalsekretär der Vereinten Nationen aufgefordert worden wäre, dem Sicherheitsrat binnen 48 Stunden über die Erfüllung dieses Sicherheitsratsbeschlusses zu berichten, widrigenfalls der Sicherheitsrat sofort über **zusätzliche Maßnahmen, inklusive Zwangsmaßnahmen gemäß Kapitel VII** der Satzung der Vereinten Nationen, beraten würde. Nach mehrtägigen intensiven Konsultationen wurde jedoch von einer Weiterverfolgung dieser Initiative Abstand genommen, da **maßgebliche Mitglieder des Sicherheitsrates nicht zur Unterstützung eines derartigen Sicherheitsratsbeschlusses** bereit waren. Es bestand auch keine Bereitschaft, einen derartigen Beschluß nötigenfalls mit Gewalt durchzusetzen. Außerdem wurde am 17. Juli von Lord Carrington mit den bosnischen Konfliktparteien Einigung auf einen neuerlichen Waffenstillstand und die Überwachung schwerer Waffen durch die Vereinten Nationen erzielt. Im Laufe der folgenden Wochen stellte sich allerdings heraus, daß weder dieser Waffenstillstand hielt, noch die Überwachung der schweren Waffen realisierbar war (wegen mangelnder Kooperation der Parteien mit den Vereinten Nationen). Die rasche Indorsierung der Vereinbarung vom 17. Juli und der darin vorgesehenen zusätzlichen Aufgaben für die Vereinten Nationen durch den Sicherheitsrat ohne vorangegangene Konsultationen mit den Vereinten Nationen führten zu einer **Kontroverse zwischen dem Generalsekretär der Vereinten Nationen und Sicherheitsratsmitgliedern**. Der Generalsekretär betonte in dieser Auseinandersetzung die Unmöglichkeit der Realisierung der Vorstellungen des Sicherheitsrates bezüglich der Überwachung der schweren Waffen durch UNPROFOR ohne wesentliche Verstärkung dieser Friedenstruppen.

Nachdem die Unzulänglichkeit der Versorgung der bosnischen Zivilbevölkerung über den Flughafen Sarajewo offenkundig geworden war, autorisierte der Sicherheitsrat am 13. August mit **Resolution 770** unter Kapitel VII der Satzung der Vereinten Nationen Staaten zur **Ergreifung aller notwendigen Maßnahmen zur Erleichterung humanitärer Hilfe** in Koordination mit den Vereinten Nationen. In der österreichischen Votumserklärung (IV.23.) wurde daran erinnert, daß Außenminister Mock bereits vor Monaten Sicherheitskorridore für humanitäre Hilfslieferungen gefordert hatte. Weiters wurde darauf hingewiesen, daß eine „Neue Weltordnung“ nur dann geschaffen werden könne, wenn der serbischen Aggression rasch und entschlossen entgegengetreten wird. Sollte man dazu nicht bereit sein, müsse Bosnien und Herzegowina zumindest die Ausübung seines Rechts auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung gemäß Art. 51 der Satzung der Vereinten Nationen ermöglicht werden. Abschließend wurde auf die Gefahr einer Ausweitung des Konflikts im Hinblick auf den Sandschak, Kosovo und Mazedonien hingewiesen.

Auf Grund von Schwierigkeiten bei der Koordination nationaler Kräfte und bei der Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingshochkommissär der Vereinten Nationen sowie von Befürchtungen bezüglich negativer Auswirkungen der Anwendung von Gewalt durch nationale Kontingente auf das Personal der Vereinten Nationen in Bosnien und Herzegowina wurde am 14. September mit **Resolution 776** beschlossen, den Schutz humanitärer Hilfeleistungen sowie von allfälligen Konvois von freigelassenen Gefangenen der **abermals erweiterten UNPROFOR** zu übertragen. In der österreichischen Votumserklärung wurde u. a. die Schaffung von Sicherheitszonen, die Überwachung schwerer Waffen durch UNPROFOR, die Verschärfung der Sanktionen sowie die Beendigung der Mitgliedschaft der früheren Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ) in den Vereinten Nationen gefordert (IV.24.).

Am 16. November gelang es über österreichische Initiative (IV.27.), **erstmalig** eine operativ gehaltene **Unterstützung des Konzepts von Sicherheitszonen** durch den Sicherheitsrat durchzusetzen: Mit **Resolution 787** wurde der Generalsekretär der Vereinten Nationen beauftragt, in Konsultationen mit dem Flüchtlingshochkommissär die Möglichkeiten und Erfordernisse der Förderung von „sicheren Gebieten“ für humanitäre Zwecke zu prüfen. Weiterreichende österreichische Vorstellungen scheiterten jedoch an ständigen Sicherheitsratsmitgliedern, die bei sofortiger Schaffung solcher Zonen die Gefahr weiterer ethnischer Säuberungen und verstärkter eigener militärischer Involvement sahen. In der österreichischen Votumserklärung (IV.28.) wurde der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß der Generalsekretär der Vereinten Nationen dem Sicherheitsrat ehestmöglich einen Bericht über die Schaffung solcher Zonen vorlegen wird.

Nach Bekanntwerden schwerwiegender **Verletzungen des humanitären Völkerrechts** – vor allen durch die serbische Seite – und der Existenz von Lagern für die Zivilbevölkerung stellte der Sicherheitsrat am 13. August mit **Resolution 771** erneut die individuelle Verantwortlichkeit für schwere Verletzungen der Genfer Konventionen klar, verlangte sofortigen ungehinderten Zugang zu allen Lagern und forderte den Generalsekretär der Vereinten Nationen zur Berichterstattung über schwere Verletzungen des humanitären Völkerrechts auf. Über österreichisches Drängen wurden erstmals auch die ethnischen Säuberungen vom Sicherheitsrat ausdrücklich verurteilt, obwohl eine namentliche Erwähnung der serbischen Seite als Hauptverantwortliche wegen des Widerstandes maßgeblicher anderer Mitglieder des Sicherheitsrates unterblieb. In der österreichischen Votumserklärung (IV.23.) wurde daher festgehalten, daß es für den Sicherheitsrat keine Äquidistanz zwischen Tätern und Opfern geben dürfe. Europa habe vor 50 Jahren den Wahnsinn des Strebens nach ethnischer Reinheit erlitten. Eine solche Situation dürfe sich durch eine permissive Haltung gegenüber den ethnischen Säuberungen nicht wiederholen. Am 6. Oktober forderte der Sicherheitsrat mit **Resolution 780** den Generalsekretär der Vereinten Nationen auf, eine **Expertenkommission zur Untersu-**



**chung schwerer Verletzungen** der Genfer Konventionen und des humanitären Völkerrechtes zu schaffen. Diese Kommission wurde am 14. Oktober gebildet und besteht aus Experten aus den Niederlanden (Vorsitz), Ägypten, Kanada, Norwegen und Senegal. Am 18. Dezember verurteilte der Sicherheitsrat mit Resolution 798 auf das Schärfste die stattgefundenen Massenvergewaltigungen, insbesondere von moslemischen Frauen, in Bosnien-Herzegowina.

Am 19. September empfahl der Sicherheitsrat mit **Resolution 777** der Generalversammlung, den Beschluß zu fassen, daß die von Serbien und Montenegro gebildete **Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ)** nicht automatisch die **Mitgliedschaft der früheren Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ) in den Vereinten Nationen** fortsetzen und nicht an der Arbeit der Generalversammlung teilnehmen könne, sondern ebenso wie die anderen früheren Teilrepubliken des ehemaligen Jugoslawien um Mitgliedschaft ansuchen sollte. In der österreichischen Votumserklärung wurde betont, daß für eine eventuelle Anerkennung der Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ) die vom EG-Rat am 16. Dezember 1991 beschlossenen Kriterien Anwendung finden sollten, wobei dem Schutz der Menschenrechte und der Rechte ethnischer Gruppen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden müsse (IV.25.).

Am 9. Oktober verhängte der Sicherheitsrat mit **Resolution 781** ein **Verbot für militärische Flüge in Bosnien und Herzegowina** und beauftragte **UNPROFOR** am 10. November mit **Resolution 786** mit der **Überwachung dieses Verbots**. Nach Bekanntwerden zahlreicher Verletzungen dieses Verbots versuchten die USA, eine Ermächtigung des Sicherheitsrates zur Anwendung aller notwendigen Maßnahmen zur Durchsetzung dieses Verbots zu initiieren. Ein dahingehender Beschluß des Sicherheitsrates verzögerte sich jedoch auf Grund von Bedenken der Verbündeten der USA und des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, die negative Auswirkungen auf UNPROFOR und die Erfolgsaussichten der Genfer Verhandlungen über die zukünftige Gestaltung von Bosnien und Herzegowina befürchteten.

In einer von Österreich initiierten Erklärung des Präsidenten des Sicherheitsrates vom 9. Dezember verurteilte der Sicherheitsrat ausdrücklich Angriffe der serbischen Milizen in Bosnien und Herzegowina, insbesondere auf Sarajewo, und verlangte die Einstellung dieser Angriffe sowie die Beendigung jeglicher Beeinträchtigungen der humanitären Hilfe. Der Sicherheitsrat kündigte für den Fall der Fortsetzung der Beeinträchtigungen Beratungen über zusätzliche Maßnahmen an.

Am 11. Dezember beschloß der Sicherheitsrat mit **Resolution 794** die von Österreich seit langem geforderte präventive Entsendung von zusätzlichen **UNPROFOR-Einheiten nach Mazedonien**.

### *II.2.1. Mitarbeit im Jugoslawien-Sanktionskomitee*

Bereits mit Resolution 713 vom 25. September 1991 war ein Waffenembargo über (damals Gesamt-)Jugoslawien verhängt worden, zu dessen Überwachung mit **Resolution 724** ein **Sanktionskomitee** eingesetzt worden war. Mit Resolution 757 vom 30. Mai 1992 wurde die Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) unter ein umfassendes Wirtschaftsembargo gestellt, das dem gegen den Irak verhängten Sanktionenregime ähnlich ist. Dieses Embargo wurde durch Resolution 760 vom 18. Juni 1992 leicht modifiziert. Auf Grund immer häufigerer Berichte über Verstöße gegen die Sanktionen zugunsten von Serbien und Montenegro, insbesondere durch fingierte Transitlieferungen, verabschiedete der Sicherheitsrat am 16. November 1992 Resolution 787, worin die Transitlieferungen einer Reihe von Gütern (Eisen und Metalle, Kohle, Erdöl und Erdölprodukte, Chemikalien, KFZ und Ersatzteile) einer Genehmigungspflicht durch das 724-Komitee unterworfen wurden. Wegen der Kompliziertheit der Materie konnten die Durchführungsbestimmungen vom Komitee jedoch erst am 29. Dezember 1992 beschlossen werden.

Die Sanktionen stellten sich mit Stand Ende 1992 wie folgt dar:

- **Alle ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken** stehen unter einem **Embargo auf Waffen und militärische Güter**.
- Für **Serbien und Montenegro** gelten folgende Wirtschaftssanktionen:
  - **Medikamenten- und Nahrungsmittelsendungen** müssen dem Sanktionskomitee notifiziert werden.
  - Andere **zivile und humanitäre Güter und Dienstleistungen** müssen vom Komitee genehmigt werden.
  - **Transitlieferungen** etlicher Güterkategorien durch Serbien und Montenegro (auch auf der Donau) bedürfen einer Bewilligung des Komitees.
  - **Flüge** aus und nach Serbien und Montenegro bedürfen – abgesehen von Ausnahmefällen – der Bewilligung des Komitees.

Durch **Resolution 820** vom 17. April 1993 sind die **Sanktionen** gegen Serbien und Montenegro inzwischen **drastisch weiter verschärft** worden.

Auf Grund der wirtschaftlichen Bedeutung von Serbien und Montenegro und ihrer Verflechtung im europäischen und außereuropäischen Wirtschaftsleben nahm die Arbeitsbelastung dieses sogenannten 724-Komitees nach Verabschiedung der Resolution 757 sprunghaft zu und erfuhr eine weitere Steigerung nach Verabschiedung der Resolution 787, die auch die Transitlieferungen unter Bewilligungspflicht gestellt hat. Die Hauptaufgaben des Komitees lagen in der Bewilligung der Einfuhr humanitärer und ziviler Güter und Dienstleistungen, der Bestätigung ordnungsgemäßer Meldung von Medikamenten- und Nahrungsmittelsendungen, in der Genehmigung von Transitlieferungen und der Bewilligung von Flügen, ferner in der Beantwortung unterschiedlichster Anfragen rechtlicher Art sowie in der Behandlung zahlreicher von Serbien und Montenegro selbst und von vielen anderen Staaten und Internationalen Orga-

nisationen gestellten Anträgen diverser Natur, u. a. bezüglich der Teilnahme von serbischen und montenegrinischen Sportlern bei den Olympischen Sommerspielen in Barcelona und anderen Wettbewerben, betreffend die Überweisung von Pensionen an Pensionsempfänger in Serbien und Montenegro und bezüglich allfälliger Energielieferungen an Serbien und Montenegro für humanitäre Zwecke. Schließlich oblag dem Komitee die Untersuchung der von verschiedenen Seiten gemeldeten bzw. behaupteten Verstöße gegen das Wirtschafts- oder das Waffenembargo. An all diesen Tätigkeiten des Komitees war **Österreich aktiv und oft in federführender Rolle beteiligt**. Viele der einschlägigen Beschlüsse basierten auf österreichischen Initiativen und Vorschlägen. Nach Verabschiedung der **Resolution 787** war es eines der Hauptanliegen des österreichischen Vertreters, bei der Ausarbeitung des Genehmigungsverfahrens für Transitlieferungen einen vertretbaren **Ausgleich** zwischen den Erfordernissen einer effektiven **Sanktioneneinhaltung und -überwachung** einerseits und den **Interessen der Donauanrainerstaaten** andererseits zu schaffen.

### II.3. Irak – Kuwait

Am 15. Jänner 1991, kurz nach Beginn der österreichischen Sicherheitsratsmitgliedschaft, lief die dem Irak in Resolution 678 (1990) gesetzte Frist zur Räumung Kuwaits ab. Am 16. Jänner 1991 begann, unter der Führung der US-Streitkräfte, die **Militäroperation „Desert Storm“** zur Befreiung Kuwaits. Zumindest bis Sommer 1991 dominierte der Konflikt zwischen dem Irak und Kuwait und seine Folgen eindeutig die Arbeiten des Sicherheitsrates. In Resolution 686 vom 2. März 1991 wurden unter der österreichischen Sicherheitsratspräsidentschaft die Vorbedingungen für einen Waffenstillstand festgelegt. Am 5. April 1991 schuf der Sicherheitsrat in **Resolution 687** einen umfassenden und detaillierten Rahmen für einen dauerhaften **Waffenstillstand**. Resolution 687, welche auf einem US-Entwurf beruht, enthält Bestimmungen über die Freilassung der Kriegsgefangenen, die Rückgabe des kuwaitischen Eigentums, sie schafft eine Kommission zur Festlegung und Demarkierung der Grenze zwischen dem Irak und Kuwait und regelt die Modalitäten für die irakischen Entschädigungszahlungen an die durch die irakische Aggression zu Schaden gekommenen Individuen, Unternehmen und Staaten. Resolution 687 ordnet die **Zerstörung der irakischen Massenvernichtungswaffen** an und betraut die **Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO)** und eine eigens geschaffene **Spezialkommission (UNSCOM)** mit einschlägigen Aufgaben. Schließlich wird das Sanktionenregime gegen den Irak ausführlich ausgestaltet.

Die Unterdrückung der irakischen Zivilbevölkerung, insbesondere der **Kurden**, führte zur Verabschiedung der **Resolution 688** am 5. April 1991, die von den westlichen Staaten dann als Basis zur Ergreifung von Schutzmaßnahmen für die Kurden im Nordirak herangezogen wurde, und nach Abschluß eines

Abkommens mit dem Irak zur Entsendung der sogenannten „UN-Guards“ (UNGCI) führte, eines internationalen Polizeikontingents zum Schutz der humanitären Operationen. Mit **Resolution 689** etablierte der Sicherheitsrat die **Operation UNIKOM**, eine Beobachtungsmission im irakisch-kuwaitischen Grenzgebiet, die vom **österreichischen Generalmajor Günther Greindl** befehligt wurde.

Am 17. Juni 1991 beschloß der Sicherheitsrat mit **Resolution 700** ein allgemeines **Waffenembargo** gegen den Irak, welches jedoch derzeit ohnehin vom allgemeinen Wirtschaftsembargo überlagert ist.

In **Resolution 705** legte der Sicherheitsrat einen Plafond von 30% der Erdölausfuhrerlöse für die **irakischen Entschädigungszahlungen** fest; mit **Resolutionen 706 und 712** wurde dem Irak der beschränkte **Export von Erdöl** zur Ermöglichung des Imports von zivilen und humanitären Gütern und teilweise auch zur Bedienung der Entschädigungszahlungen gewährt. Bis dato hat allerdings der Irak von diesem Mechanismus („oil for food“-Prozedur) noch keinen Gebrauch gemacht, weil er die Auffassung vertritt, daß diese Prozedur einen zu weitreichenden Eingriff in seine Souveränitätsrechte darstelle.

Nachdem die Inspektionsteams der Vereinten Nationen (UNSCOM) und der IAEO den Irak des mehrfachen Verstoßes gegen seine Verpflichtungen auf dem Gebiet der **Massenzerstörungswaffen** überführt hatten, errichtete der Sicherheitsrat mit **Resolutionen 707 und 716** ein **strenges Kontrollregime** zur Verhinderung der irakischen Wiederaufrüstung in den Bereichen atomarer, chemischer, biologischer und ballistischer Waffen.

Mit der zunehmenden Intensivierung des Konflikts im ehemaligen Jugoslawien verlor der Fall Irak gegen Jahreswechsel 1991/92 seine beherrschende Stellung in der Arbeit des Sicherheitsrats. Dennoch beschäftigte sich der Sicherheitsrat auch im Jahre 1992 häufig mit diesem Themenkreis, da er auf Grund verschiedener Vorfälle – insbesondere Behinderungen der Arbeit der UNSCOM – immer wieder tätig werden mußte.

Höhepunkte waren die beiden über irakischen Wunsch einberufenen **Sitzungen des Sicherheitsrates mit dem irakischen Vizepremierminister Tarek Aziz**, am 11./12. März und 23./24. November 1992. Die Märzsession verlief in relativ positiver Atmosphäre, nicht zuletzt weil Tarek Aziz dem Sicherheitsrat verbesserte Kooperation seitens des Irak versprach, die in der Folge auch tatsächlich spürbar wurde. Die Novembersitzung war allerdings von einer deutlichen Klimaverschlechterung begleitet, die sich auch im Verhalten der irakischen Delegation widerspiegelte: Tarek Aziz hatte diesmal heftige Vorwürfe gegen den Sicherheitsrat und die Vereinten Nationen insgesamt erhoben, was auch zu einer entsprechend scharfen Reaktion des Sicherheitsrat führte.

Im Zusammenhang mit der Frage der Behandlung der **Kurden** und der in den südlichen Sumpfgebieten lebenden **Schiiten** durch die irakische Regierung fand am 11. August 1992 eine Sitzung des Sicherheitsrates zur Anhörung von

**Max van der Stoel**, dem Sonderberichterstatler der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen für den Irak, statt. Wegen des Widerstandes von China und einigen blockfreien Staaten konnte van der Stoel allerdings nur als Privatperson und nicht in seiner offiziellen Funktion eingeladen werden.

Auf Grund der Verschlechterung der irakischen Zusammenarbeit mit der **Grenzdemarkierungskommission** verabschiedete der Sicherheitsrat am 26. August 1992 die **Resolution 773**, worin er seine Unterstützung für die Arbeit der Kommission und seine Garantie für die irakisch-kuwaitische Grenze bekräftigte. Im Zusammenhang mit der irakischen Weigerung, die sogenannte „oil for food“-Prozedur nach Resolutionen 706 und 712 anzuwenden, verabschiedete der Sicherheitsrat am 2. Oktober **Resolution 778**, womit alle Staaten verpflichtet wurden, bei ihnen erliegende **eingefrorene irakische Guthaben** aus Ölverkäufen vor dem Beginn des Sanktionenregimes auf das Treuhandkonto der Vereinten Nationen nach den Resolutionen 706 und 712 zu überweisen. Damit soll zum Teil der Irak-Kompensationsfonds gespeist werden, zum Teil sollen die Kosten der Aktivitäten von UNSCOM und IAEO finanziell abgedeckt werden; ein weiterer Teil soll zur Finanzierung der humanitären Aktivitäten der Vereinten Nationen v. a. im Nordirak verwendet werden. Schließlich werden in Resolution 778 jene Staaten, die **irakisches Erdöl beschlagnahmt** halten, verpflichtet, dieses **zu verkaufen** und die Erlöse gleichfalls an das Treuhandkonto zu überweisen. Bis Jahresende 1992 sind allerdings keine bedeutenden Summen eingelangt.

Der Sicherheitsrat befaßte sich im Zusammenhang mit dem Irak überdies mit den jeweiligen Fortschrittsberichten der UNSCOM und der IAEO (Zerstörung der irakischen Massenvernichtungswaffen und Verhinderung der Wiederaufrüstung), mit Fragen der Grenzdemarkierung, der Rückholung irakischen Eigentums aus der demilitarisierten Zone entlang der Grenze, mit der Rückgabe kuwaitischen Eigentums sowie mit der Situation im kurdischen Teil des Irak. Die Operationen UNIKOM und UNGCI laufen jeweils mit österreichischer Beteiligung weiter. Darüber hinaus ist Österreich durch Prof. Helmut Hönig (TU Graz) in UNSCOM vertreten und stellt von Fall zu Fall Experten und Material für einzelne Waffenzerstörungs- und Verifikationsmissionen zur Verfügung.

### *II.3.1. Vorsitz im Irak-Sanktionskomitee*

Anfang Jänner 1991 wurde **Botschafter Dr. Peter Hohenfellner zum Vorsitzenden** des durch Sicherheitsratsresolution 661 (1990) geschaffenen **Komitees zur Überwachung der Sanktionen** gegen den Irak (sogenanntes 661-Komitee oder Sanktionskomitee) gewählt und 1992 in dieser Funktion bestätigt. In das Komitee, das ein Unterorgan des Sicherheitsrates ist, entsenden alle 15 Sicherheitsratsmitglieder Vertreter.

Dem Komitee wurden durch die **Resolutionen 661, 665 und 666** die Überprüfung der **Sanktionenimplementierung** und Gewährung von Ausnahmen in

humanitär gerechtfertigten Fällen aufgetragen. **Resolution 670** erteilte dem Komitee das Mandat, Flüge in und aus dem Irak zu bewilligen. **Resolution 687** wies dem Komitee die Rolle zu, Notifikationen über **Nahrungsmittelsendungen** entgegenzunehmen und die Sendung anderer Zivilgüter zu genehmigen. **Resolution 700** beauftragte das Komitee mit der **Überwachung des Waffenembargos** gegen den Irak. **Resolutionen 706 und 712** wiederum wiesen dem Komitee wichtige Aufgaben im Zusammenhang mit dem **Ölexportmechanismus** (sogenannte „oil for food“-Prozedur) zu.

Der Kern des **Sanktionenregimes gegen den Irak** stellt sich (aktueller Stand) folgendermaßen dar:

- **Medizinische Sendungen** sind nicht vom Embargo erfaßt.
- **Nahrungsmittelsendungen** müssen dem Komitee gemeldet werden.
- **Andere zivile und humanitäre Güter** und Dienstleistungen müssen vom Komitee genehmigt werden.
- **Flüge** in und aus dem Irak bedürfen – abgesehen von Ausnahmefällen – der Bewilligung des Komitees.

Die durch Sicherheitsratsresolution 687 und den Komiteebeschluß vom 16. Mai 1991 geschaffene Möglichkeit zur Finanzierung des Exports von Medizin, Nahrungsmitteln oder genehmigten Zivilgütern, wurde durch Resolution 778 vom 2. Oktober 1992 wiederum aufgehoben.

Zu Beginn der österreichischen Vorsitzführung stellten die Genehmigung von Evakuierungsflügen aus dem Irak und die Hilfestellung an durch die Einhaltung der Sanktionen in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratenen Staaten die wichtigsten Arbeitsschwerpunkte des Komitees dar. Seit dem Komiteebeschluß vom 22. März 1991 lag die **Hauptaufgabe** in der **Bewilligung der Einfuhr humanitärer und ziviler Güter** für die irakische Zivilbevölkerung und in der Bestätigung ordnungsgemäßer Notifikationen für die Sendung von Nahrungsmitteln sowie in der Behandlung der erhobenen Einsprüche in jenen Fällen, in denen die Bewilligung verweigert wurde. Darüber hinaus wurde das Komitee immer wieder mit verschiedenen Rechtsfragen im Zusammenhang mit der **irakischen Mitgliedschaft bei internationalen Organisationen**, der **irakischen Auslandsguthaben** sowie mit unterschiedlichen Fragen, betreffend die im Ausland stationierten **irakischen Zivilflugzeuge und Schiffe**, befaßt.

Die Resolutionen 706 und 712 und der Komiteebeschluß vom 15. Oktober 1991 gestatteten dem Irak den **Verkauf von Erdöl und Mineralölprodukten** im Wert von 1,6 Mrd. US-\$, um aus den Erlösen Medizin, Nahrungsmittel und andere zivile Güter anschaffen zu können. Der Verkauf des Erdöls, die Verwaltung der Erlöse und der Einkauf der Bedarfsgüter würde unter einer strengen Kontrolle des 661-Komitees stehen. Obwohl der Mechanismus seit Oktober 1991 operationell ist, hat der **Irak** bis zum Ende der Berichtsperiode von der ihm offenstehenden Möglichkeit des Erdölverkaufs unter dieser „**oil for**

**food“-Prozedur keinen Gebrauch** gemacht. Im Lauf des Jahres 1992 fanden in Wien insgesamt drei Gesprächsrunden zwischen dem Irak und dem Sekretariat der Vereinten Nationen betreffend eine allfällige Modifizierung der Durchführungsbestimmungen für die Resolutionen 706 und 712 statt. Trotz anfänglicher positiver Entwicklungen scheiterten diese Gespräche schließlich an den unvereinbaren Positionen. Im November 1992 hat der Irak seine Bereitschaft angedeutet, die Wiener Gespräche wieder aufzunehmen, mangels konkreter Vorschläge ist es allerdings bis zum Ende des Berichtszeitraums nicht dazu gekommen.

Österreich sah seine Rolle als **Vorsitzender** des Sanktionenkomitees vor allem in der Gewährleistung einer effizienten, resultatorientierten, raschen und unparteiischen Leitung des Komitees, die den beiden Ansprüchen des Komitees gerecht wird, nämlich **Überwachung der Sanktioneneinhaltung** und Gewährung von **Ausnahmen in humanitär gerechtfertigten Fällen**.

#### II.4. Libyen

Im Zusammenhang mit dem gegebenen Verdacht, daß libysche Staatsbürger die Sprengung eines **PANAM-Flugzeuges über Lockerbie** und eines französischen **UTA-Flugzeuges über Niger** verursacht haben, wurde von den drei betroffenen Staaten USA, Großbritannien und Frankreich Anfang Jänner 1992 eine Initiative zur Befassung des Sicherheitsrates gestartet. Diese wurde mit dem Mangel an libyscher Kooperation bei der Aufklärung der Verbrechen und mit dem Verdacht der Involvierung Libyens in terroristische Aktivitäten begründet. Weiters wurde auf eine Gefährdung des internationalen Friedens und der Sicherheit hingewiesen. Die Initiative mündete schließlich in der Verabschiedung der **Resolution 731** am 21. Jänner 1992, worin **Libyen zur Kooperation bei der Aufklärung** beider Verbrechen und zur Erfüllung einschlägiger amerikanischer, britischer und französischer Forderungen aufgerufen wurde.

Wegen der mangelhaften und schleppenden libyschen Antworten beschloß der Sicherheitsrat am 31. März 1992 die Resolution 748, worin von Libyen neuerlich die Erfüllung der oben erwähnten Obliegenheiten verlangt wird. Vor allem wird Libyen indirekt dazu verpflichtet, die beiden Verdächtigen im Lockerbie-Fall den Justizbehörden der USA oder Großbritanniens auszuliefern sowie verschiedenen Forderungen der französischen Justiz nachzukommen. Ferner muß Libyen seine Ablehnung des internationalen Terrorismus durch konkrete Taten glaubhaft machen. Schließlich wurde in **Resolution 748 über Libyen ein Sanktionenregime** verhängt, das folgende Bereiche betrifft:

- ein umfassendes **Luftfahrtembargo** inklusive Schließung der Auslandsbüros der Libyan Arab Airways;
- ein **Waffen- und Militärgüterembargo**;
- sowie die **Reduktion der libyschen diplomatischen Vertretungen** im Ausland und die Einschränkung oder Kontrolle der Bewegungsfreiheit des verbleibenden Personals.

Es ist der **österreichischen Delegation** gelungen, in Verhandlungen mit den Kosponsoren der Resolution (USA, Großbritannien und Frankreich) die Sanktionsbestimmungen so zu gestalten, daß zwischen dem angestrebten Zweck und den anzuwendenden Mitteln ein vertretbares Verhältnis besteht. Die Wichtigkeit eines solchen **Gleichgewichts zwischen Mittel und Zweck** wurde auch in der österreichischen Votumserklärung zu Resolution 748 hervorgehoben (IV.18.).

Zwei Tage nach der Verabschiedung der Resolution 748 fanden in **Tripolis Demonstrationen** vor den Botschaften jener Sicherheitsratsmitglieder statt, die für die Resolution gestimmt hatten. Dabei wurde die venezolanische Botschaft völlig zerstört. Die österreichische und einige andere Botschaften wurden leicht beschädigt.

Trotz zahlreicher Bemühungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, seines Sonderbeauftragten Petrowsky und der Arabischen Liga ist es bislang nicht gelungen, Libyen zur Erfüllung der Resolutionen 731 und 748 zu bewegen. Verschiedene libysche Ankündigungen künftiger Zusammenarbeit mit den Kosponsoren und die von Libyen zum Ausdruck gebrachte Bereitschaft, die Verdächtigen unter bestimmten Umständen an ein drittes Land auszuliefern zu wollen, sowie mehrere libysch-britische Treffen brachten **keine nennenswerten Entwicklungen**, da alle diese Initiativen nach Ansicht der drei betroffenen Staaten USA, Großbritannien und Frankreich jeweils auf eine nicht völlige und umfassende Erfüllung der libyschen Verpflichtungen abzielten.

An den Arbeiten des mit der **Resolution 748** geschaffenen **Sanktionenausschusses** nahm Österreich aktiv und engagiert teil. Der österreichische Vertreter bemühte sich darum, daß sich auch in den Beschlüssen des Ausschusses ein ausgewogenes Verhältnis zwischen dem gegebenen Verdacht gegen Libyen und den Mitteln zur Erreichung des Zwecks der Sanktionen ergibt. Hervorzuheben sind dabei insbesondere die österreichischen Bemühungen zur raschen Gewährung von Ausnahmen vom Flugembargo bei humanitär gerechtfertigten Flügen, wie z. B. bei medizinischen Evakuierungsflügen.

## II.5. Zypern

1991 und 1992 brachten eine Intensivierung und gewisse Fortschritte bei den Bemühungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, ein Rahmenabkommen für die Regelung des Konflikts zwischen der griechisch-zypriotischen und türkisch-zypriotischen Volksgruppe zu erzielen. Dabei erfolgte auch eine **zunehmende Einschaltung des Sicherheitsrates** und vor allem der fünfständigen Mitglieder des Sicherheitsrates.

1992 kam es zu mehreren Treffen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen mit den Vertretern beider Volksgruppen in New York. **Ab August 1992** fanden unter der Ägide des Generalsekretärs der Vereinten Nationen **erstmalig wieder Direktgespräche** zwischen Präsident Vassiliou und dem türkisch-zyprioti-



schen Volksgruppenführer Rauf Denktasch statt. Wenn auch diese Gesprächsrunden eine umfassende Erörterung aller offenen Fragen (insbesondere betreffend das von der türkisch-zypriotischen Seite abzutretende Territorium, die Rückkehr der seinerzeit vertriebenen Personen und die Ausarbeitung einer neuen bundesstaatliche Verfassung) brachte, konnte dennoch das vom Sicherheitsrat in **Resolution 774** festgelegte **Ziel, bis zum Ende des Jahres 1992 ein Rahmenabkommen** der Streitparteien abzuschließen, **nicht erreicht** werden. Die Verantwortung dafür lag bei der türkisch-zypriotischen Seite, deren Position in entscheidenden Punkten weit von den Kompromißvorschlägen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen abwich, was auch vom Sicherheitsrat ausdrücklich festgehalten wurde.

Angesichts der mangelnden Fortschritte in den Verhandlungen sah sich der Generalsekretär der Vereinten Nationen zuletzt veranlaßt, vor einer Fortsetzung der Direktgespräche im Jahr 1993 die **Setzung vertrauensbildender Maßnahmen** vorzuschlagen, um das gegenseitige Mißtrauen der Konfliktparteien abzubauen. Dabei wurde insbesondere die Reduzierung der ausländischen (türkischen) Truppen in Zypern und die Suspendierung der militärischen Rüstung (v. a. auf griechisch-zypriotischer Seite) sowie die Übertragung des Gebiets um Varoscha unter die Kontrolle von UNFICYP vorgeschlagen. Der Sicherheitsrat unterstützte diese Vorschläge mit **Sicherheitsratsresolution 789**.

Hinsichtlich der seit Jahren defizitären Operation der Vereinten Nationen – UNFICYP – versuchte **Österreich** als einer der größten Truppensteller bei dieser Operation **gemeinsam mit Großbritannien** im Jahr 1991 eine **Änderung des Finanzierungssystems** zu erreichen. Demnach sollte UNFICYP in Zukunft nicht mehr aus freiwilligen, sondern aus Pflichtbeiträgen finanziert werden. Trotz der Unterstützung dieser Initiative durch alle nichtständigen Mitglieder des Sicherheitsrates gelang es wegen des anhaltenden **Widerstands der ständigen Mitglieder** des Sicherheitsrates (v. a. der damals gerade in Auflösung und in einer schweren finanziellen Krise befindlichen Sowjetunion) während der österreichischen Sicherheitsratsmitgliedschaft nicht, die Finanzierungsänderung durchzusetzen (Resolution 698). **Österreich und Großbritannien** setzten hierauf gemeinsam mit den **anderen Truppenstellerländern** Diskussionen mit dem Sekretariat der Vereinten Nationen über eine **umfassende Restrukturierung von UNFICYP** in Gang (IV.12.), in der Hoffnung, eine Reform nicht nur der Struktur, sondern auch der Finanzierung der Operation durchzusetzen. Diese Reform hat der Sicherheitsrat erst mit **Resolution 833** vom 27. Mai 1993 beschlossen.

## II.6. Somalia

Nach dem Sturz des Regimes von Siad Barre hat sich der Bürgerkrieg in Somalia weiter ausgeweitet. Im Spätherbst 1991 ist es zu einer dramatischen Verschlechterung der Lage, v. a. auch der Versorgung der Zivilbevölkerung

gekommen. Dies veranlaßte den Generalsekretär der Vereinten Nationen Ende Dezember 1991, den Sicherheitsrat mit der Somaliakrise zu befassen. Der Sicherheitsrat behandelte im Laufe des Jahres 1992 – jeweils auf Grundlage von Berichten der vom Generalsekretär nach Somalia entsandten Emissäre – diesen Konflikt, welcher zum völligen Zusammenbruch aller staatlichen Strukturen und dadurch zu einer humanitären Katastrophe enormen Ausmaßes geführt hatte (IV.17.), mit zunehmender Intensität. Nach Verhängung eines **Waffenembargos** im Jänner (**Resolution 733**) wurde im April 1992 die Schaffung einer Operation der Vereinten Nationen in Somalia (**UNOSOM**) beschlossen (**Resolution 751**). Diese Operation umfaßte zunächst 50 Militärbeobachter (darunter **5 österreichische Offiziere**) zur Überwachung des Waffenstillstands in Mogadischu, welcher unter Vermittlung der Vereinten Nationen zwischen den beiden größten Konfliktparteien zustande gekommen war, sowie ein Infanteriebataillon von 500 Mann, welches von Mogadischu aus den Schutz der humanitären Hilfslieferungen für Somalia gewährleisten sollte. Es handelte sich somit um die **erste militärische Operation der Vereinten Nationen zu humanitären Zwecken**.

Im Laufe des Jahres erwies sich jedoch, daß – trotz einer mit **Sicherheitsratsresolution 775** im August 1992 beschlossenen **Ausweitung um 3500 Mann** – die mit traditionellen Mitteln agierende Operation der Vereinten Nationen gegen den herrschenden Anarchiezustand, den Widerstand lokaler Kriegsherrn und die Umtriebe schwer bewaffneter Banden nicht erfolgreich ankämpfen konnte. Im Lichte der dramatischen humanitären Situation im Land (Millionen Menschen waren vom Hungertod bedroht) sah sich daher der Generalsekretär der Vereinten Nationen Ende November 1992 veranlaßt, dem Sicherheitsrat die Durchführung einer auf Kapitel VII der Satzung basierenden Operation vorzuschlagen, welche zur Anwendung aller notwendigen Mittel (somit auch zur über bloße Selbstverteidigung hinausgehenden Gewaltanwendung) autorisiert sein sollte. Der Sicherheitsrat beschloß in der Folge am 3. Dezember **Resolution 794** (siehe auch die österreichische Erklärung IV.30.), worin der Generalsekretär der Vereinten Nationen und Mitgliedstaaten gemeinsam zur Anwendung aller notwendigen Mittel zur Schaffung einer „sicheren Umwelt“ für die Durchführung von humanitären Hilfslieferungen ermächtigt werden. Diese **erste „internationale humanitäre Polizeioperation“ (sogenannte „Operation Restore Hope“)** begann, unter der Führung der USA und Beteiligung von 21 weiteren Staaten sowie in laufender enger Koordinierung mit den Vereinten Nationen Anfang Dezember schrittweise die Kontrolle in Somalia zu übernehmen.

Der damit vom Sicherheitsrat eingeschlagene innovative Weg hin zur humanitären Intervention dürfte in nächster Zukunft noch weiter verfolgt werden, wenn – wie in Resolution 794 bereits vorgeplant – mit dem Übergang von „Operation Restore Hope“ zu Operation UNOSOM II erstmals eine zur Ge-

waltanwendung unter Kapitel VII ermächtigte Operation unter vollem Kommando der Vereinten Nationen stehen wird.

## II.7. Angola

Die am 31. Mai 1991 in Lissabon unterzeichneten **Friedensabkommen** zwischen der angolanischen Regierung und der Rebellenbewegung UNITA sehen eine **überwachende Rolle für die Vereinten Nationen** bei der Einhaltung des Waffenstillstandes, der Demobilisierung bzw. Integrierung von Truppenverbänden in eine neue nationale Armee sowie der Abhaltung freier Wahlen vor.

Mit **Resolution 695** wurde am 30. Mai 1991 die entsprechende friedenserhaltende Operation der Vereinten Nationen unter Leitung der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs, Frau Anstee, unter dem Namen **UNAVEM II** geschaffen. Dabei konnte man das Personal der gerade auslaufenden Operation UNAVEM I, deren Ziel die Kontrolle des Abzugs der kubanischen Truppen war, weiterverwenden. Vereinbart worden war eine friedenserhaltende Operation mit rein überwachenden Funktionen, weshalb lediglich 350 Militärbeobachter, 90 Polizeibeobachter und eine Anzahl von Zivilisten zur Überwachung der Wahlen nach Angola gesandt wurden. Der Sicherheitsrat erweiterte das Mandat von UNAVEM II mit **Resolution 747** am 24. März 1992, um eine **Kontrolle und Beobachtung des gesamten Wahlprozesses** zu ermöglichen.

Nach Durchführung der Wahlen am 29. und 30. September 1992 bestätigte die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs, daß diese im wesentlichen frei und fair verlaufen sind. Der Verlierer, UNITA-Präsident Savimbi, wollte das Ergebnis jedoch nicht anerkennen und es kam zu einer Wiederaufnahme von Kampfhandlungen. In dieser Situation versuchte der Sicherheitsrat, mit Erklärungen seines Präsidenten, durch die Entsendung einer Ad-hoc-Kommission des Rates und schließlich durch **Resolution 785** vom 30. Oktober 1992 ein Ende der Feindseligkeiten und eine Verwirklichung der in den Friedensabkommen vorgesehenen Schritte zu erreichen. Die Verlängerung von UNAVEM II wurde zwecks Druckausübung auf die Parteien nur bis Ende November 1992 gebilligt. Nachdem die beiden Streitparteien die nötigen Zusicherungen abgegeben hatten, kam es am 30. November 1992 durch **Resolution 793** zu einer neuerlichen Verlängerung von UNAVEM II um 2 Monate. In der Folge zeigte sich, daß die Streitparteien ihre Zusicherungen immer wieder brachen, weshalb in einer Erklärung des Präsidenten des Sicherheitsrates am 22. Dezember 1992 signalisiert wurde, daß ohne kooperative Haltung der Streitparteien die UN-Präsenz in Angola nicht fortgesetzt werden könne.

## II.8. Kambodscha

1991 konnte mit der Wiedereinberufung der Pariser Kambodschakonferenz und der Unterzeichnung der **Friedensabkommen** am 23. Oktober endlich eine **politische Lösung des Kambodschakonflikts** erreicht werden. Dieser Erfolg war eines der wichtigsten positiven Ergebnisse der intensivierten Zusammen-

arbeit der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen.

Der Sicherheitsrat indorsierte am 31. Oktober 1991 mit **Resolution 718** die Pariser Abkommen und forderte den Generalsekretär der Vereinten Nationen zur Vorbereitung der Errichtung der „**United Nations Transitory Authority in Cambodia (UNTAC)**“, einer der größten und komplexesten Operationen in der Geschichte der Vereinten Nationen, auf. Da die Vorbereitung dieser Operation geraume Zeit in Anspruch nehmen sollte, beschloß der Sicherheitsrat zunächst die Entsendung einer „**United Nations Advance Mission in Cambodia (UNAMIC)**“, welche bei der Einhaltung des seit August von den Parteien gewährten Waffenstillstandes unterstützend tätig sein sollte (Resolution 717). **Österreich** war an dieser Vorausoperation mit **2 Verbindungsoffizieren** beteiligt.

Am 28. Februar 1992 verabschiedete der Sicherheitsrat einstimmig **Resolution 745** (siehe auch die österreichische Erklärung dazu, IV.15.). Die dadurch errichtete Operation **UNTAC**, welche im März 1992 die Arbeit aufnahm, besteht aus sieben großen Komponenten (Militär, Polizei, Wahlen, Menschenrechte, Zivilverwaltung, Flüchtlingsrepatriierung und Wiederaufbau). Ihr Personalstand umfaßt ca. 15.700 Militärs, 3.400 Polizisten und 2.500 zivile Beamte (wobei zum Wahlzeitpunkt, Mai 1993, der Personalstand auf ca. 60.000, größtenteils vor Ort rekrutierte Personen anwachsen wird). Die Gesamtkosten dürften sich auf mindestens 1,8 Mrd. US \$ belaufen. **Österreich** entsandte bisher **17 Militärbeobachter, Polizeibeamte und Wahlbeobachter**.

Die Hoffnung, eine dauerhafte Friedenslösung zu erzielen, wurde ab dem **Frühsommer 1992** in Frage gestellt, als die **Khmers Rouges** begannen, den Vereinten Nationen den Zutritt zu den von ihnen kontrollierten Gebieten zu verweigern. Als Grund für die **Verweigerung der Implementierung der Friedensabkommen** gaben die Khmers Rouges an, daß sich nach wie vor vietnamesische Truppen im Land befänden; ferner wurde verlangt, daß **UNTAC** und der kambodschanische Oberste Nationalrat die alleinige Autorität in Kambodscha auszuüben hätten und daß die bestehende Administration des sogenannten „State of Cambodia“ (der von Vietnam eingesetzten Regierung) nicht aufrechterhalten werden dürfe. Der Widerstand der Khmers Rouges konnte trotz diplomatischer Anstrengungen und trotz Bemühungen von **UNTAC**, durch Grenzkontrollen und verstärkte Überprüfung der bestehenden Zivilverwaltung den Vorwürfen der Khmers Rouges Rechnung zu tragen, nicht beseitigt werden. Die Khmers Rouges weigerten sich beharrlich, an der Truppendemobilisierung und an den Vorbereitungen der für April/Mai 1993 vorgesehenen Wahlen teilzunehmen, wodurch der gesamte Friedensprozeß in Frage gestellt wurde.

Der Sicherheitsrat verabschiedete ab Juli 1992 eine Reihe von Resolutionen, worin die **Khmers Rouges** unter namentlicher Erwähnung zur **Einhaltung**

**ihrer Verpflichtungen aus den Pariser Abkommen** aufgefordert wurden (siehe u. a. auch die – sehr deutliche – österreichische Erklärung IV.21., welche anlässlich der Verabschiedung von **Sicherheitsratsresolution 766** abgegeben wurde). Auf Grund der weiterhin intransigenten Haltung der Khmers Rouges kam es zuletzt mit **Resolution 792** sogar zur **Verhängung „sanfter Sanktionen“** (d.h. Indorsierung des vom Obersten Nationalrat verhängten Holz- und Edelsteinausfuhrverbots aus den Khmers Rouges Gebieten sowie des von UNTAC angeordneten Erdöleinfuhrverbots) gegen die Khmers Rouges. An der Abhaltung der Wahlen im Frühjahr 1993 hielt der Sicherheitsrat trotz des angedrohten Boykotts durch die Khmers Rouges fest, wobei allerdings die Nichtteilnahme von einem Teil der in den von den Khmers Rouges kontrollierten Gebieten lebenden Bevölkerung an den Wahlen in Kauf genommen werden mußte.

Es bleibt abzuwarten, ob sich UNTAC, wohl eines der ambitionösesten Unternehmen der Vereinten Nationen seit ihrem Bestehen, letztlich als Erfolg erweisen wird. Als positiv zu werten sind jedenfalls der überwältigende Erfolg in der Wählerregistrierung (bisher über 4,2 Millionen Wahlberechtigte, auch aus Khmers Rouges Gebieten) sowie die erfolgreiche Repatriierung von bisher über 170.000 kambodschanischen Flüchtlingen aus Lagern in Thailand. Die aufgezeigten Schwierigkeiten müssen aber als weiteres Beispiel für jene Probleme gesehen werden, denen sich die Vereinten Nationen bei Einschreiten in Bürgerkriegssituationen auch in Zukunft gegenüber sehen werden.

## **II.9. El Salvador**

Der unter Leitung der Vereinten Nationen stehende Verhandlungsprozeß führte in den Jahren 1991 und 1992 zu entscheidenden Fortschritten in El Salvador. Eine endgültige Beilegung des bewaffneten Konflikts zwischen Regierung und FMLN in diesem zentralamerikanischen Land konnte erreicht werden.

Der Sicherheitsrat konnte bereits 1991 mit **Resolution 693** die Errichtung der ersten Teilkomponente der Operation der Vereinten Nationen in El Salvador (**ONUSAL**) beschließen, welche zur Überwachung der Einhaltung des humanitären Rechts und der Menschenrechte eingesetzt wurde (es handelte sich dabei um das erste Mal, daß eine friedenserhaltende Operation der Vereinten Nationen mit derart umfassenden Aufgaben im Menschenrechtsbereich betraut wurde). In der Folge konnte dann mit der Unterzeichnung der **Friedensabkommen in Mexico City am 16. Jänner 1992** der bewaffnete Konflikt einem Ende zugeführt werden. Gleichzeitig beschloß der Sicherheitsrat in **Resolution 729** die **Ausweitung des Mandats von ONUSAL** (militärische und Polizeikomponente). **Österreich** beteiligt sich an dieser Operation mit **3 Polizeibeobachtern**.

Im Laufe des Jahres 1992 kam es wohl mehrmals zu Schwierigkeiten und Verzögerungen bei der Implementierung des Friedensplans, insbesondere bei der Landreform, der Säuberung der Armee und der Demobilisierung der

FMLN-Kombattanten. Der mit 1. Februar eingegangene Waffenstillstand hielt jedoch von Anfang an. Durch die Vermittlung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen und seiner Vertreter gelang es jeweils, diese Probleme zu überwinden, sodaß schließlich am **15. Dezember 1992** das **formelle Ende des bewaffneten Konflikts** feierlich begangen werden konnte.

## II.10. Ehemalige Sowjetunion

Die **Befassung des Sicherheitsrates** mit den zahlreichen Konflikten in den ehemaligen Sowjetrepubliken erfolgte **nur in begrenztem Ausmaß** und beschränkte sich auf die Verabschiedung von mehreren **Erklärungen des Sicherheitsratspräsidenten**. Dies war zum Teil auf Arbeitsüberlastung des Sicherheitsrates und des gesamten Systems der Vereinten Nationen zurückzuführen. Zudem erschien es angesichts der intensiven Bemühungen der KSZE angebracht, Doppelgeleisigkeiten zu vermeiden und daher – im Sinne einer Arbeitsteilung – dem **regionalen Zusammenschluß KSZE die primäre Rolle** zu überlassen, wofür alle im Sicherheitsrat vertretenen KSZE-Mitglieder, darunter auch Österreich, eintraten.

### a) *Berg-Karabach:*

Der Sicherheitsrat befaßte sich im Mai 1992 unter österreichischer Präsidentschaft erstmals mit dem Konflikt um Berg-Karabach, einem Teil von Aserbaidschan mit armenischer Bevölkerungsmehrheit. In einer am 12. Mai 1992 in formeller Sicherheitsratssitzung verlesenen **Erklärung des Sicherheitsratspräsidenten** wurde betont, daß den KSZE-Bemühungen um eine friedliche Lösung dieses Konflikts primäre Bedeutung zukomme und daß diese vom Sicherheitsrat voll unterstützt würden. Auch in der Folge ging der Sicherheitsrat trotz mehrmaliger Forderungen Armeniens nach verstärkter Einschaltung der Vereinten Nationen über die Verabschiedung ähnlicher Erklärungen nicht hinaus.

### b) *Georgien:*

Georgien verlangte bereits kurz nach Aufnahme in die Vereinten Nationen im Juli 1992 eine Behandlung des Konflikts in Abchasien durch den Sicherheitsrat. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen entsandte in der Folge, jeweils mit ausdrücklicher Unterstützung des Sicherheitsrates, **zwei Missionen** in das Krisengebiet. Nach der letzten „Mission des Guten Willens“ im Oktober verblieben bis auf weiteres **zwei Beobachter** der Vereinten Nationen in Georgien.

### c) *Tadschikistan:*

Auch nach Tadschikistan, wo der eskalierende Bürgerkrieg eine humanitäre Katastrophe nach sich zu ziehen drohte, entsandte der Generalsekretär der Vereinten Nationen, unterstützt durch den Sicherheitsrat, **zwei Missionen** der

Vereinten Nationen. Im Dezember 1992 beschloß der Generalsekretär der Vereinten Nationen, zunächst für drei Monate ein ständiges **Team von Beobachtungsoffizieren** in Tadschikistan zu stationieren, dem auch **ein österreichischer Offizier** angehörte.

*d) Moldau:*

Am 31. Juli 1992 ersuchte der moldauische Präsident Snegur den Generalsekretär um Entsendung von Beobachtern der Vereinten Nationen nach Moldau, welche an der Überwachung des vereinbarten Waffenstillstandes mitwirken sollten. Der Generalsekretär schickte daraufhin eine **fact-finding Mission** nach Moldau, über deren Ergebnisse er dem Sicherheitsrat am 7. August 1992 in informellen Konsultationen berichtete. Zur Unterstützung friedenserhaltender Bemühungen der GUS-Staaten entsandte der Generalsekretär in der Folge mit Billigung des Sicherheitsrates eine **weitere fact-finding Mission**, bestehend aus einem Offizier mit peace-keeping Erfahrung und einem Fachmann für humanitäre Hilfeleistungen nach Moldau. Diese Mission hat durch Beratung der GUS-Kräfte einen Beitrag zur Beruhigung der Situation in der Republik Moldau leisten können. Hauptproblem bleibt die weiterhin fehlende Bereitschaft der secessionistischen Kräfte in Transnistrien zur Anerkennung der moldauischen Regierung.

Die Zusammenarbeit der Vereinten Nationen mit der KSZE in den Konflikten betreffend die ehemalige Sowjetunion zeigt, daß die **Rollenverteilung zwischen Welt- und Regionalorganisation noch am Anfang** steht. Allein die Sicherstellung der wechselseitigen Information über jeweilige Aktivitäten bedarf intensiver Bemühungen. Angesichts des Fortdauerns der dargestellten Konflikte dürfte es für die Vereinten Nationen und den Sicherheitsrat in Hinkunft schwieriger werden, sich auf politische Unterstützung der KSZE-Aktivitäten zu beschränken. Da **Rußland wiederholt eine aktivere Rolle der Vereinten Nationen in diesen Konflikten verlangt** hat, wird die Organisation auf dieses Verlangen in Zukunft vermehrt eingehen müssen.

## **II.11. Südafrika**

Nachdem 1991 angesichts der **Fortschritte im Prozeß zur Abschaffung der Apartheid** eine eingehende Erörterung dieses Themas im Sicherheitsrat unterblieben war, kam es im Juli 1992 nach dem Abbruch der CODESA-Verhandlungen und der Zunahme der Gewaltakte zu einer zweitägigen Debatte in formeller Sitzung. An dieser Debatte nahmen neben den Sicherheitsratsmitgliedern und zahlreichen, zumeist afrikanischen Staaten (Südafrika war durch Außenminister Botha vertreten) auch der ANC-Vorsitzende Mandela und die Vorsitzenden anderer politischer Organisationen in Südafrika teil. In der österreichischen Erklärung (IV.20.) wurde eine Unterstützung des Wandels in Südafrika durch die Staatengemeinschaft und konkret eine Rolle für den Generalsekretär der Vereinten Nationen bei der Überwindung der aktuellen

Schwierigkeiten befürwortet. Die am 16. Juli 1992 einstimmig angenommene **Resolution 765** verurteilte die Gewaltakte und forderte die **Wiederaufnahme des Verhandlungsprozesses**. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen wurde zur Ernennung eines Special Representative (Cyrus Vance) eingeladen, der in der Folge mit den wichtigsten politischen Führern in Südafrika Kontakt aufgenommen hat.

Auf Grund der Ergebnisse seiner Gespräche schlug der Generalsekretär der Vereinten Nationen in einem Bericht an den Sicherheitsrat die Entsendung von UN-Beobachtern nach Südafrika vor. Mit **Resolution 772** vom 17. August 1992 wurde diese beschlossen. Daraufhin entsandte der Generalsekretär **50 UNBeobachter**, die in enger Zusammenarbeit mit den Strukturen des „National Peace Accord“ gefährliche Spannungen zu bereinigen versuchen. Über deren Arbeit und die Ergebnisse der Gespräche seines neuen Special Envoy Vraalsen in Südafrika berichtete der Generalsekretär dem Sicherheitsrat im Dezember.

## II.12. Mosambik

Das am **4. Oktober 1992 in Rom unterzeichnete Friedensabkommen** zwischen der Regierung Mosambiks und der Rebellenorganisation RENAMO sieht bei der Beendigung des jahrelangen Bürgerkrieges, der Überwachung des Waffenstillstandes, der Entwaffnung und Demobilisierung von Truppen, der Gewährung von humanitären Hilfe, der Organisation von Wahlen sowie dem Wiederaufbau des Landes eine wesentliche Rolle für die Vereinten Nationen vor.

Mit **Resolution 782** schuf der Sicherheitsrat am 13. Oktober 1992 zu diesem Zweck die Operation der Vereinten Nationen **ONUMOZ**, die von Interim Special Representative Ajello geleitet wird.

Auf Berichte von **Waffenstillstandsverletzungen** reagierte der Sicherheitsrat am 27. Oktober 1992 mit einer Erklärung des Sicherheitsratspräsidenten, die deren sofortige Einstellung verlangte.

Auf Grund der Feststellungen eines Vorausteams legte der Generalsekretär der Vereinten Nationen Anfang Dezember einen umfassenden Bericht vor, worin sowohl das Mandat von ONUMOZ spezifiziert als auch eine genaue Aufgliederung des Personalbedarfes, insgesamt ca. 5700 Personen, gegeben wurde. Nachdem sich die großen Beitragszahler für eine phasenweise Entsendung der Infanteriebataillone ausgesprochen hatten, billigte der Sicherheitsrat mit **Resolution 797** am 16. Dezember 1992 schließlich den Bericht des Generalsekretärs mit dieser Maßgabe.

## II.13. Lage der Palästinenser in den besetzten Gebieten

Am 27. März 1991 konnte über Vermittlung der österreichischen Sicherheitsratspräsidentschaft Einigung auf eine Erklärung erzielt werden, worin der



Sicherheitsrat die **Entscheidung Israels, vier Palästinenser auszuweisen**, bedauert. Israel wurde zur Rücknahme der Ausgewiesenen sowie zur Unterlassung weiterer Ausweisungen aufgefordert. Am 24. Mai 1991 hat der Sicherheitsrat mit **Resolution 694** seine Ablehnung der erfolgten Ausweisung dieser vier Palästinenser wiederholt und Israel erneut aufgefordert, weitere Ausweisungen zu unterlassen sowie die Rückkehr der Ausgewiesenen zu ermöglichen. In einer österreichischen Votumserklärung (IV.7.) wurde u. a. auf die negativen Auswirkungen auf den Friedensprozeß hingewiesen.

Der Sicherheitsrat verurteilte am 6. Jänner 1992 mit der einstimmig angenommenen **Resolution 726 den Entschluß Israels, zwölf Palästinenser aus den besetzten Gebieten auszuweisen**. Dies war die bis dahin schärfste vom Sicherheitsrat verwendete Formulierung, wobei diese Formulierung durch die Rücksichtnahme der USA auf die Washingtoner Nahost-Friedensverhandlungen bedingt war.

Am 4. April 1992 konnte unter aktiver österreichischer Beteiligung Einigung auf eine Erklärung des Sicherheitsratspräsidenten erzielt werden, womit Israel u. a. zur **Einhaltung der Genfer Konventionen und relevanter Sicherheitsratsresolutionen** aufgefordert wurde.

Am 18. Dezember nahm der Sicherheitsrat einstimmig die **Resolution 799** betreffend die **Ausweisung von über 400 Palästinensern** an, die einerseits der Resolution 726 nachgebildet war, andererseits aber auch eine Aufforderung an den Generalsekretär der Vereinten Nationen enthielt, einen Vertreter in die Region zu entsenden und danach dem Sicherheitsrat zu berichten. In der österreichischen Votumserklärung (IV.31.) wurden die Deportationen verurteilt, auf deren negative Auswirkungen auf den Friedensprozeß hingewiesen und Israel zu deren Rückgängigmachung aufgefordert.

## II.14. Westsahara

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat im April 1991 dem Sicherheitsrat seinen Plan zur Durchführung der Volksabstimmung in der **Westsahara** vorgelegt. Dieses Referendum soll über die Unabhängigkeit der Westsahara oder ihre Integration in den marokkanischen Staatsverband entscheiden. Der Plan des Generalsekretärs wurde am 29. April 1991 vom Sicherheitsrat in **Resolution 690** indorsiert. Gleichzeitig wurde die Operation MINURSO zur Durchführung des Referendums geschaffen. **MINURSO** besteht aus einer militärischen, einer Polizei- und einer zivilen Komponente. Sobald MINURSO seine volle Tätigkeit begonnen haben wird, wird **Österreich an allen drei Komponenten beteiligt** sein.

Im **Sommer 1991** kam es jedoch in der Westsahara zu verschiedenen Militäraktionen und zum teilweisen Wiederaufflammen der **Kampfhandlungen**. Zwar begann der formelle Waffenstillstand, wie vorgesehen, am 6. September 1991, doch konnte **MINURSO nur in sehr begrenztem Umfang** beginnen,

indem lediglich 200 Militärbeobachter mit unterstützendem Personal in die Westsahara entsandt wurden. Ende Dezember 1991 übermittelte der scheidende Generalsekretär Pérez de Cuéllar dem Sicherheitsrat einen Fortschrittsbericht, worin auch auf die aufgetretenen Probleme eingegangen wird. Vor allem aber legt dieser Bericht die **Kriterien** fest, wonach über die Zulassung zur **Teilnahme an der Abstimmung** entschieden werden soll. Der Sicherheitsrat hat diesen Bericht und damit auch die festgesetzten Teilnahmekriterien am 31. Dezember 1991 mit **Resolution 725** zur Kenntnis genommen.

Die **Polisario** vertritt allerdings seither die Ansicht, daß die **Kriterien zu weit gezogen** seien und der marokkanischen Seite einen ungerechtfertigten Vorteil bringen würden. Wegen dieser Meinungsverschiedenheit und als Folge der Mitte 1991 kurzfristig wieder aufgeflamten Kampfhandlungen ist der **Referendumsprozeß zum Stillstand** gekommen. Der im März 1992 zum neuen persönlichen Vertreter des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für die Westsahara ernannte frühere pakistanische Außenminister Sahabzada Yaqub-Khan hat sich bemüht, in mehreren Runden sogenannter „**Proximity Talks**“ den Referendumsprozeß wiederzubeleben, was jedoch im Berichtszeitraum am Konflikt der beiden Parteien über die Teilnahme-kriterien gescheitert ist. Im Laufe des Jahres 1992 befaßte sich der Sicherheitsrat mehrfach mit verschiedenen Fortschrittsberichten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen und seines persönlichen Vertreters sowie mit häufig geäußerten gegenseitigen Vorwürfen Marokkos und der Polisario über angebliche Behinderungen des Friedensprozesses. Ein von Yaqub-Khan für Ende November/Anfang Dezember 1992 nach Genf einberufenes Treffen sahrauischer Stammeshäuptlinge und Würdenträger, welches eine Klärung der Meinungsverschiedenheiten über die Teilnahmekriterien hätte herbeiführen sollen, konnte wegen neuer Streitigkeiten der beiden Parteien über die Frage, wer berechtigt sein sollte, an diesem Treffen teilzunehmen, nicht zusammentreten. Ein für September 1992 fällig gewesener grundsätzlicher Fortschrittsbericht des Generalsekretärs ist wegen der dargestellten Entwicklungen erst im Februar 1993 vorgelegt worden. Es ist derzeit nicht abzusehen, wann das ursprünglich für Anfang 1992 geplant gewesene Referendum in der Westsahara stattfinden wird.

Die Operation MINURSO ist nach wie vor nicht im vollen Ausmaß in das Einsatzgebiet verlegt. **Österreich** hat **einen Beobachtungsoffizier** zu MINURSO entsandt.

## II.15. Liberia

Der Sicherheitsrat befaßte sich auf Betreiben der Staaten der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) im Jänner 1991 erstmals mit dem Bürgerkrieg in Liberia. Die Ausarbeitung einer Erklärung des Sicherheitsratspräsidenten, welche insbesondere die Bemühungen der ECOWAS unterstützen sollte, erwies sich dabei als eher schwierig, weil **Indien**, aber auch die **Sowjet-**

**union** die **Liberiafrage als innere Angelegenheit** betrachteten. Dennoch gelang es schließlich, eine allgemein gehaltene Erklärung zu verabschieden.

Die von **ECOWAS** durch den **militärischen Einsatz der ECOWAS Monitoring Group (ECOMOG)** erzielte Waffenruhe hielt einige Zeit an. Erst im Mai 1992 kam es wieder zu einer Befassung des Sicherheitsrates. Dabei wurde unter österreichischer Präsidentschaft eine Erklärung ausgearbeitet, womit der Sicherheitsrat den von allen Konfliktparteien angenommenen Friedensplan der ECOWAS (Abkommen von Yamoussoukro) indorsierte. Die Tatsache, daß zu diesem Zeitpunkt kein Sicherheitsratsmitglied mehr Einwände gegen die Behandlung einer inneren Angelegenheit erhob, ist ein Beispiel für die im Sicherheitsrat erfolgte Fortentwicklung der Interpretation des Art. 2 Absatz 7 der Satzung der Vereinten Nationen, der die Einmischung der Vereinten Nationen in innere Angelegenheiten der Mitgliedsstaaten ausschließt.

Versuche von ECOMOG, ab Mai 1992 den ECOWAS-Friedensplan durchzuführen, waren nicht erfolgreich, die Kämpfe im Land flammten wieder auf. Nach der vom Rebellenführer Charles Taylor im Oktober eingeleiteten NPLF-Offensive gegen Monrovia entsandten die ECOWAS-Staaten eine Außenministerdelegation nach New York und beantragten die Einberufung einer Sicherheitsratssitzung. Diese fand am 19. November statt und resultierte in der einstimmigen Verabschiedung von **Sicherheitsratsresolution 788**. Darin indorsierte der Sicherheitsrat erneut den im Abkommen von Yamoussoukro vom 31. Oktober 1991 enthaltenen Friedensplan. Ferner wurde ein **Waffenembargo** gegen Liberia verhängt und die Einsetzung eines Sonderbeauftragten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen gefordert. Die Resolution enthielt jedoch noch keine weiterführenden Elemente der künftigen Rolle der Vereinten Nationen im Liberiakonflikt.

Die sehr zögernde Befassung des Sicherheitsrates mit der Liberiafrage (was z. B. vom Vertreter Liberias in der Debatte Anfang 1991 heftig kritisiert wurde) ist ein deutliches Beispiel für die Probleme der – noch in den Kinderschuhen steckenden – **Arbeitsteilung zwischen den Vereinten Nationen und Regionalorganisationen**. Insbesondere muß die Frage aufgeworfen werden, wie lange der Sicherheitsrat einer Regionalorganisation die nahezu ausschließliche Verantwortung für einen Konflikt überlassen darf. Ferner wurden im November 1992 (z. B. von Frankreich) bereits erste Zweifel an der Überparteilichkeit der ECOMOG-Intervention geäußert, weshalb auch mit der Sicherheitsratsresolution 788 die ECOMOG-Operation nicht ausdrücklich unterstützt wurde.

## **II.16. Afghanistan**

Im Hinblick auf die **vorrangige Behandlung der Afghanistanfrage durch die Generalversammlung** befaßte sich der Sicherheitsrat im Jahr 1991 überhaupt nicht mit diesem Konflikt. Lediglich als sich die Situation im April 1992 durch den Sturz der Regierung Najibullah und das Vorrücken rivalisierender Mujaheddin-Milizen auf Kabul dramatisch zuspitzte, verabschiedete der Si-

cherheitsrat eine **Erklärung des Sicherheitsratspräsidenten**, worin alle Seiten zur Zurückhaltung aufgerufen wurden.

Im August 1992 kam es im Zuge verstärkter Kämpfe in Kabul mehrfach zu Beschießungen der russischen Botschaft durch Einheiten unter dem Kommando von Mujaheddin-Führer Hikmatyar. Der Sicherheitsrat forderte auf Betreiben Rußlands die Konfliktparteien zum **Schutz des diplomatischen Personals in Kabul** auf, allerdings mit wenig Erfolg. Sowohl unter dem russischen Botschaftspersonal als auch unter den OSGAP-Angehörigen mußten Tote beklagt werden.

## II.17. Haiti

Nach dem Militärputsch in Haiti am 30. September 1991 verlangte der – noch von Präsident Jean-Bertrand Aristide ernannte – Vertreter Haitis zunächst eine dringliche Sitzung des Sicherheitsrates. Diese fand zwar am 3. Oktober 1991 statt, beschränkte sich jedoch – wegen des **Widerstandes der blockfreien Sicherheitsratsmitglieder** gegen die Behandlung dieses als **innere Angelegenheit** betrachteten Themas – auf eine umfangreiche Debatte, ohne ein konkretes Ergebnis in Form der Verabschiedung einer Resolution oder einer Erklärung des Sicherheitsratspräsidenten zu erbringen. Dennoch stellte die Tatsache, daß der Sicherheitsrat sich mit dem Problem eines militärischen Umsturzes überhaupt befaßte, einen neuerlichen Fortschritt in der Zurückdrängung des Nichteinmischungsprinzips dar.

Österreich gab im Rahmen der Sicherheitsratssitzung am 3. Oktober 1991 ebenfalls eine Erklärung ab (IV.11.), worin der Militärputsch scharf verurteilt und die Wiedereinsetzung der legitimen, demokratisch gewählten Regierung verlangt wurde.

In der Folge kam es auf Verlangen der lateinamerikanischen und karibischen Staatengruppe zur **Befassung der Generalversammlung**, welche seither den Tagesordnungspunkt „Lage der Demokratie und der Menschenrechte in Haiti“ jährlich behandelt.

## II.18. Iran – Irak

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen legte Anfang Dezember 1991 dem Sicherheitsrat überraschend einen Bericht über den Stand der **Implementierung der Sicherheitsratsresolution 698** betreffend den Konflikt zwischen dem Iran und dem Irak vor. Der Generalsekretär stellte darin u. a. die **Verantwortung des Irak** für den Beginn dieses Konflikts fest. Gleichzeitig vertrat er die Auffassung, daß sich die Vereinten Nationen künftig um eine Friedenslösung zwischen den beiden Konfliktparteien und auf die Herstellung von Frieden und Sicherheit in der ganzen Region konzentrieren sollten. Dieser Bericht wurde vom Sicherheitsrat nach Beratungen in informellen Konsultationen stillschweigend zur Kenntnis genommen. Ebenso stillschweigend zur Kenntnis genommen wurden im Laufe des Jahres 1992 eine Reihe von weiteren Berich-

ten zum Fall Iran-Irak, u. a. betreffend Kriegsschäden und betreffend die iranischen Militäraktionen gegen den Irak im April 1992.

### **II.19. Sonstige Konflikte**

Darüber hinaus wurden im Sicherheitsrat auch die Streitigkeit zwischen dem Iran und den Vereinigten Arabischen Emiraten um die **Abu-Moussa- und Tunb-Inseln**, der Grenzkonflikt zwischen **Papua-Neuguinea und den Salomonen-Inseln** und der Bürgerkrieg in **Guatemala** in informellen Konsultationen erörtert, ohne daß es in diesen Konflikten zu einem formellen Tätigwerden des Sicherheitsrates gekommen wäre.

### **III. Zusammensetzung der österreichischen Delegation**

Botschafter Dr. Peter Hohenfellner	Vertreter
Gesandter-Botschaftsrat Dr. Thomas Hajnoczi	Stellvertretender Vertreter
Gesandter-Botschaftsrat Dr. Helmut Freudenschuß	Ersatzvertreter
Botschaftsrätin Dr. Elisabeth Kehrer	Beraterin
Botschaftssekretär Dr. Gerhard Jandl	Berater

## IV. Österreichische Erklärungen im Sicherheitsrat

### IV.1. "The situation between Iraq and Kuwait"

Explanation of Vote  
on the proposal for a private meeting  
according to rule 48 of the Provisional Rules of Procedure  
by the Austrian Representative Ambassador Peter Hohenfellner  
13 February 1991

Mr. President,

When Austria put forward the idea of holding a private formal meeting of the Security Council during our informal consultations on 24 January, we were motivated by the following considerations:

- to make a compromise suggestion designed to break the deadlock between those who wanted no formal meeting of the Security Council at all as long as relevant Security Council resolutions had not been implemented and those who wanted an immediate public debate;
- to facilitate the difficult task of the President;
- to uphold rule 2 of the Provisional Rules of Procedure since we consider this rule to be of particular importance for the protection of the rights of members of the Security Council who find themselves in a minority;
- to accommodate the concerns expressed by Members as to the turn a public meeting might

take and the wrong signals that it might be perceived to send.

In order to give also other States who had already expressed an interest to participate in the debate, Austria favoured a liberal use of rule 37. Furthermore we suggested to waive rule 51, thus allowing the verbatim records of the private meeting to be circulated in the usual fashion.

Mr. President,

When we put forward these ideas almost three weeks ago, we were hoping for unanimous agreement by the Members of the Council and the speedy convening of such a meeting. Alas, this was not to be. Although our original hopes were not realized there is still a good case to be made for holding a private meeting. Austria will thus vote in favour. Our position on the substance matter will be stated later during the debate.

Thank you, Mr. President.

### IV.2. "The situation between Iraq and Kuwait"

Statement  
by the Austrian Representative Ambassador Peter Hohenfellner  
14 February 1991

Mr. President,

First of all I should like to congratulate you upon your assumption of the Presidency of the Security Council. Although this is the first time that you preside over this Council, your leadership qualities are already known from our informal consultations. Let me assure you of our full co-

operation.

I should like to thank your predecessor, Ambassador Bagbeni Adeito Nzengeya of Zaire, who has exercised the function of President during the difficult month of January, for his work.

Mr. President,

As the representative of a new member who has not been on the Council since 1974, I may first be permitted a few more general remarks.

During Austria's first membership in the Security Council in 1973/74, we already experienced the heavy responsibilities of membership in this Council, and, we believe, also showed our willingness to cooperate as closely as possible with all its members. The years 1973 and 1974 were times of difficult challenges to international peace and security and to the United Nations who then successfully affirmed its peace-keeping responsibilities.

Now Austria has again joined the Security Council at a critical time.

We welcome the newly-found common basis of the five permanent members of the Security Council for exercising their shared responsibility with regard to international peace and security. We believe that this development should contribute to a strengthened role of law in international relations. At the same time this new cooperation should, however, in our view, in no way imply a reduced participation of the other members or the Security Council who share in the decision making responsibilities of this body. Let me assure you, Mr. President, that Austria is ready to make its contribution to the effective working of the Council in all its aspects.

Austria, for one, supports a strong role for a strong Security Council. According to Article 24 (1) of the Charter of the United Nations, however, the Security Council acts on behalf of all members of the UN. Therefore, the Council's decisions should, as much and as often as possible, be representative of the collective will of the whole international community. Only in this way it will be able to maintain its political and moral legitimacy. We believe that the Council has to be – and has to be allowed to be – just and fair in all the cases brought before it. In our view, the Council has to make every effort to uphold and, if necessary, enforce the rule of law regardless of where and by whom a breach of law occurs.

Austria is firmly committed to the purposes and the principles of the Charter of the United Nations. It goes without saying that also during the second term as a member of this Council we will faithfully carry out all our obligations under the Charter and make every effort to contribute to the peaceful resolution of conflicts. In this regard, it is our firm intention to make full use of the specific possi-

bilities to contribute to these endeavours which may be provided by Austria's status as a permanently neutral country.

Mr. President,

I should now like to turn to the subject under consideration today, namely the situation between Iraq and Kuwait. We are meeting here for the first time since the initiation of the use of force by states cooperating with the Government of Kuwait in pursuance of Security Council resolution 678 (1990).

It is, however, important to recall that hostilities started already on the 2nd of August when Iraq invaded Kuwait. In the words of the Federal Chancellor of Austria, Vranitzky, we, who have ourselves once been the victim of military aggression, have good reason to support the action undertaken by the international community against an aggressor. And, as Foreign Minister Mock said in the same debate held in the Austrian Parliament on 16 January, the conclusions for Austria are clear: Solidarity with those whose rights have been violated, solidarity also with the international community which stands up against the violation of rights. Especially a state of the size of Austria has to be interested in international relations that are determined less by power and more by the rule of law.

Having said this, Mr. President, I should hasten to add that even in this late hour, in spite of the military action already undertaken, political and diplomatic efforts still have their place and should, indeed, be intensified. The loss of human lives and the material destruction that have already occurred and the even greater losses in the future in case the hostilities continue and, especially, if they escalate, make the search for ways and means of bringing these hostilities to an early end a moral imperative.

Mr. President,

The humanitarian dimension of this conflict is of particular concern to us. Austria – and I myself as Chairman of the Security Council Committee established by Res. 661 – will do the utmost to alleviate the grave situation. When we talk about human suffering, we mean the plight of the people of Kuwait and the civilian population of Iraq. We mean the disastrous consequences for all the peoples of the region, the hardship imposed on the Jordanian people, the dangers to which the Israeli people are exposed and the lot of the Palestinians where aspirations have been neglected. We mean



the refugees and migrant workers. And we mean the prisoners of war and, Mr. President, even each and every soldier and their loved ones who do not know how this will all end for them.

What worries me deeply, Mr. President, is that nobody can know where this might all end. While it is understandable that attention is being focused on dealing with the immediate situation, we must not lose sight of its long-term implications.

It has been said that the Gulf conflict is a "defining moment" in history: The way in which we deal with and finally resolve this conflict will be of paradigmatic importance not only for the future of the region but also for the concept of collective security and the role of the UN as a whole. For Austria the goal is clear: We seek full implementation of all Security Council resolutions, beginning with resolution of 660 – no more, no less.

Reestablishing peace and security in the area continues to require first a positive reaction by Iraq.

It will, then, however, also require other steps along the lines outlined by the Secretary-General in his statement on 15 January and additional measures. Eventually only a political solution will provide the necessary framework for a just and lasting settlement of the problems of the region.

Mr. President,

I still remember Winston Churchill's words calling for magnanimity in victory and good will in peace.

We have already seen resolution and defiance. Now we need tangible signs of compliance so that efforts may be resumed to find a political solution. Then we will need magnanimity and good will. Austria will not only lend her full support but also attempt to devise her own contribution which I shall, no doubt, have the opportunity to present to this Council at a later stage.

Thank you, Mr. President.

### IV.3. "The situation between Iraq and Kuwait"

#### Statement

by the Austrian Representative Ambassador Peter Hohenfellner  
23 February 1991

Mr. President,

I would like to thank first of all the representatives of the USSR and of the USA for their interim reports submitted to this Council's meeting.

The statements made by a spokesman of President Gorbachev in Moscow on 21 and, in particular, on 22 February on the results of the talks between the Soviet leadership and the Foreign Minister of Iraq, as confirmed and elaborated on today by the distinguished representative of the USSR, were a positive signal.

They have given reasons for hope that a full implementation of previous S. C. resolutions is now possible and that further military operations may not be necessary.

Although, there are still some uncertainties and open questions as to the modalities of implementation in conformity with those resolutions, these statements – and in particular the one of 22 Feb-

ruary – do go a long way indeed.

They form the basis for further serious consideration of the remaining questions. The Members of the Security Council should play a major role in this context, bearing in mind that the very objective of our efforts is a political solution based on the full implementation of the relevant Security Council resolutions, in particular, the liberation of Kuwait and the restoration of its legitimate government.

Mr. President,

In my statement in the Security Council on 14 February, I declared: "Even in this late hour, despite the military action already undertaken, political and diplomatic efforts still have their place and should, indeed, be intensified. The loss of human lives and the material destruction that have already occurred and the even greater losses in the future in case the hostilities continue and, espe-

cially, if they escalate, make the search for ways and means of bringing these hostilities to an early end a moral imperative." Today, more than ever before, we have historic opportunity for such ef-

forts, based on the results of Moscow. I appeal to all to use it.

Thank you, Mr. President.

#### **IV.4. "The situation between Iraq and Kuwait"**

##### Statement

by the Austrian Representative Ambassador Peter Hohenfellner

2 March 1991

Since our last meeting in this chamber, momentous developments have taken place, resulting in a cessation of hostilities. Austria deeply welcomes the liberation of Kuwait and the reestablishment of its independence. Thus the grave violation of basic norms of international law caused by Iraqi aggression has been rectified. We owe this to the resolve of the international community and in particular of the Member States cooperating with Kuwait in liberating this country pursuant to resolution 678. Our immediate task now is the consolidation of this de facto situation which is the aim of the draft resolution before us.

We see its main importance in its humanitarian elements, among which the immediate return of detained Kuwaiti and third country nationals and the release of all prisoners of war under the auspices of the ICRC are paramount. By the same token, measures will urgently have to be undertaken to safeguard access of the Kuwaiti and Iraqi population to medical supplies and foodstuffs under the terms of Security Council resolution 666 (1990). We should be aware that urgent measures for further humanitarian relief will be required from the international community.

The next step will be the rapid establishment of a formal ceasefire. The Security Council will, therefore, remain actively seized of the matter. During this second phase of our work, serious consideration should also be given – in consultation with countries of the region – to a UN role in monitoring such a ceasefire. Austria has already declared her readiness to contribute to such a UN effort.

Another consideration during this second phase will be a review of the resolutions passed by the Security Council, including the question of sanctions as part of the process to reestablish peace and

cooperation in the area.

At the outset I have spoken of recent momentous developments. In a third phase we will have to take other important and far-reaching decisions: The Security Council is not only responsible for maintaining security but also for promoting peace. This should be done in cooperation with regional mechanisms. The Security Council has shown its potential during the Gulf crisis. On the other hand we all should have learnt some lessons. One important lesson is the desirability of strengthening the preventive role of the UN and this Council in particular. Another is that ultimately only political solutions will provide the necessary framework for a just and lasting settlement of this and other problems of the region. Devising such a framework, such an "architecture", will be a momentous task indeed. Confidence building measures, disarmament and strengthening of non-proliferation arrangements will have to be part of such comprehensive solutions.

Austria has noted with satisfaction the increased – and indeed now almost universal – awareness that dealing with the causes and sources of conflict in the region, including the Arab-Israeli conflict and the Palestinian problem, will be especially important in the aftermath of the Gulf crisis. We are confident that the Security Council can make a substantial contribution to the achievement of a comprehensive settlement in the Middle East.

We owe this first and foremost to the peoples of the region. We also owe it, however, to this Council as the organ on which Member States have conferred the primary responsibility for the maintenance of international peace and security.

Thank you.

## IV.5. "The situation between Iraq and Kuwait"

### Statement

by the Austrian Representative Ambassador Peter Hohenfellner  
3 April 1991

Mr. President,

Admittedly I proposed last month to abolish the usual congratulations. Now I almost regret my recommendation and have great difficulty in complying with it. I do, however, have to thank all who have found kind words about the Austrian presidency of this Council in March. It was a difficult month and I should like to thank all of you for your splendid co-operation.

Mr. President,

Today the Security Council is taking another big step, in many ways an unprecedented one: On the one hand, this testifies to how far we, the Security Council, have come and to which extent we are now able to cooperate, for such a resolution would previously have been impossible to achieve. On the other hand, this Council, by adopting such a comprehensive decision, also assumes now grave and unprecedented responsibilities.

I do not propose to comment on specific elements of this text. Suffice it to say that we are satisfied to see some of our ideas adequately reflected therein, in particular as far as humanitarian aspects are concerned. Instead I should like to offer a few remarks of a more general and, indeed, forward-looking nature.

Mr. President,

When I first addressed this Council on 14 February, I underlined the paradigmatic importance of the way we deal with and finally resolve this conflict – not only for the future of the region but also for the concept of collective security and the role of the UN as a whole. History will be the judge of whether we have chosen the right approach. Today we can only say, in all honesty, we did what seemed best.

Mr. President,

Power, as the old saying goes, grows out of the barrel of a gun. But peace does not: It grows out of human hearts and minds. The Security Council Committee established by resolution 661 acted, I believe, in this very spirit when it took, on 22 March, its decision on the determination of humanitarian needs of the Iraqi people.

The resolution today also contains important provisions that should help to alleviate the grave situation the civilians in Iraq are facing. They can, however, only form the beginning of a larger process: A comprehensive, internationally concerted system of relief operations will be necessary in order to bring the fundamental basics of civilian life, like proper nutrition, waste disposal, health services, agriculture and related transport and communication facilities, back to normal. A number of States, from all regional groups, have sent or are currently sending relief goods to Iraq. Competent UN agencies and programmes, as well as the ICRC, have already begun to help. But their resources are limited. It will be indispensable to raise funds by asking States and individuals for their generous support to assist the innocent civilian population. This could maybe best be done in the form of an appeal by the Secretary-General. Aid for the vulnerable groups of the civilian population is not only needed desperately, it is also needed without delay.

Austria is also gravely concerned about reports of heavy fighting and bloodshed in Iraq with disastrous consequences for the civilian population, in particular in the area inhabited by Kurds and others. We hope, like the Secretary-General in his statement to the press of 2 April 1991, that maximum restraint be exercised and urge that the present situation be resolved peacefully without further loss of life and suffering.

Yesterday Turkey informed you, Mr. President, about the plight of some 220,000 Iraqi citizens, many of them women and children, who are massed along the Turkish border. The world cannot idly stand by when international humanitarian and human rights norms are grossly violated. With a view to safeguarding the human rights of the Kurds and other persons threatened by the armed repression by the Iraqi Government forces, my Government therefore endorses both the request of Turkey that the Security Council urgently deal with that alarming situation and take effective measures and the position of France that the Security Council should pronounce itself on these pressing issues.

Mr. President,

Every battle comes to an end. Fortunately, the end, in this instance, was timely. The task of now maintaining peace is endless, sometimes mundane, but ultimately even more challenging. Some elements of our decision today are of particular relevance in this respect. One is the deployment of UN observers. Austria has already declared her readiness to participate, at short notice, in such an operation. We look forward with interest to the Secretary-General's plan, in particular to the proposed duration of the operation. We see it as a provisional measure that should contribute to creating conditions conducive to negotiations. Another area to be covered in this plan will be the financing of this operation. I wonder, Mr. President, whether this would not be the right moment to look into an idea put forward by other Members of this Council some time ago, namely the provision of special contributions by those who benefit most by such an operation and are financially in a position to do so, be they states or private entities. This could possibly best be done by voluntary contributions to the working capital fund of the UN.

Mr. President,

This resolution is rightly based on the premise that the relevant actions to be taken by Iraq represent only first steps toward the goal of establishing a zone free from weapons of mass destruction and all missiles for their delivery in the Middle East and toward the objective of a global ban on chemical weapons. It also highlights the objective of achieving a balanced and comprehensive control of armaments in the region. This will require a responsible approach on the part of the main suppliers of arms and of their buyers alike.

Mr. President,

Austria does not believe that the role of the Security Council should end here. The security system that we are starting to establish today in the Gulf will need to be integrated into a broader regional approach, including a settlement of the

Arab-Israeli conflict and the Palestinian problem. This obviously cannot be done overnight in one isolated act, but rather through a process which will require time to develop and to be carried out. Consequently we need all the more to take the first steps as soon as possible. The elimination of economic tensions as a potential source of conflict is another task as well.

Mr. President,

Let me conclude by offering a few more thoughts on what Sir Brian Urquhart has called "Learning from the Gulf" (The New York Review of Books, 7 March 1991). I have already mentioned the need for arms control, non-proliferation of weapons of mass destruction, restraint with regard to the flow of arms in sensitive regions, tackling economic disparities and the settlement of other conflicts. But there is more. One lesson from this crisis is, indubitably, that the preventive capacity of the UN has finally to be strengthened. There is already no shortage of ideas: closer monitoring of potentially dangerous situations both by the Security Council itself and the Secretary-General and the preventive deployment of UN personnel as a deterrent and as a tripwire which could set in motion preplanned enforcement action under chapter VII of the Charter. Another lesson is to look more closely into UN enforcement action. As Ambassador Pickering himself has mentioned in a speech on 4 March, future Security Council use of force authorizations might well carry more "fine print" on how to apply and command that force. He went on to suggest that "we should begin now to look over the ground of possible UN enforcement arrangements as set forth in the Charter" (unquote). Maybe we should indeed agree on discussing possible lessons from the Gulf crisis and the UN response in an appropriate framework.

Thank you, Mr. President.

**IV.6. "Letter dated 2 April 1991 from the Permanent Representative of Turkey to the United Nations addressed to the President of the Security Council  
Letter dated 4 April 1991 from the Chargé d'affaires a. i. of the Permanent Mission of France to the United Nations addressed to the President of the Security Council"**

## [“The situation of human rights in Iraq”]

### Statement

by the Austrian Representative Ambassador Peter Hohenfellner

5 April 1991

Mr. President,

When I addressed this Council only two days ago, I expressed my country's grave concern about reports of heavy fighting and bloodshed in Iraq with disastrous consequences for the civilian population, in particular in the area inhabited by Kurds and others. In the meantime, this situation has taken on an even more alarming dimension. Both Turkey and Iran have brought to the urgent attention of the Council massive flows of Iraqi refugees towards and across their borders. Turkey informed us about the plight of some 220,000 Iraqi citizens, many of them women and children, massed along the Turkish border and whose number has increased to some 500,000 in the meantime. Iran estimates that about an equal number of refugees will try to cross the border into Iran within the next few days. More than 110,000 Iraqi civilians have already done so, fleeing from repression by Iraqi government forces.

Mr. President,

This enormous flow of refugees constitutes an important factor of tension and potential destabilisation in the neighbouring countries of Iraq, thus posing a serious threat to peace and security in the region. With a view to safeguarding appropriate conditions for providing the civilian population

with the necessary humanitarian assistance, Austria has supported the French and Turkish initiatives that the Council fulfil its duties and responsibilities under the Charter of the UN for the maintenance of international peace and security and urgently pronounce itself on this pressing issue.

Mr. President,

The resolution before us addresses, as a matter of urgency, the issue of humanitarian relief to the refugees and displaced Iraqi population. My country considers of the utmost importance that immediate access to all Iraqi civilians in all parts of Iraq be given to the international humanitarian organisations and that Iraq be given to the international humanitarian organisations and that Iraq makes available, to the extent feasible, all necessary facilities for their operation. The least this Council can do is to lend its full and strongest possible support for a massive humanitarian effort by the Secretary-General and the relevant UN agencies. Austria herself has already taken first steps to provide humanitarian emergency aid to the refugee population concerned. In view of the exceptionally grave situation Austria has asked the government of Turkey to open its borders to the refugees.

Thank you, Mr. President.

## IV.7. “The situation in the occupied Arab territories”

### Explanation of Vote

on Security Council Resolution 694 (1991)

by the Austrian Representative Minister-Counsellor Thomas Hajnoczi

24 May 1991

Mr. President,

First of all, I would like to associate myself with the words you have spoken so eloquently on the death of Rajiv Gandhi. India has lost a great leader and the world a most respected statesman who has made an important contribution to tackle some of the most difficult issues of our time. Allow me,

Ambassador Menon, to extend to you and through you to your country and the bereaved family the condolences of Austria.

Mr. President,

Permit me to congratulate you, Sir, on your assumption of the presidency for this month. Con-

sidering your personal qualities and experience, we are convinced, as we have already seen, that the Council cannot but benefit from your guidance in carrying out its work.

I should also like to congratulate the Permanent Representative of Belgium, Ambassador Noterdaeme, for the excellent manner in which he presided over the Council last month.

Mr. President,

The deportation certainly brings about tragedy to the four Palestinians and their families, but its effects transcend the fate of individuals. This act constitutes a clear violation of the Fourth Geneva Convention of 1949 which is applicable to all the Palestinian territories occupied by Israel since 1967, including Jerusalem.

The Members of the Security Council have addressed the deportation of these Palestinians in the Statement of the President of the Security Council of 27 March 1991, regrettably to no avail. The decision by Israel to actually carry out these deportations in spite of this Statement and relevant Security Council resolutions is all the more de-

plored by my country.

The deportation furthermore has to be seen in the broader context of the Middle East peace process. Currently, intensive efforts to achieve a comprehensive, just and lasting peace are under way. The deportation of four Palestinian civilians on 18 May can only have and has, in our view, indeed, a detrimental impact on these efforts. We think that the adoption of this resolution with 15 positive votes is in itself an important signal and we support fully the text just adopted.

Austria, by having voted in favour of the resolution, launches an appeal to Israel to refrain from deporting any Palestinian civilian from the occupied territories and ensure the safe and immediate return of all those deported. We call upon all concerned to desist from acts that could undermine the endeavours towards peace. Finally, Austria wishes to express its support for the ongoing efforts to achieve a comprehensive, just and lasting settlement and peace in the Middle East based on Security Council resolution 242 and 338.

Thank you, Mr. President.

#### **IV.8. "The situation between Iraq and Kuwait"**

##### Statement

by the Austrian Representative Ambassador Peter Hohenfellner  
26 June 1991

Mr. President,

Like previous speakers I cannot but voice the concern of my Government about what appears to have been an effort by Iraq to deny an IAEA/Special Commission Inspection Team unhindered and immediate access to a designated site in Baghdad and to remove objects that had previously been seen there by it.

This is a grave violation of Iraq's obligations under Security Council resolution 687 which cannot be tolerated by this Council. We urge the Iraqi authorities not to repeat or to continue their uncooperative attitude, but rather to comply fully with its obligations and to realize that anything less would entail unwelcome consequences.

Thank you, Mr. President.

#### **IV.9. "The situation between Iraq and Kuwait"**

Explanation of Vote  
on Security Council Resolutions 706 (1991) and 707 (1991)

by the Austrian Representative Minister-Counsellor Thomas Hajnoczi  
15 August 1991

Mr. President,

Permit me to congratulate you, Sir, on the assumption of the presidency for this month. Considering your personal as well as professional qualities and experience, we are convinced, as we have already seen, that the Council cannot but benefit from your guidance in carrying out its work.

I should also like to thank the Permanent Representative of Cuba, Ambassador Alarcon, for the excellent manner in which he presided over the Council last month.

Mr. President,

Austria has voted in favour of, inter alia, resolution 706 which contains a package of measures aimed at dealing with a number of questions, first and foremost among them measures to deal with the humanitarian situation in Iraq.

We are pleased to note that it has thus been finally possible to transform into a resolution the results of the consultations held by the Chairman of the Security Council Committee established by resolution 661 as reported by him to the Members of the Security Council during informal consultations held on 25 July 1991.

The action initiated today, Mr. President, is indeed urgently needed: The latest report on the situation of the Iraqi civilian population, namely the report dated 15 July 1991 of the inter-agency mission headed by the executive delegate of the Secretary-General for the UN inter-agency humanitarian programme, presented an alarming picture of the serious nutritional and health situation of the civilian population and the risk of further deterioration.

We do hope that the Iraqi Government will – previous statements to the contrary notwithstanding – take full advantage of the opportunity which will be provided to it to earn the necessary revenue for the purchase of foodstuffs, medicines, and

materials and supplies for essential civilian needs of its population. Anything less could lead to serious consequences which should be avoided in the best interest of the Iraqi people.

In this connection, Mr. President, the equitable distribution of imports for humanitarian purposes in all regions of Iraq and to all categories of the Iraqi civilian population is, of course, of paramount importance. We understand the relevant provisions in resolution 706 as inviting the Secretary-General to submit a plan for an effective UN role in this respect to be carried out, by and large, by the UN personnel presently in Iraq. Reports to the Security Council on the working of this scheme for ensuring an equitable distribution would enable us to monitor its implementation. Another important element of the report requested of the Secretary-General are the estimates of the humanitarian requirements of Iraq which will be the basis for our final decision.

Mr. President,

While resolution 706 has at its origin our most serious concern regarding the humanitarian situation in Iraq, resolution 707, but also parts of resolution 706, address another fundamental problem: Iraq's failure to comply with or fully carry out its obligations under resolution 687. By voting in favour of resolution 707 Austria demonstrates the crucial importance it attaches to full compliance. In this context, I want to stress our support for the activities of the Special Commission and the IAEA with regard to section C of resolution 687. The results of their missions undertaken hitherto have shown how significant their activities are. We view resolution 707 not only as a message to Iraq, but also as a strengthening of the hand of the Special Commission and the IAEA.

Thank you, Mr. President.

**IV.10. "Letter dated 19 September 1991 from the Permanent Representative of Austria to the United Nations addressed to the President of the Security Council  
Letter dated 19 September 1991 from the Permanent Representative of Canada to the United Nations addressed to the President of the Security Council"**

**Letter dated 20 September 1991 from the Permanent Representative of Hungary  
to the United Nations addressed to the President of the Security Council  
Letter dated 24 September 1991 from the Permanent Representative of Yugosla-  
via to the United Nations addressed to the President of the Security Council”  
[“Political conditions in Yugoslavia”]**

Statement  
by the Austrian Foreign Minister Dr. Alois Mock  
25 September 1991

Mr. President,

I am particularly pleased that this ministerial level meeting of the Security Council is taking place under your Presidency, Mr. Minister for Foreign Affairs of France. The political weight of your country and her status as a permanent member of the Security Council vouch for a successful outcome of our efforts directed at finding a peaceful solution for the very serious situation in Yugoslavia.

The international community deplores the bloodshed, the human suffering and the destruction which the peoples of Yugoslavia, especially in Slovenia and Croatia, underwent these past months. As a neighbouring country, Austria follows with great concern the developments in Yugoslavia. The ceasefire, however fragile, which has lasted over the last few days, has to be used to strive most energetically for a negotiated settlement.

Austria has given full support to all the initiatives undertaken within the European Community and the Conference on Security and Cooperation in Europe aiming at a resolution of the crisis in Yugoslavia. At least in Slovenia these initiatives have had a stabilizing effect. Unfortunately until now no similar progress was made in Croatia.

I urgently appeal to all participants in the Hague Conference to spare no effort to come to a political settlement of the armed conflict. Violence can never solve a conflict. I have always been of the opinion that a peaceful and lasting solution must enjoy international support.

The peace initiative of the European Community must be given support by all countries. The entire international community shares in the responsibility to bring the civil war in Yugoslavia to an end. At the same time, no

appeal made to the organs of collective security can relieve the regional European organisations of their responsibility.

First of all, it is necessary to stop the escalating spiral of violence which has already reached Bosnia-Herzegovina. It was in this spirit that Austria took the initiative, on 19 September, to bring the matter before the Security Council and to request, in the course of the informal consultations held on 20 September, appropriate action by the Security Council in the form of a resolution.

The text in front of the Security Council, cosponsored by Austria, is a first concrete and significant contribution on the part of the international community towards the peaceful settlement of this crisis.

Mr. President,

Let me reiterate the principles upon which, in my view, the relations among the peoples in Yugoslavia will have to be based in the future:

- absolute priority for the strict observation of the principle of non-use of force;
- realization of the right to self-determination in line with the aspirations expressed by the peoples in Yugoslavia;
- renunciation of all change of frontiers by force between the Yugoslav republics;
- full and entire application of the obligations contained in the “Charter of Paris for a New Europe”, concerning pluralism and democracy, reign of law and respect of human rights;
- binding agreements on the protection of all minorities and effective guarantees for equal participation in the political process by all population groups.

Thank you, Mr. President.



**IV.11. "Letter dated 30 September 1991 from the Permanent Representative of Haiti to the United Nations addressed to the President of the Security Council" ["Political conditions in Haiti"]**

**Statement**

by the Austrian Representative Ambassador Peter Hohenfellner

3 October 1991

Mr. President,

Austria strongly condemns the recent military coup in Haiti, resulting in a temporary overthrow of constitutional rule. These grave events which forced President Jean-Bertrand Aristide, the first President of Haiti to be elected in free and democratic elections under international observation by the United Nations and the Organisation of American States, to temporarily leave his country to ensure his safety, are in blatant contradiction to the worldwide march towards democracy, freedom and respect for human rights.

As your predecessor, Mr. President, said on 12 September: "The wheels of history have been turning. The winds of freedom have been blowing down old structures. We are entering a world where perhaps there is less order, but where there is ever more hope" (unquote). Haiti will be no exception. Those who now hold power in Port-au-Prince must realize that their rule will be short-lived: They can only delay but not avoid the return of democracy to Haiti.

We call for the immediate restoration of Haiti's legitimate, democratically-elected government, the return to the path of constitutionality and the full respect for human rights. Only so will Haiti again be able to take its place as a fully respected

member of the international community. Those presently in power must also realize, before it is too late, that the alternative is isolation. They would then be responsible, before history and in the eyes of the Haitian people, for having deprived this long-suffering people of the economic and social development which they so urgently require.

Mr. President,

The reaction of the international community to the events in Haiti is of a paradigmatic importance that transcends the present case: Democracy and the respect for human rights are being increasingly accepted as central principles for the further evolution of the society of nations. A new universal consensus is taking shape, a new era is dawning. Nobody has put it better than H. E. the Secretary-General in his seminal address at the University of Bordeaux on 24 April 1991: "We are clearly witnessing what is probably an irresistible shift in public attitude towards the belief that the defence of the oppressed in the name of morality should prevail over frontiers and legal documents" (unquote). This Council, with its newly-found determination, can make an important contribution.

Thank you, Mr. President.

**IV.12. "The situation in Cyprus"**

**Statement**

by the Austrian Representative Ambassador Peter Hohenfellner

12 December 1991

Mr. President,

In its resolution 698 of 14 June 1991, the Security Council undertook to decide, in the light of a requested report by the Secretary-General and by the time of the next extension of UNFICYP's mandate on or before 15 December 1991, on measures to be taken to put the Force onto a sound and secure financial basis. With resolution 723

adopted just a few minutes ago, the Council extended UNFICYP's mandate but did not put it onto such a basis. Therefore this Council has either violated its own undertaking contained in resolution 698 – or it has decided to be undecided and, by its inaction, taken a negative decision.

Mr. President,

There ist absolutely no need for me to repeat here yet again all the arguments in favour of putting UNFICYP on a sound and secure financial basis as repeatedly proposed by the Secretary-General, most recently in his report doc. S/23144 of 15 October 1991. They are contained in this report and in various documents submitted by the troop-contributing states. It is no coincidence that all other PKOs are funded by assessed contributions in accordance with Article 17 (2) of the Charter of the United Nations. The Secretary-General's well-founded recommendation and these arguments were among the reasons why a move to assessed contributions would have found the support of an overwhelming majority of Council members to whom we are grateful. The counter-arguments advanced by some – all of them Permanent – Members were, to put it mildly, not convincing.

No other PKO has been so thoroughly studied and reviewed as UNFICYP. It is already, in relation to size, the least costly of all UN PKOs for the international community. Consequently, it is the most costly for a troop-contributor: We are, on average, bearing two-thirds of the cost of our participation ourselves anyway. And yet, if the Council had been allowed to decide on a move to assessed contributions, further savings for the UN in the order of 30% would have been possible thanks to the understanding shown on the part of troop-contributors. Temporary internal difficul-

ties – be they financial or others – must not be allowed to interfere with allowing this Council to exercise its responsibilities, for otherwise the credibility of this important organ will suffer.

What UN peacekeeping, Mr. President, is all about is solidarity: solidarity of the international community with those who are in need of support. This solidarity can have many forms, but for it to be credible and meaningful, it cannot limit itself to create a PKO or to vote for the extension of its mandate. Solidarity has to take the form of financial contributions, and it can take the form of contributing personnel.

Austria, for her part, has shown solidarity with Cyprus by providing one of the largest contingents for now over 27 years. I can say in all sincerity that this solidarity was shown with no ulterior motives in mind: We have no interests on Cyprus, neither historical, economic, geopolitical nor any others.

Austria – and I should imagine other troop-contributors as well – will now have to reflect on their future role in UNFICYP in the light of the failure of some of the Members of this Council to react positively. Austria will now seriously study her options and reexamine her continued participation.

Thank you, Mr. President.

#### **IV.13. “Incidents of unlawful interference against international civil aviation” (Libya)**

Explanation of Vote  
on Security Council Resolution 731 (1992)  
by the Austrian Representative Ambassador Peter Hohenfellner  
21 January 1992

Mr. President,

Austria firmly and unequivocally condemns all acts of terrorism and has always done so. Austria has consistently called on the international community, and in particular on the United Nations, to increase their efforts to combat international terrorism.

The resolution adopted by the Security Council today is an important step in this concerted action against the scourge of international terrorism. By

condemning the terrorist attacks leading to the destruction of Pan Am flight 103 and UTA flight 772 and urging the Libyan Government to contribute to the elimination of international terrorism, the Security Council has acted within its responsibility for the maintenance of international peace and security. Such terrorist acts strike at the very foundation of modern civilisation and jeopardize friendly relations among States and indeed endanger their security. The perpetrators of these criminal acts must therefore be brought to justice and it is now up to Libya to lend its full cooper-

ation to this end. This is why Austria has supported resolution 731.

Mr. President,

Intensified legal and practical cooperation of all States is essential and indeed indispensable for an effective fight against international terrorism. Austria has therefore become a party to all relevant international instruments against terror-

ism.

We believe that action taken by the Security Council in this field should be guided by the principles enshrined in these conventions unless a State consistently refuses to co-operate with the international community in this effective fight against terrorism.

Thank you, Mr. President.

#### **IV.14. "The responsibility of the Security Council in the maintenance of international peace and security"**

##### Statement

by the Austrian Federal Chancellor Dr. Franz Vranitzky  
31 January 1992

Mr. President,

Your initiative to convene this high-level meeting of the Members of the Security Council is indeed timely: The end of the Cold War has freed minds and resources which were for so long bound by a wasteful and useless confrontation. Dramatic changes have occurred in a very short time, a new quality in international relations is making itself felt. Austria, situated on the former Iron Curtain, can certainly testify to that.

These changes also provide us with a new – maybe a unique – opportunity to face new challenges with a new perspective. There is a new partnership in global responsibility shared by all Members of the Security Council. Permanent and non-permanent Members alike have worked together and have enabled the Council to take a number of unanimous positions on some of the most complex and critical issues.

In this Organisation the powerful and the weak, the large and the small, the wealthy and the struggling come together as equals to solve their problems, to look for support, to look for justice. It certainly is in our interest to have the United Nations as effective as possible, as respected as possible, as influential as possible – so that it can really fulfil our common goal, the maintenance of international peace and security. This Organisation, its new Secretary-General and this – in many ways – new Security Council must be agents of peaceful and constructive change.

Mr. President,

There are four major issues of great importance in this context:

- the strengthening of the United Nations in peace-making and peace-keeping;
- the need for further progress in disarmament and arms control, including the dismantling of weapons of mass destruction;
- the significance of human rights, minority rights and democratic processes for development, prosperity and peace; and
- the need for effective measures against poverty to create a long-term basis for stability and security in international relations.

Mr. President,

Peace-keeping activities are very effective instrument of the United Nations. From its modest beginning, conceived with ingenuity and carried out pragmatically, peace-keeping has grown in size and scope, has grown into a universally accepted and by now indispensable tool.

Much experience has been gained over the years. I fully agree with the former Secretary-General who, when accepting the 1988 Nobel Peace Prize for the UN peace keeping forces, stated that the principles and techniques involved in peace-keeping may also be applicable to conflict resolution in general: the principles of impartiality and objectivity, the symbolic representation of international authority, the process of seeking compliance through cooperation, the capacity for fact-finding, the monitoring of the implementation of agreements, the development of a capacity to prevent conflicts.

Mr. President,

Now the Security Council has begun to fulfil more effectively its primary responsibility for the maintenance of international peace and security. Now we also have the chance to give a new impetus to a stronger role of the United Nations in these areas.

Some of the recent crises have made one fact very clear: There is an urgent need for an early reaction to potential conflicts. Preventive diplomacy both by the Secretary-General and, where appropriate, by the Security Council will have to be developed further.

An early deployment of peace-keeping personnel, possibly also at the request of only one party to a conflict, may help to contain a dispute and facilitate a process of negotiation and compromise before the outbreak of hostilities. I strongly believe that the Security Council will have to consider the possibility of this and other preventive measures.

Many of the questions currently on the agenda of this Council relate directly to internal conflicts. They are born of ethnic, nationalistic or religious rivalries or are the result of long suppressed grievances. Nevertheless, they all sooner or later affect regional or international peace and security.

The tragic situation in Yugoslavia provides a good example. Austria was among the first to call at an early stage for international peace-making efforts in this conflict and for the deployment of United Nations peace-keeping forces. We welcome the fact that the United Nations' role in solving this crisis is now universally accepted. However, some of the bloodshed and destruction could have been avoided by a swifter response.

Mr. President,

In other areas the United Nations has clearly shown that it is indeed able to give an adequate response to new challenges by expanding the mandate of peace-keeping to new responsibilities such as the protection of human rights or the supervision of free and fair elections.

It may also be useful to recall the ambitious goal of the Charter of multilateral peace enforcement and the creation of an effective system of global collective security. The authorization given by the Security Council to a coalition of States "to use all necessary means" to implement the mandatory resolutions of the Council was a significant step in this direction.

Another step would be to have a fresh look at Article 43 of the Charter.

Mr. President,

As one of the most important future tasks of the Security Council I see a more active involvement in the areas of arms control, non-proliferation and disarmament. The Charter has given us an excellent programme for future action of the Council in Article 26.

This is not only a political priority of the first order, it also responds to the wishes of our peoples. Given the tremendous challenges of achieving sustainable development and international economic and social justice, the need for reduction of military budgets becomes obvious. Security can be achieved at a lower level, and the achievements in the INF, START and CFE negotiations clearly show that this is possible. The latest announcements by Presidents Bush and Jelzin of further cuts are very promising indeed and highly welcome.

New successes seem within reach also with regard to chemical weapons and a broadened acceptance of non-proliferation. The Nuclear Weapon States in the terms of the NPT are also the Permanent Members of the Security Council. They have a special responsibility to develop policies that at least contain the promise of a nuclear-weapon-free world.

The global efforts and the negotiations in Europe in my view will have to be complemented by regional and even subregional moves towards arms reduction and disarmament in Africa, in Asia, in the Middle East and also in South America. They also can profit from the so-called Peace Dividend. A reduction of their military budgets can provide financial resources acquired for economic and social development.

It is obvious that such efforts will only be possible in a climate of international trust and confidence. Existing instruments of verification will have to be strengthened and expanded. Technical expertise has been accumulated in specialised agencies. Now it has to be put to good use. One such organisation, without doubt, is the International Atomic Energy Agency. Given its experience and its capacity, I am convinced that it should have a central role in the very special problem of the destruction of nuclear weapons.

Mr. President,

The protection of human rights, and in particular also the rights of ethnic minorities, has had an important impact on the development of peaceful relations between states. There is a direct connection between democratic processes within countries and the evolution of a political culture, which is conducive to the peaceful settlement of disputes. From our own history we know that peace was most threatened when human rights were abolished, minorities persecuted and democratic processes gave way to totalitarian practice. Human rights, minority rights and democracy are, therefore, important cornerstones in our common endeavour.

The Secretary-General has identified these issues as priority areas for the future work of the Organisation. I fully share and support this view. Today nobody should be allowed to use outdated interpretations of legal documents as protective walls behind which human rights can be systematically and massively violated with total impunity.

Mr. President,

Democracy and human rights are easily endangered in a state of poverty.

No system ever has been able to assure peace and security without at the same time providing social justice. Our search for peace cannot be separated from the need to improve the economic and social

conditions everywhere. Adequate strategies are necessary. They will have to be formulated quickly and implemented with speed and efficiency.

As we move, through the actions of this Council, to strengthen an international system based on international law and justice, increased support will also be required for those institutions which care for and uphold the effectiveness of international law. In particular, I am referring to the International Court of Justice. Its role has to be expanded and strengthened in accordance with the provisions of the Charter of the United Nations.

Mr. President,

In conclusion, I should like to briefly touch the future of this Council in general: If our ideas are to truly bear fruit, we must act on behalf of as well as in the interest of all States. We must act in an even-handed, impartial manner and we also have to be perceived as doing so. If we truly want to turn a new page in the book of this Organisation today, then we must also be aware that the realisation of our hopes depends on the trust of all states and peoples of the world in our impartiality and our goodwill. This trust we must earn – over and over again. Today is only a beginning.

Thank you, Mr. President.

#### **IV.15. “The situation in Cambodia”**

Explanation of Vote  
on Security Council Resolution 745 (1992)  
by the Austrian Representative Ambassador Peter Hohenfellner  
28 February 1992

Mr. President,

The unanimous adoption of resolution 745 a couple of minutes ago establishes UNTAC, the most comprehensive operation in the history of the United Nations. The considerable size of the personnel might seem impressive, but it reflects only the vast tasks that have to be fulfilled by the United Nations Transitional Authority in Cambodia. The mandate includes aspects relating to human rights, the organisation and conduct of free and fair general elections, civil administration, the maintenance of law and order, military arrangements, the repatriation and resettlement of refu-

gees and displaced persons, and the rehabilitation of essential infrastructure.

This operation emphasizes that the UN involvement in peace-keeping has by far outgrown the traditional mere interposition of blue berets between hostile armed forces. The increased trust in the United Nations brings about a stronger role, a more comprehensive involvement in the restoration and maintenance of peace. Austria has no doubts that the implementation of the resolution will be a most challenging endeavour, but we are convinced that under the leadership of USG Yasushi Akashi UNTAC will be most efficiently di-

rected to overcome all difficulties. It will be up to the Member States to support UNTAC by bearing their responsibilities and, in particular, meeting their financial obligations in time.

Today an important step towards the implementation of the agreements on a comprehensive political settlement of the Cambodia conflict has been taken. After more than two decades of utmost suffering the Cambodian people has finally the prospect of a better future in peace and democracy. This goal can only be reached by the cooperation of all Cambodians with UNTAC. We be-

lieve that the Supreme National Council under the chairmanship of His Royal Highness Samdech Norodom Sihanouk is well aware of its historic responsibility.

In concluding, I would like to express our appreciation to all those who have spared no efforts to bring about a just and durable settlement to the Cambodia conflict both on the political level and by practical deeds, like the UNAMIC personnel, among them also Austrians.

Thank you, Mr. President.

#### **IV.16. "The situation between Iraq and Kuwait"**

##### Statement

by the Austrian Representative Ambassador Peter Hohenfellner

11 March 1992

Mr. President,

Quoting oneself can easily be perceived as odious. But sometimes it can also serve a useful purpose. In my very first intervention in this Council on 14 February 1991, I underlined the paradigmatic importance of the way we deal and finally resolve this conflict – not only for the future of the region but also for the concept of collective security and the role of the UN as a whole. The decisions taken by this Council almost a year ago – and I am referring here in particular to res. 687 – have to be seen in their overall context: On the one hand, the Security Council laid down a number of obligations on Iraq, guided by "the need to be assured of Iraq's peaceful intentions in light of its unlawful invasion and occupation of Kuwait", to quote from res. 687. Today's meeting and debate are a welcome opportunity to take stock and to provide Members of this Council with a basis to evaluate afterwards to what extent our previous decisions were implemented and to what extent we may need to take further action.

On the other hand, Mr. President, this is also an opportune time to recall other motives we had in mind a year ago, to remember some of our more far-reaching aspirations and to reflect on how we can develop them further into practice. I shall come back to this point later on.

As regards the state of Iraqi compliance with

relevant binding decisions of this Council, you, Mr. President, have already given a useful comprehensive overview. There are, of course, also a number of recent statements by various Presidents of the Security Council as well as instructive reports by the Secretary-General, including information provided by the Special Commission, and various reports by the IAEA. The picture emerging from all this information is, to say the least, very disturbing indeed. While all obligations placed on Iraq are important, I should like to focus today in particular on two areas:

The first is the humanitarian and human rights situation in Iraq. At the same time the Iraqi Government is protesting against the embargo imposed by the international community, it has blocked the import of food, fuel and medicines to some areas in the country, in particular those inhabited by Kurds. Repressive measures continue to affect also the southern marshes. The detailed report by the Special Rapporteur of the Commission on Human Rights contains additional information on massive human rights violations by the Iraqi Government that were condemned by the Human Rights Commission in a resolution adopted on 5 March 1992. The comments received from the Office of the Executive Delegate of the Secretary-General further document the absence of full Iraqi compliance with res. 688.

Another aspect concerns resolutions 706 and 712

which gave Iraq the possibility for oil sales to finance, i. a., the purchase of foodstuffs, medicines and materials and supplies for essential civilian needs for the purpose of providing humanitarian relief. It is deplorable that the Iraqi Government has not yet used this possibility to provide its population with access to adequate food and health care. We urge Iraq to resume the talks with the UN Secretariat on the implementation of this scheme immediately.

The second main area I should like to comment on concerns Iraq's obligations under section C of res. 687 and resolutions 707 and 715. While there have been signs of better co-operation with some inspections as referred to in the report of the tenth IAEA inspection (doc. S/23644), overall Iraqi co-operation and compliance continues to fall short. What is particularly worrying is Iraq's failure to provide all information required under resolutions 687 and 707 and to acknowledge its obligations and provide the declarations required under the plans for ongoing monitoring and verification approved by res. 715. Since other speakers today will no doubt focus on this matter, I shall not belabour this point. Suffice it to point out, therefore, that under the relevant resolutions of this Council, continuing material breach of its obligations places Iraq in a situation which may have serious consequences as emphasized repeatedly in recent statements of Presidents of this Council.

Mr. President,

At the outset I tried to place this debate into a wider, one may even call it a historical, context. What I had in mind was to recall that our decisions last year were seen as part of a broader effort to

establish peace and security in the area and, indeed, the region as a whole. On 3 April 1991, the day we adopted res. 687, I said: "This resolution is rightly based on the premise that the relevant actions to be taken by Iraq represent only first steps toward the goal of establishing a zone free from weapons of mass destruction and all missiles for their delivery in the Middle East and toward the objective of a global ban on chemical weapons. It also highlights the objective of achieving a balanced and comprehensive control of armaments in the region. This will require a responsible approach on the part of the main suppliers of arms and of their buyers alike". Almost one year later, Mr. President, this objective has not yet been achieved. Indeed, if one believes recent reports, a new arms race in this volatile region is already well under way.

Mr. President,

The last point I should like to attempt to make today concerns collective security and the role of the UN as a whole in dealing with conflicts. There is already a vast body of academic literature on how the UN was brought into play in the Gulf conflict, on the role of this Council and the authority its decisions conferred upon those acting on their basis. Whole libraries will no doubt in due course be written on the legal and political implications. Suffice it to say here that in many ways a new beginning had been made; some important steps had been taken towards establishing a system of collective security. To my mind, this would be the right path to follow also in the future.

Thank you, Mr. President.

#### **IV.17. "The situation in Somalia"**

##### Statement

by the Austrian Representative Ambassador Peter Hohenfellner

17 March 1992

Mr. President,

For quite some time, the deteriorating situation in Somalia has been of great concern for my country. The ongoing violence and its negative impact on the grave situation of the civilian population constitute a serious threat to peace and security in the Horn of Africa, a region already gravely afflicted by starvation, civil wars and massive flows of

refugees. Austria therefore welcomed the initiative by the Secretary-General in December 1991 to bring this issue before the Security Council.

Austria also strongly supported the adoption of Security Council resolution 733 which gave a dual mandate to the Secretary-General, on the one hand, to take the necessary actions to increase humanitarian assistance to the affected population

and, on the other hand, to seek the commitment of all parties involved in the conflict to the cessation of hostilities, in order to permit the humanitarian assistance to be distributed. The Security Council thereby recognized the close link between a durable cessation of hostilities and the establishment of viable mechanisms for the distribution of humanitarian assistance.

We welcome that, as a first step to fulfil the mandate given by resolution 733, the joint mission of the United Nations, the Organisation of African Unity, the League of Arab States and the Organisation of the Islamic Conference could on March 3 achieve the signing of cease-fire agreements by the two major factions in Mogadiscio. The regrettable fact, however, that the cease-fire has not yet been fully respected, thereby still preventing the distribution of humanitarian assistance to the population, clearly indicates that fur-

ther efforts are necessary. We therefore support the proposal of the Secretary-General to urgently dispatch a technical team to Mogadiscio and other parts of Somalia to discuss arrangements to stabilize the cease-fire agreements as well as to look into possible mechanisms to ensure the unimpeded delivery of humanitarian assistance. We are convinced that the draft resolution before us, endorsing these proposals by the Secretary-General, will find the unanimous support of the Members of the Security Council. Thereby the Council will send the strongest possible signal to all parties, movements and factions in Somalia to respect the Security Council's demand for full cooperation with the Secretary-General and for full respect for the safety and security of the technical team and humanitarian personnel in all parts of Somalia.

Thank you, Mr. President.

#### **IV.18. "Letters dated 20 and 23 December 1991" ["Incidents of unlawful interference against international civil aviation" (Libya)]**

Explanation of Vote  
on Security Council Resolution 748 (1992)  
by the Austrian Representative Ambassador Peter Hohenfellner  
31 March 1992

Mr. President,

Austria's position on terrorism is clear, unwavering and unequivocal: We condemn vigorously all forms and all acts of terrorism and – since terrorism is a truly international problem which has to be combatted internationally – we call on all members of the international community to join in the efforts to eliminate terrorism and to further strengthen their co-operation to that end, on the global as well as on the regional level.

Terrorism is a most dangerous threat to international peace and security. That is why it is appropriate for the Security Council to deal firmly with the matter. Austria, as a party to all relevant instruments against terrorism, believes that action taken by the Council in this field should be guided by the principles enshrined in these conventions.

Mr. President,

On 21 January 1992, at the occasion of the adoption of resolution 731, I called that resolution an important step in the internationally concerted

action against the scourge of international terrorism, since it urged Libya to contribute to this task.

I would like, on behalf of Austria, to commend all those who undertook efforts to bring about compliance by Libya with its obligations, in particular the Secretary-General of the United Nations, the Arab League, and various countries of the region concerned. Regrettably, Libya has still not implemented its obligations under that resolution. Hence, we voted in favour of res. 748.

Mr. President,

This resolution will impose certain sanctions on Libya, designed to bring about Libyan compliance with its obligations under resolution 731.

Sanctions are never a goal in themselves. They are not punishment; they are introduced in order to make a certain member of the international community comply with its obligations under the Charter of the United Nations. My country has always emphasized the importance of an adequate and balanced relationship between the objectives,



on the one hand, and the ways and means to obtain these objectives, on the other.

It is furthermore evident that sanctions will have to be lifted, once full implementation of its obligations by the country concerned has been achieved. That is why Austria has always stressed the necessity of establishing objective criteria for the provisions on the termination of sanctions. In this context, I would like to draw attention, in particular, to paragraphs 12 and

13 of res. 748.

Mr. President,

Paragraph 3 allows another 15 days before the application of sanctions against Libya takes place. We would like to reiterate our call upon Libya to use this time to fulfil its obligations.

Thank you, Mr. President.

#### **IV.19. "Report of the Secretary-General pursuant to Security Council resolution 752 (1992)"** **["The situation in Bosnia and Herzegovina"]**

Explanation of Vote  
on Security Council Resolution 757 (1992)  
by the Austrian Representative Ambassador Peter Hohenfellner  
30 May 1992

Today's decision by the Security Council to impose comprehensive mandatory sanctions against Serbia and Montenegro is harsh but necessary. It has become necessary because of the stubborn and irresponsible attitude of the Belgrade authorities, both military and civilian. Their policies and practices have caused suffering and destruction on a scale that almost defies, in this day and age, our imagination. They will eventually not only be judged by history but also by their own people. To sit in judgement is not our task today. Indeed, as the resolution just adopted states, the sole objective is – even at this late hour – achieving a peaceful solution and encouraging political efforts to this end.

This course of events, the immense suffering of the peoples of former Yugoslavia and now, in particular, of the population in Bosnia and Herzegovina, could have been largely avoided if our early calls for a peaceful solution would have been heeded. Already on 25 September 1991, on the first occasion this Council dealt with the Yugoslav crisis, the Austrian Foreign Minister Mock stated that "first of all, it is necessary to stop the escalating spiral of violence which has already reached Bosnia-Herzegovina". He then went on to outline the principles upon which relations among the peoples of former Yugoslavia should be based on in the future. These principles, among them the strict observation of the principle of non-use of

force, respect for human rights, protection of all minorities and effective guarantees for equal participation in the political process by all population groups remain valid.

The tragic evolution of the situation in former Yugoslavia also shows the need for the United Nations to find ways and means for dealing with similar problems at an earlier stage and more effectively. The Federal Chancellor of Austria, Vranitzky, has already mentioned this point when he spoke in this chamber on 31 January 1992.

This is not intended to be a criticism of the efforts of the United Nations to date: It was Austria herself who first called for the deployment of UN peace-keeping forces along traditional lines. But in the future we will have to do more, and to act more quickly, if possible preventively. Here, first of all, the dangerous situation in Kosovo comes to mind. But, regrettably, there may also be others where a UN role may be necessary.

In the short run, Austria attaches particular importance to the establishment of a security zone encompassing Sarajavo and its airport as stipulated in the present resolution. The parties and others concerned have to comply with the Council's demand to create immediately the necessary conditions for unimpeded delivery of humani-

tarian supplies. In case that this compliance was not forthcoming, the Council will have shortly to consider further measures necessary to ensure

unimpeded delivery of humanitarian supplies.

Thank you.

#### IV.20. "The question of South Africa"

##### Statement

by the Austrian Representative Ambassador Peter Hohenfellner

16 July 1992

Mr. President,

Austria has not had an opportunity to express her views on the question of South Africa in the Security Council since October 1974. Indeed, the Council has not dealt with this question now for well over three years. This debate is therefore timely, and we welcome it.

We also welcome the high-level participation in this debate and – in particular – the presence of Mr. P. Botha and Mr. Nelson Mandela. This testifies to the importance African leaders attach to the Security Council and to our work.

Mr. President,

In recent years many things have changed in South Africa. Most changes were for the better. I am referring here, of course, to the abolition of the so-called pillars of apartheid.

A lot, however, remains to be done before we can truly speak of a new, democratic, non-racial and united South Africa. Among those outstanding problems towards the key objective of a new constitution, agreement on the mechanisms for drawing up this constitution and for organizing the process of transition are of paramount importance. This is why we welcomed the negotiations in the CODESA – and this is also why we call upon all parties to urgently resume them in good faith. There is no viable alternative to the peaceful path of negotiations.

It is for the South Africans themselves, Mr. President, to shape their country, their society and their institutions. A new constitution should contain checks and balances, may well decentralise power, may well secure fair representation of all sectors of the society.

In the meantime, at the request of the parties

concerned, the international community can and should play a role in encouraging and supporting the process of change in South Africa. This is why our debate in this Council is important and why our decisions are important. This is also why Austria supports the idea of giving the Secretary-General a mandate to use his good offices towards creating conditions conducive to further progress.

Mr. President,

At the outset I spoke of recent positive changes in South Africa. Alas, there has also been a wave of violence, culminating in the Boipatong massacre. We share in the grief of the bereaved and are deeply concerned by its consequences.

This violence has, among other causes, its roots in a highly fragmented political and social system which makes the emergence of a political culture of tolerance and mutual accommodation very difficult. In addition, there is a lack of respect for and credibility of the administrative and judicial authorities.

There is no way around the primary responsibility of the South African Government to protect the life and property of every South African. The National Peace Accord adopted last year to bring an end to the wave of violence has so far not yielded the results expected. At the request of the parties the international community could be of assistance. Austria has already called for an impartial inquiry regarding the recent violence and for bringing the perpetrators to justice. This would go a long way towards creating a climate of confidence in South Africa.

Mr. President,

I have started my intervention today by referring to the importance attached to the Council's consideration of the question of South Africa. Let me

conclude by saying that the fact that this Council was seized with this matter testifies to the growing belief that, as the Secretary-General put it in his seminal report "An Agenda for Peace", our aim must be to address the deepest causes of conflict:

economic despair, social injustice and political oppression.

Thank you, Mr. President.

#### **IV.21. "United Nations Transitional Authority in Cambodia"**

##### Statement

by the Austrian Representative Ambassador Peter Hohenfellner

21 July 1992

Mr. President,

Austria is deeply concerned at the obstacles put in the way of UNTAC in the implementation of the peace plan for Cambodia.

For many years, the international community has not tired in its efforts to find a peaceful solution to the conflict in this long suffering country. Finally, after long and arduous negotiations, the signing of the Paris Agreements by all parties brought about a plan for a settlement to the Cambodia conflict. This plan put an enormous burden on the international community and this organisation in particular. Neither has failed to shoulder its responsibilities. The United Nations have mounted one of the largest and most expensive operations ever undertaken, the United Nations Transitional Authority in Cambodia. The international community, as recently demonstrated at the Ministerial Conference in Tokyo, has shown its willingness to fully support the Cambodian people in their endeavours for rehabilitation and reconstruction through large scale technical and financial assistance.

Austria, which as President of the International Conference on Kampuchea had continuously contributed to the international efforts for a peaceful solution, is now again participating in these efforts, both through providing military, police and civilian personnel to UNTAC and through substantial assistance, as pledged, inter alia, at the Tokyo Conference.

Mr. President,

In the light of this firm commitment by the international community, and in view of the faithful implementation by three of the four Cambodian factions of all obligations undertaken in the Paris Accords, the Party of Democratic Kampuchea, to fully comply with its obligations, freely undertaken by signing the Paris Accords, is all the more unacceptable.

The continuous refusal by one party to the conflict to cooperate with UNTAC in the process of cantonment and disarmament is not only putting at risk UNTAC's ability to adhere to the timetable set by this Council. It could ultimately even jeopardize the peace process on the whole. The Security Council cannot accept such a risk and should therefore act unanimously on the resolution before it. Austria strongly endorses such action by the Council, as it endorses any action by this Council to ensure compliance with all its decisions.

Mr. President,

UNTAC has taken all possible steps to meet all legitimate concerns of the PDK by strengthening verification mechanisms and giving top priority to the deployment of the civil administration component. It is now on the PDK to fulfil its obligations without further delay. We call on them to heed this call and to join in the efforts to reach our common goal: a fully sovereign, independent and peaceful Cambodia.

Thank you, Mr. President.

#### **IV.22. "Letter dated 7 August 1992 from the Chargé d'affaires a. i. of the Permanent Mission of Belgium to the United Nations addressed to the President of the Security Council"**

**Letter dated 7 August 1992 from the Chargé d'affaires a. i. of the  
Permanent Mission of France to the United Nations addressed to the  
President of the Security Council**

**Letter dated 7 August 1992 from the Permanent Representative of the United  
Kingdom of Great Britain and Northern Ireland to the United Nations  
addressed to the President of the Security Council**

**Letter dated 7 August 1992 from the Chargé d'affaires a. i. of the  
United States Mission to the United Nations addressed to the  
President of the Security Council”**  
[“The situation of human rights in Iraq”]

Statement

by the Austrian Representative Minister-Counsellor Thomas Hajnoczi  
11 August 1992

Mr. President,

I want to express our gratitude to Mr. van der Stoel for his briefing on manifold, in particular human rights aspects of the situation in the southern marshlands of Iraq, in the northern Kurdish-populated sectors, and other regions of that country. Mr. van der Stoel's presentation was extremely interesting and at the same time worrying.

In this context, I should like to recall what Austria's Federal Chancellor Vranitzky said in the Council meeting of 31 January 1992: “The protection of human rights and, in particular, of the rights of ethnic minorities has had an important impact on the development of peaceful relations between States. There is a direct connection between democratic processes within countries and the evolution of a political culture which is conducive to the peaceful settlement of disputes. From our own history, we know that peace was most threatened when human rights were abolished and minorities persecuted and when democratic processes gave way to totalitarian practices. Human rights, minority rights and democracy are, therefore, important cornerstones in our common endeavour.”

The briefing by Mr. van der Stoel is indeed alarming not only with regard to the human rights situation but also relating to international peace and security in the area, which are threatened, as emphasized in paragraph 1 of Security Council Resolution 688, by the repression of the Iraqi civilian population.

Mr. President,

Paragraph 2 of the said resolution 688 demands that Iraq, as a contribution of removing the threat to international peace and security in the region,

immediately end this repression. After today's presentation my delegation cannot but call upon Iraq with utmost sincerity to take all measures possible in order to alleviate the suffering of its civilian population in the southern marshes as well as in other parts of Iraq, among these the Kurdish areas.

Both the southern marshland and the northern, Kurdish-populated parts of Iraq, are extremely sensitive areas as regards regional security and stability. We are therefore all the more concerned by the information on restrictions to the activities and programmes of humanitarian agencies there. Austria is proud being a contributor to the UN Guards Contingent in Iraq because we consider the work done by this contingent of great importance, in the humanitarian field, as well as in the security area. We have therefore registered with utmost dismay the recent deterioration of the security conditions of those guards and other humanitarian personnel.

In a hand grenade attack on 8 July 1992, two Austrian members of the Guards Contingent have been severely wounded; on 16 July another UN guard, a Fiji national, has been killed by a gun shot; further members of the Guards Contingent have been injured since.

Austria therefore reiterates her call upon Iraq to ensure to the extent feasible, the safety of all international personnel within its territory, and to make available all facilities and cooperation necessary for the continued and safe implementation of UN, ICRC and NGO humanitarian programmes, as well as to give them access to all Iraqi civilians in all parts of the country, as also insisted upon in paragraph 3 of resolution 688. In particular, we do expect that the Memorandum of Understanding be renewed quickly.

Paragraph 21 of Security Council resolution 687 stipulates that the sanctions against Iraq have to be reviewed in the light of the policies and practices of the Government of Iraq. Austria hopes that Iraq will, by heeding these calls and fully cooperating contribute to the creation of conditions under which the sanctions can be lifted soon.

Mr. President,

The information provided by Mr. van der Stoel, as well as by Ambassador Al-Anbari of Iraq on the so-called Third River Project, or Main Outfall Drain Project, demonstrates clearly the impact of ecological questions on a wide range of issues, among them a country's relationship with its immediate and mediate neighbours, and, hence on international peace and security. The ecological impacts of actions and projects affecting neigh-

bouring States must therefore always be taken duly into account.

Mr. President,

In conclusion, let me make one thing absolutely clear: Austria's aim in participating in this debate is of a principled nature, not confined to matters merely related to Iraq. Humanitarian and human rights questions are equally important for peace and stability in all parts of the world. We therefore hope and expect that the international community will dedicate the same degree of attention and determination when peace is being threatened by violations of human rights and humanitarian law in other regions, as it is currently the case in a most tragic way, in Bosnia and Herzegovina or Somalia.

Thank you, Mr. President.

- IV.23. "Letter dated 10 August 1992 from the Permanent Representative of Bosnia and Herzegovina to the United Nations addressed to the President of the Security Council  
Letter dated 10 August 1992 from the Chargé d'affaires a. i. of the Permanent Mission of Turkey to the United Nations addressed to the President of the Security Council  
Letter dated 10 August 1992 from the Chargé d'affaires a. i. of the Permanent Mission of the Islamic Republic of Iran to the United Nations addressed to the President of the Security Council  
Letter dated 10 August 1992 from the Permanent Representative of Malaysia to the United Nations addressed to the President of the Security Council  
Letter dated 11 August 1992 from the Permanent Representative of Senegal to the United Nations addressed to the President of the Security Council  
Letter dated 11 August 1992 from the Chargé d'affaires a. i. of the Permanent Mission of Saudi Arabia to the United Nations addressed to the President of the Security Council  
Letter dated 10 August 1992 from the Chargé d'affaires a. i. of the Permanent Mission of Kuwait to the United Nations addressed to the President of the Security Council  
Letter dated 11 August 1992 from the Permanent Representative of Pakistan to the United Nations addressed to the President of the Security Council  
Letter dated 12 August 1992 from the Permanent Representative of Egypt to the United Nations addressed to the President of the Security Council  
Letter dated 13 August 1992 from the Permanent Representative of the United Arab Emirates to the United Nations addressed to the President of the Security Council  
Letter dated 13 August 1992 from the Permanent Representative of Bahrain to the United Nations addressed to the President of the Security Council"**

**Letter dated 13 August 1992 from the Permanent Representative of the Comoros to the United Nations addressed to the President of the Security Council**  
**Letter dated 13 August 1992 from the Permanent Representative of Qatar to the United Nations addressed to the President of the Security Council”**  
**[“The situation in Bosnia and Herzegovina”]**

Explanation of Vote  
 on Security Council Resolutions 770 (1992) and 771 (1992)  
 by the Austrian Representative Minister-Counsellor Thomas Hajnoczi  
 13 August 1992

Mr. President,

The two draft resolutions address two crucial humanitarian concerns: food for the starving and stopping the atrocities referred to by their perpetrators as ethnic cleansing.

Austria always attaches particular weight to humanitarian and human rights issues and, of course, firmly supports the adoption of these texts before us and, what is even more important, their prompt implementation.

Doing so wholeheartedly, I cannot fail to note that Foreign Minister Mock has proposed the creation of security corridors for the delivery of humanitarian assistance already months ago. Despite our satisfaction that such an approach finally materializes, we cannot forget those victims who could still be alive if the international community would have acted earlier.

It is a test of our moral standards whether we allow the Serbian forces to effectively block food and humanitarian deliveries. This intolerable practice is not only applied to Sarajevo, but also to Gorazde, Bihac and many other places in Bosnia and Herzegovina. Blocking food and humanitarian deliveries is indeed considered by the aggressor as a highly efficient means to force the non-Serbian population to flee and give up their property. For this is precisely the Serbian aim in the conflict – to “cleanse” parts of the country of the non-Serbian population. From our point of view the international community has the clear obligation to help displaced persons to return to their homes and to regain their property. Many persons were forced to sign documents renouncing their property rights. There can be no doubt that such documents are null and void and compensation should be given for destroyed property.

As we could witness on the TV-screen and in press reports in the past days, there are no limits to the cruelty in executing this policy. Let me just men-

tion the killing of toddler-age orphans and the existence of concentration camps.

The second text which we will adopt today deals with these repugnant violations of international humanitarian law and strongly condemns them. Austria favours the idea of bringing to trial those individuals who are responsible for these barbaric acts. As Jeanne Kirkpatrick said “it is not ethnicity, nor the break-up of empires that causes war. It is violent men and lawless governments.”

Mr. President,

There is one particular aspect in the language of the resolution before us that we regret. It is the attempt to carefully maintain impartiality toward all parties to the conflict. In other relevant international fora, especially in the framework of the CSCE, less ambiguous wording has been used: For example the CSCE participating States “condemned the violation by Serbian irregular forces and by the Yugoslav National Army of the independence and territorial integrity of and human rights in Bosnia-Herzegovina and urged the Government of Serbia to discontinue its support for such actions which, if continued, would constitute a pattern of clear, gross and uncorrected violation of CSCE commitments” in the plenary session of the Helsinki Follow-up Meeting already on 15 April 1992.

Can there be equal distance to the victim and the victimizer? In its endeavour to display impartiality, the Security Council should not lose sight of what causes the conflict. We should take into account the words of the President of the European Commission, M. Jacques Delors, in the European Parliament on 10 August 1992: “Encore une fois, la guerre nourrit les violences, qui viennent de tous les cotés. Mais élevons le débat. Voyons au-delà. Alors apparait, dans les méandres de ces paroles et de son action, l’idéologie destructrice, anti-humaniste du régime de Belgrade.”

Mr. President,

The facts are clear. What is happening in Bosnia and Herzegovina is primarily on aggression against the legitimate government of a member State of the United Nations. An insurrection instigated, nurtured and heavily supported with material and personnel by Serbia and Montenegro is threatening the very existence of the Government and State of Bosnia and Herzegovina and of those citizens who are loyal to their government.

If there is to be a "new world order where diverse nations are drawn together in common cause to achieve the universal aspirations of mankind: peace and security, freedom and the rule of law . . . where brutality will go unrewarded and aggression will meet collective resistance", to quote President Bush's address before the joint session of Congress on 11 September 1990, the international community has to counter the Serbian aggression speedily and decisively. In case the international community cannot or does not want to live up to this task, at least the exercise of the inherent right of individual or collective self-

defense according to article 51 of the UN Charter has to be granted to Bosnia and Herzegovina.

Mr. President,

As long as the international community fails to convince ultranationalists in Serbia that their policy of aggression is resolutely and effectively opposed, the conflict is bound to widen. Even Serbian newspapers report that Muslim merchants are harassed by police and paramilitary formations in northern Montenegro. There is a concentration of troops in the Sandjak. In Kosovo the repression of the overwhelmingly Albanian population is mounting. Macedonia is also endangered.

Policies of appeasement have never worked. 50 years ago Europe has suffered the insanity of the quest for ethnic purity and its corollary, ethnic cleansing and concentration camps. We cannot be permissive, we cannot allow this to happen again.

Thank you, Mr. President.

#### **IV.24. "Report of the Secretary-General on the situation in Bosnia and Herzegovina" ["The situation in Bosnia and Herzegovina"]**

Explanation of Vote  
on Security Council Resolution 776 (1992)  
by the Austrian Representative Minister-Counsellor Thomas Hajnoczi  
14 September 1992

Mr. President,

Austria has voted in favour of res. 776 that enlarges the mandate and the scope of UNPROFOR in Bosnia and Herzegovina considerably.

Austria commends those countries that have indicated their intention to provide troops and material. The humanitarian situation in Bosnia and Herzegovina is most pressing and is bound to further deteriorate especially with the coming of winter which happens very early in this mountainous country. Therefore we see the utmost urgency of the implementation of this resolution.

We note that the financial arrangements are extraordinary as are the conditions prevailing in Bosnia and Herzegovina. In our view this unique way of financing therefore does not constitute a precedent

for new peace-keeping operations.

Austria, a country that is in the forefront of providing humanitarian assistance to Bosnia and Herzegovina, certainly welcomes the steps that will now be taken to facilitate the delivery of humanitarian assistance. As the withholding of food and essential humanitarian goods is a central element in the policy of ethnic cleansing against the non-Serbian population, there can be no doubt of the need for armed protection of the relevant convoys.

Likewise, we welcome that the mandate now includes providing protection to convoys of released detainees:

While we understand that many of those who were subject to inhuman treatment in the camps will

now wish to be brought abroad, we underline what was stated in the Programme of Action on Humanitarian Issues of the London Conference, i. e. that it is “the primary objective to secure their release and return to their homes”. Thus we see also a need for protection for those released persons who on their free will want to stay in Bosnia and Herzegovina.

There can be no doubt that the Security Council is called upon to adopt additional concrete measures very soon in order to bring about accomplishment of the commitments flowing from the documents of the London Conference. Austria firmly hopes that a ban on military flights over Bosnia and Herzegovina can be adopted in the days to come. This measure would also increase the security of humanitarian assistance activities.

Austria is deeply concerned about the non-compliance of the Serbian forces in Bosnia and Herzegovina by the commitment given in London by their leaders regarding the supervision of their

heavy weapons by UNPROFOR. Certainly, the international community will have to act to bring about compliance in order to advance the process begun in London. My delegation would have preferred the present resolution to contain language on this crucial matter, all the more as the report of the Secretary-General addresses this issue.

Let me furthermore mention that the documents of the London Conference also envisage a tightening of the sanctions against Serbia and Montenegro, a task that will require action by the Council.

Finally, Mr. President, the next step of the Council should be a recommendation to the General Assembly ending the incumbency of the UN seat of the former Socialist Federal Republic of Yugoslavia by Serbia and Montenegro.

Thank you, Mr. President.

#### **IV.25. “Draft resolution contained in document S/24570” [“The situation in the former Yugoslavia”]**

Explanation of Vote  
on Security Council Resolution 777 (1992)  
by the Austrian Representative Ambassador Peter Hohenfellner  
19 September 1992

Mr. President,

The Austrian position with regard to the topic of resolution 777 has been clearly stated on a number of occasions. Let me only recall that there is no legal basis for an automatic continuation of the legal existence of the former, now defunct Socialist Federal Republic of Yugoslavia by the new Federation of Serbia and Montenegro, which therefore cannot be considered to continue the Yugoslav membership in the United Nations.

For an eventual international recognition of the Federal Republic of Yugoslavia, the criteria con-

tained in the guidelines on the recognition of new States adopted by the Council of the European Communities on 16 December 1991 should be applied. In this respect, Austria draws special attention to the requirements of the protection of human rights and the rights of ethnic groups.

In accordance with her position Austria has voted in favour of resolution 777 and hopes that the General Assembly will speedily take the recommended action.

Thank you, Mr. President.

#### **IV.26. “The situation in Bosnia and Herzegovina”**

Explanation of Vote  
on Security Council Resolution 781 (1992)



by the Austrian Representative Ambassador Peter Hohenfellner  
9 October 1992

Mr. President,

Austria supports the establishment of a ban on military flights in Bosnia and Herzegovina. This measure – which is long overdue – is indeed an essential element of ensuring the safety of the delivery of humanitarian assistance to the beleaguered population of Bosnia and Herzegovina. It is to be hoped that it is also a decisive step toward the cessation of hostilities.

We note the views expressed by the President of Bosnia and Herzegovina in his letter of 4 October 1992 to the President of the Security Council. We note in particular that a ban on military flights was already agreed to by the parties at the London

Conference. Regrettably this agreement – like many others before – has not been kept by the Serbian side whose aggression in the air continued unabated just as it does on the ground.

This is why the firm undertaking by the Security Council in the present resolution to take the necessary further measures to enforce this ban in case of its violation is of primordial importance. We do hope that it will not be necessary to do so. We also do hope that the Serbian side will now realize the determination of this Council to bring about, at long last, an end to the slaughter in Bosnia and Herzegovina.

Thank you, Mr. President.

#### **IV.27. “The situation in Bosnia and Herzegovina”**

##### Statement

by the Austrian Representative Ambassador Peter Hohenfellner  
13 November 1992

Mr. President,

In this last year we have all been faced with very difficult decisions regarding the crisis in the former Yugoslavia. Austria, in shaping her decisions, has been guided by the principles which were defined by the international community for the solution of this conflict. Amongst these principles respect for democratic decisions of the population has been of great importance as has been the protection of the rights of minorities, the non-acceptability of changes of borders through military force, the complete rejection and condemnation of the horrible practice of ethnic cleansing and the support for a free return of the displaced population to their homes.

During the last months peace-keeping questions were high on our agenda. The report of the Secretary-General “An Agenda for Peace” has given a new direction to this discussion and has reminded all of us of the importance of preventive peace-keeping. I would like to point out at this occasion that Austria, already in November last year, proposed the establishment of preventive peace-keeping forces in Bosnia and Herzegovina.

When in last April the fighting started in Bosnia and Herzegovina, Austria supported comprehensive political and economic sanctions against the aggressor. Our goal was the reestablishment of peace. We wanted to avoid a development which would later create the necessity to apply military measures.

Since its decisions on sanctions, the Security Council has continuously been trying to find a peaceful solution for the problem. It has reinforced UNPROFOR and has tried to create the basis for the necessary delivery of humanitarian assistance. We also witnessed the agreements between the parties to the conflict at the London Conference. Today we have to face one fact: Many of the decisions of the Security Council and the agreements between the parties to the conflict have not been implemented; especially Serbian forces have again and again violated these commitments. Instead of the cease-fire agreed upon, fighting continues in Bosnia-Herzegovina. At least 60% of the territory of the Republic of Bosnia-Herzegovina is in the hands of Serbian troops. Ethnic cleansing continues, shelling of

civilians continues. The most dreadful violations of human rights are perpetrated, camps are still full of detainees, civilians continue to be jailed in such camps, people are continuing to starve.

It is mostly the Moslem and Croatian part of the population of Bosnia-Herzegovina who are the victims of these horrible deeds. Many Bosnians, in particular Moslems, fear that they are witnessing the end of their country. In this situation, where the system of collective security does not protect a member state of this organisation – their efforts in accordance with Art. 51 of the Charter of the United Nations – to seek assistance from wherever they can obtain help, can be easily explained. The Moslem population is increasingly under the impression that effective help for them might not arrive due to discrimination. The persistent challenge to the authority of the Bosnian-Herzegovinian government has also reduced the confidence of groups of the population in the possibilities of a survival of this country. Thus further mistrust is created on the side of Moslem Bosnians.

Austria recognizes that Prime Minister Panic has tried to support the peace process. But unfortunately until now his endeavours did not meet with success.

We believe that the agreement reached in Geneva on 10 October 1992 regarding deployment of military observers on airfields should be implemented as quickly as possible. That is why, Austria welcomes Security Council resolution 786. The full implementation of this resolution should help to end any support from the air for Serbian troops in Bosnia-Herzegovina.

However, additional, far reaching and urgent action of the international community is required:

- the existence of an independent country is at stake,
- new waves of refugees have to be avoided,
- ethnic cleansing must be brought to an immediate end,
- the continuation of the war can only lead to even more terrible violations of the most basic standards of human rights.

There is a real danger that during the coming winter months hundreds of thousands of people will die because of hunger, cold and epidemic diseases. That is why rapid implementation of Security Council resolutions 770 and 776 is of the greatest importance. We need the humanitarian protection in order to be able to deliver food,

medicines and heating material to the suffering population. This should not be restricted to Sarajevo but also be applied to other locations in Bosnia-Herzegovina which are since months under siege. This is the case for instance in Gorazde which has since last July not been able to receive international help. In a town where 42,000 people lived before the war and which today is partially destroyed over 70,000 inhabitants and refugees are living in the ruins. According to the mayor of Gorazde, the population of this town is receiving a meal only every second day. An effort for immediate and massive help is needed imperatively.

Approximately 1.5 million of the Moslem and Croatian Bosnians have been forced out of their homes and today are refugees. This has created incredible difficulties for Croatia because of the nearly 400,000 Bosnian refugees in this country. Other countries, too, have reached the limits of their capacity to accept further refugees. Austria sees only one possibility to solve this problem, that is to create safe areas under military protection within Bosnia-Herzegovina itself. In these areas the civilian population which is currently trying to flee could find refuge and live protected by peace-keeping forces. The same solution has also been proposed by the ICRC and as well as the special rapporteur of the UN Commission of Human Rights in former Yugoslavia, H. E. Mr. Tadeusz Mazowiecki. Such areas could be created step by step, for example in and around Bihac, Sarajevo, Tuzla, Travnik and Gorazde. This concept should be realised with the consent of all the parties to the conflict and with a reasonable number of further peace-keeping forces. These forces should protect small, well-defined areas. Their presence might also facilitate the implementation of Security Council resolutions 770 and 776 by creating secure places from which these forces could operate in order to protect the humanitarian assistance.

International humanitarian organisations could help the population in the safe areas to find shelter, to obtain food and medical assistance. Certainly, the implementation of this concept will depend mostly on voluntary contributions of the international community. The necessary UN peace-keeping forces and the required technical and administrative personnel should be put at the disposal of the United Nations, allowing countries with close ties to the population of Bosnia-Herzegovina to provide substantive contributions.

The realisation of such a plan could create a

situation in which refugees might decide to return to Bosnia-Herzegovina. Safe areas could also change the dynamics of the conflict creating a movement towards the achievement

of peace.

Thank you, Mr. President.

#### **IV.28. "The situation in Bosnia and Herzegovina"**

Explanation of Vote  
on Security Council Resolution 787 (1992)  
by the Austrian Representative Ambassador Peter Hohenfellner  
16 November 1992

Mr. President,

Austria has voted in favour of resolution 787 because it contains a number of necessary elements. One is a reaffirmation of previous demands by the Security Council addressed in particular to the Serbian side. Another is the tightening of the sanctions regime. Sanctions are not aimed at the population of Serbia and Montenegro – they are designed to bring about a change of policy in Belgrade. Today's decisions of the Council should also contribute to a more effective implementation of sanctions.

The resolution also reflects the Austrian proposal to create safe areas in Bosnia and Herzegovina. Their rapid establishment would be a decisive contribution to alleviate the problem of refugees

and displaced persons which has reached such dramatic proportions that it has largely exhausted the capacities of other states to provide even temporary refuge. Once such areas are established, they should not only provide safety for their present inhabitants but also encourage others to return to their former homes. Today we have invited the Secretary-General to study the possibility of and the requirements for such areas. Obviously – in the light of the horrendous plight of the population concerned – this cannot be an academic exercise. Consequently we hope that the Secretary-General will urgently examine this issue and report to the Security Council as soon as possible in order to enable us to take the necessary decisions before it is too late.

Thank you, Mr. President.

#### **IV.29. "The situation between Iraq and Kuwait"**

Statement  
by the Austrian Representative Ambassador Peter Hohenfellner  
23 November 1992

Mr. President,

When the Security Council voted last year on resolution 687 and related subsequent resolutions, it had not only in mind the termination of the actual armed confrontation; the aspirations of this Council were much more far-reaching. They were aimed at the creation and – if possible – maintenance of enduring peace and stable security in the immediate area and the whole region.

One and a half years have elapsed since the adop-

tion of resolution 687. Holding today's meeting in the Security Council provides a very good opportunity to take stock of and to evaluate what has been achieved so far, and what still needs to be done. We therefore welcome today's session and we look forward to hearing the accounts of all speakers on the list, including the delegations of Iraq and of Kuwait.

Mr. President,

Regarding the actual status of compliance with the

relevant resolutions, you have given a comprehensive, specific and elaborate overview. Therefore, I do not want to go into the details of what Iraq has done and what it has failed to do. I just want to highlight a couple of points which are of great importance and concern to my delegation.

As regards the question of borders, we regret that Iraq did not participate at the July and October sessions of the Boundary Demarcation Commission. Stressing the importance of the Council's Presidential Statement of 17 June 1992 and of resolution 773, we call upon Iraq to be cooperative in this regard and to henceforth participate in the Commission's important work.

On weapons-related questions, namely part C of resolution 687, and resolutions 707 and 715, we will listen attentively to the statements by Executive Chairman Ekeus and Director-General Blix. Bearing in mind their recent reports, we acknowledge with great relief that important progress was made and that the Iraqi attitude has turned towards a more cooperative approach. On the other hand, we note with regret that Iraq has, up till now, not yet done everything which it is obliged to do. We urge Iraq therefore to be more forthcoming and to fulfil its obligations under section C of resolution 687, as well as under resolutions 707 and 715. We are particularly distressed by reports about acts of harassment and attempted violence against members of the inspection teams, and on continuing incidents endangering their safety and security. We cannot but condemn these acts against people fulfilling a mandate the Security Council has entrusted them with. We expect the Iraq authorities to do everything possible to ensure that the said actions of harassment and threat be immediately brought to an end and not be repeated.

Mr. President,

We consider it deplorable that so many Kuwaiti and third-country nationals have not been repatriated yet. We are extremely concerned that the ICRC has not yet received all the information it is entitled to receive about these detainees, and that it has not been granted access to all the installation where they are being held. My country has always regarded humanitarian questions as priority issues. Let me hence stress that my country does expect that all the provisions of international humanitarian law be implemented fully and without delay, that the ICRC be allowed to fulfil its humanitarian mandate comprehensively and without hindrance, and that the repatriation of all foreign nationals held in Iraq be completed swiftly. We

urge Iraq to step up its cooperation with the ICRC to that end.

Mr. President,

Speaking about humanitarian and human rights concerns, it worries us very much that the Iraqi government has not ended its internal blockade on some areas of the country, in particular the Kurdish-inhabited North, as well as the southern marshes. We regret that there is still lack of full Iraqi compliance with the provisions of resolution 688. We urge Iraq to cease immediately its measures of blockade and to allow for the free and unhindered flow of food, medicines, fuel and other essential items to the areas mentioned. I do not want to dwell further on this subject since Mr. van der Stoep and Under-Secretary-General Eliasson will no doubt provide us with further highly interesting, and – I'm afraid – worrying, information on the humanitarian and human rights situation in the various parts of Iraq.

My delegation notes with deep relief that the Memorandum of Understanding between the United Nations and Iraq was signed on 22 October 1992. It contains a number of provisions which we regard as absolutely essential for the work of Mr. Eliasson's department and the agencies and organisations involved in the operations to help the distressed civilian population, in particular in the Kurdish area. My delegation fully concurs with the Secretary-General when he states in his letter dated 30 October 1992:

“L'accord conclu ne répond pas entièrement à nos aspirations. Néanmoins, je considère qu'étant donné les circonstances, et vue la nécessité de fournir d'urgence une assistance humanitaire aux populations touchées dans le nord ainsi que dans le sud, il convient de le signer et de le mettre en oeuvre sans plus tarder.”

We therefore hope for the quick, smooth and unhindered implementation of all the relevant programmes, in particular the winter programme for the Kurds, and we urge Iraq to cooperate fully.

Mr. President,

The mechanism set forth by resolutions 706 and 712 gives Iraq the possibility for oil sales in order to finance, inter alia, the purchase of humanitarian items required by the Iraqi civilian population. The relevant technical talks between the UN Secretariat and Iraq, promising as they were initially, have not yet achieved concrete results. Iraq has so far not made use of the scheme provided for in the

said resolutions. We regret this fact since the utilization of that so-called "oil-for-food" procedure would undoubtedly be in Iraq's own interest.

Mr. President,

Holding the position of Chairman of the 661 Committee, the so-called Sanctions Committee, I do – for obvious reasons – not want to dwell on the question of sanctions on Iraq. Let me just, in a wider and more general context, repeat what I already stated before this Council on a different occasion: Sanctions are never a goal in themselves. They are not punishment; they are introduced in order to make a certain member of the international community comply with its obligations. It is therefore evident that sanctions will

have to be lifted once full implementation of its obligations by the country concerned has been achieved.

Mr. President,

At the beginning of my intervention I said that resolution 687 and the other resolutions on Iraq are part of a wider endeavour to establish lasting peace and stable security in the region. This aim has not been achieved yet. We still have a long way to go. But my delegation is convinced that we are now on the right track which should be pursued vigorously.

Thank you, Mr. President.

#### IV.30. "The situation in Somalia"

##### Explanation of Vote

##### on Security Council Resolution 794 (1992)

by the Austrian Representative Ambassador Peter Hohenfellner

3 December 1992

Mr. President,

The magnitude of the human catastrophe in Somalia defies words and imagination. As the Secretary-General pointed out to the Security Council on 25 November, the time has come to take drastic steps forward. The international community cannot tolerate its efforts to provide relief to the starving population in Somalia constantly being thwarted by armed factions and marauding gangs. It cannot stand by and passively watch humanitarian goods being looted, aircraft and ships bringing in relief supplies being attacked and UN personnel and peace-keepers being threatened.

Sharing the Secretary-General's assessment that the situation in Somalia is intolerable and that it has become necessary to review the basic premises and principles of the United Nations effort in Somalia, the Security Council has now taken a more determined approach under Chapter VII of the Charter. By doing so, the Council is fulfilling its responsibility towards the afflicted population in Somalia and acts upon their claim on international solidarity.

This bold new step is also a further development of steps the Council has taken in recent time in

resolutions 678 (1990), 688 (1991) and 770 (1992).

Mr. President,

On 3 April 1991 – one of the first occasions that I spoke in this Council – I mentioned possible lessons from the Gulf conflict and the United Nations' response. One suggestion was to look more closely into possible "fine print" for enforcement action under the auspices of the UN. While this was never done in a systematic way, today's resolution advances in a pragmatic manner a number of important elements. I am referring here in particular to the provisions regarding the Secretary-General's role in the use of "all necessary means" and in making the necessary arrangements for the unified command and control of the forces involved as well as to the appointment of an ad hoc commission of the Council, the creation of a liaison staff and the improved reporting requirements. In this respect we have come a long way since then.

Another possible lesson which I mentioned then – namely the enhancement of the preventive role of the UN – has not yet been adequately translated into action. Much more remains to be done in this regard.

In conclusion, Mr. President, I should like to draw an obvious parallel. In his report to the Security Council of 21 July 1992 on the situation in Bosnia and Herzegovina (S/24333), the Secretary-General expressed his concern that the concentration of the attention of the Council on Yugoslav problems "will be at the expense of the Organisation's ability to help resolve equally cruel and dangerous conflicts elsewhere, e. g. in Somalia". Today we are addressing the conflict in Somalia in a decisive manner.

Our action clearly demonstrates that we can muster the necessary political will and the resources required to deal with humanitarian disasters and the need for quick and secure delivery of humanitarian assistance. In Bosnia and Herzegovina this need continues to exist and is indeed growing. It is our fervent hope that it will soon be addressed effectively as well.

Thank you, Mr. President.

#### **IV.31. "The situation in the occupied Arab territories"**

Explanation of Vote  
on Security Council Resolution 799 (1992)  
by the Austrian Representative Minister-Counsellor Thomas Hajnoczi  
18 December 1992

Mr. President,

Austria has voted in favour of res. 799 out of conviction that the deportation of several hundred Palestinians from the occupied territories, carried out by Israel, the occupying power, can only be condemned and deplored.

Austria's clear stand against all acts of terrorism is well-known. But deportations can never achieve the professed goal of creating or enhancing security and stability, not even in a short term perspective. Deportations, in particular in such massive proportions, can only achieve the opposite: They will certainly contribute to an aggravation of the already tense situation in the territories.

The measures taken by the Israeli Government constitute without any doubt a grave and clear breach of the Fourth Geneva Convention of 1949, which is applicable to all the Palestinian territories occupied by Israel since 1967, including Jerusalem. We fully endorse the call by the Secretary-

General on Israel to rescind the deportation orders and to permit the safe and immediate return of those expelled. We also join in his appeal to all sides to avoid steps which might lead to worsening of the situation and could hamper the peace process aimed at achieving a comprehensive settlement of the Arab-Israeli conflict.

Austria is furthermore extremely concerned at Israel's violation of the sovereignty and territorial integrity of Lebanon and expects that Israel desist from such action.

We vividly regret that the deportations are bound to have a detrimental effect to the peace process currently under way. It does not need to be emphasized again that Austria firmly supports this peace process which should achieve just and lasting peace in the Middle East region, based on Security Council res. 242 (1967) and 338 (1973).

Thank you, Mr. President.

